

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 20 Pf., für
politische und gesellschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.
Donnerstag, den 30. März 1911.
Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Schande Europas.

Wir haben gestern im allgemeinen die Schändlichkeiten
in den Katorga-Gefängnissen geschildert. Heute werden wir
dieses Bild durch die fürchterlichen Einzelheiten ergänzen,
und so den Beweis liefern, daß kein Wort des Hasses und der
Verachtung scharf genug sein kann, um das abscheuliche
Hofenregiment des russischen Zaren zu brandmarken.

Serentui gesandt, das Regime dort zu verschärfen. Er nahm
für diesen Zweck vier „erprobte“ Aufseher aus Nikolajew mit
und machte sich gleich nach seiner Ankunft an die ihm ge-
stellte Aufgabe, indem er einige politische Gefangene heraus-
griff und durchpeitschen ließ.

mal abstreift, so ist er in den Karzer zu tragen! — dies der
Auftrag des Arztes.“
Ueber die Greuel in der Katorga zu DreI, der fürchter-
lichsten aller russischen Strafanstalten, liegt folgender Ver-
richt vor:

*) Aus der Rede des Genossen Kusnezow am 14. März 1911
in der Duma.

Der Fall Jatho.

In Amt amtiert ein evangelischer Pfarrer, der so vorsichtig gewesen ist, in weniger verklausulierten Worten, als das sonst bei dem liberalen Teile der protestantischen Geistlichkeit üblich ist, auszusprechen, daß er an die Dogmen der christlichen Kirche nicht glaubt. Für ihn ist das Christentum nicht eine Sache des Bekenntnisses, sondern des Gefühls. Er hat sich gleich der liberalen Theologie eine ästhetisch aufgeputzte Religion der „Menschenliebe“ zurecht gemacht, die aller Festlegungen auf bestimmte Glaubenssätze entbehrt. Solcher Geistlicher gibt es im Lande eine ganze Menge. Die meisten sind freilich so vorsichtig, ihre Neben ganz in dem alten pastoralen Stile zu halten und nur für die Eingeweihten durchsichtiger zu lassen, daß ihre Ausführungen nur bildlich, nur symbolisch zu verstehen sind. Solange das der Fall ist, solange nicht auch die große Masse erfährt, daß diese Geistlichen in Wirklichkeit all das preisgegeben haben, was den Kindern in der Schule als christliche Glaubenslehre beigebracht wird, brüdt die Kirchenbehörde auch gerne ein Auge zu.

Herr Jatho jedoch hat es der vorgesetzten Behörde zu bunt getrieben und seine innersten Gedanken zu deutlich verraten. Daher der Kreuzzug wider diesen Mann, daher das Vorgehen des Oberkirchenrats gegen ihn. Pfarrer Jatho soll seines Amtes entsetzt werden. Begreiflich nun, daß die Entschiedeneneren unter den geistlichen Befugnissen Jathos über dies Vorgehen des Oberkirchenrats erregt sind. Sie erheben Protest gegen die Amtsentsetzung Jathos und fordern, daß in der Kirche auch Platz für „selbständige religiöse Persönlichkeiten“ sei, daß die „Glaubensfreiheit der Gemeinden“ nicht angetastet werde.

Eine solche Forderung wurde auch in einer von 1200 bis 1500 Personen besuchten Versammlung erhoben, die am Dienstag in Berlin stattfand. Für diese Protestversammlung hatte das Berliner Konsistorium noch dadurch Klamme gemacht, daß es drei Berliner Pastoren, die für die Versammlung als Redner angelündigt waren, das öffentliche Auftreten verboten hatte. Die drei Geistlichen hatten erklärt, dennoch sprechen zu wollen. Und da die liberale Presse weiterhin angelündigt hatte, daß sich die liberalen Geistlichen in großer Zahl einfinden würden, war es kein Wunder, daß immerhin eine gut besuchte Versammlung zustande kam. Die geistlichen Redner, die das Wort ergriffen, verteilten mit Lebhaftigkeit den Standpunkt, daß der Oberkirchenrat nicht das Recht habe, Geistliche wegen ihres abweichenden Bekenntnisses zu mahnen. In der evangelischen Kirche müsse Raum auch für die Auffassungen der liberalen Theologie vorhanden sein. Man solle im Gegenteil dem Pfarrer Jatho dafür dank wissen, daß es ihm gelungen sei, durch sein Wirken auch solche Leute wieder für die Kirche zu gewinnen, die ihr bereits ihrer modernen Weltanschauung wegen entfremdet gewesen seien. Einem Redner, der die orthodoxe Auffassung vertrat und von den Geistlichen verlangte, daß für sie die Lehre der heiligen Schrift maßgebend sein müsse, wurde ziemlich übel mitgespielt und durch Lärmen das Weiterreden vereitelt. Schließlich wurde eine im Sinne der Protestierenden gefaltene Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Wir Sozialdemokraten stehen diesem häuslichen Streit in der evangelischen Kirche sehr kühl gegenüber. Um so mehr, als die liberale Theologie und bisher durch Bekenntner nicht gerade zu imponieren vermocht hat. Wie auf politischem Gebiete hat sich auch auf theologischem der Liberalismus nicht über klügliche Maßigkeit und Kompromißerei zu erheben vermocht. Solange die liberale Geistlichkeit ihre geläuterte Menschenliebe, die zu vertreten sie vorgibt, nicht energischer auf politischem und sozialem Gebiete betätigt, als das bisher der Fall gewesen ist, vermögen wir zwischen ihr und der Orthodoxie irgend einen Wesensunterschied nicht zu entdecken. Wenn die liberalen Geistlichen noch die Konsequenz zögen und für die Trennung der Kirche vom Staat eintreten würden, dann wäre wenigstens der erste Grundsatze der kirchlichen Freiheit erfüllt. Solange aber auch die liberale Geistlichkeit das Recht der Staatskirche für sich beansprucht und von dem Staate erhebliche Mittel verlangt, kann weder von religiöser Freiheit der Staatsbürger überhaupt, noch von der Freiheit der Kirchengemeinschaft die Rede sein. Wenn also auch gewisse Kreise des Bürgertums in dem Streite um die geistliche Lehrfreiheit am Ende gar eine Episode des geistigen Befreiungskampfes der Menschheit verkörpert sehen mögen — das Proletariat betrachtet das Ganze nur als ein belangloses Theologengezänk, das für den wirklichen Emancipationskampf der Geister völlig gleichgültig ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März 1911.

Reichstagschmerzen.

Aus dem Reichstag, 29. März. Bei Beginn der Sitzung teilte der Präsident mit, er würde, wenn die Tagesordnung bis 7 Uhr nicht erschöpft werde, eine Abend-sitzung ansetzen. Der Gang der Debatte ließ es ihm aber ratsam erscheinen, von diesem Plan der Durchsichtung des Etats heute Abstand zu nehmen.

Zunächst gab es eine längere Erörterung beim Reichseisenbahnamt, in deren Verlauf Genosse Stolle an dem letzten großen Eisenbahnunglück eine Anzahl Betriebsmängel der deutschen Eisenbahnen nachwies, während Genosse Leber Klage führte, daß die thüringischen Staaten, deren Eisenbahnen in preussische Verwaltung übergegangen sind, tiefmütterlich behandelt würden. Der Präsident des Reichseisenbahnamts, Herr Wadergapp, bestritt das. Er meinte vielmehr, daß die thüringischen Staaten nur Vorteile von der preussischen Eisenbahnverwaltung hätten.

Bei Etat des Reichstags kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Genosse Ged legte in humoristischer Rede allerhand Mängel der Reichstags-einrichtungen dar. Hierüber herrschte, wie die weitere Debatte ergab, Einmütigkeit unter allen Parteien des Hauses. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich erst bei der Frage, ob ein Grundstück gegenüber dem Reichstagsgebäude verkauft oder für Geschäftsräume des Reichstags vorbehalten werden solle. Die Mehrheit stimmte der Regierung zu, daß das Grundstück verkauft würde.

Beim Etat des Reichstags kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. Genosse Ledebour machte geltend, daß die übermäßige Ausdehnung der Sitzungen zum gesundheitlichen Ruin der Mitglieder und zur Schädigung der Reichstags-geschäfte führen müsse. Darauf wirkte auch das jegliche Geseh über die Reichstagsdiäten hin, das eine Prämie auf kurze Sesssionen und lange Sitzungen sehe. Die Hauptschuld trage die amtierende Bureaokratie, die durch Verschleppung der Geschäfte planmäßig auf die Untergrabung des Einflusses des Reichstags hingearbeitet habe. Die Reichstagsmehrheit trage insofern die Mitschuld, als sie dieser bürokratischen Taktik keinen Widerstand entgegengesetzt habe. Ueber die Ausein-

anderlegungen kam es zu einem Zusammenstoß Ledebours mit Herrn Erzberger und dem Vorsitzenden der Budgetkommission, Herrn v. Camp. Um 7 1/2 Uhr trat Vertagung ein. Morgen beginnt der Etat des Reichstags.

Reinfall.

Am Mittwoch hat die schwarzblaue Schlußmargarde des Abgeordnetenhauses einen bösen Reinfall erlebt. Zur Beratung stand in zweiter Lesung der Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster, bei dessen erster Lesung der Präsident v. Röcher unsern Genossen Liebnecht nach dreimaligem Ruf zur Sache mit Zustimmung des Hauses das Wort entzogen hatte. Daß Liebnecht rein sachlich gesprochen hatte, das lehrt ein Blick in den schriftlich erstatteten Kommissionsbericht. Hat sich doch die Kommission ausschließlich mit den Fragen befaßt, über die zu reden unsern Genossen verboten war! In der hangen Vorlesung, Liebnecht würde ihnen ihre Ungerechtigkeit vorkommen, schnitten die Konservativen, unterstützt von ihren getreuen Schildknappen aus dem klerikalen Lager, ihm zu § 1 bei der zweiten Lesung das Wort ab. Aber das Mandat mußte ihnen nichts, sie konnten es nicht hindern, daß Liebnecht zu einem anderen Paragraphen sprach und alles das nachholte, woran man ihn vorher mit Gewalt gehindert hatte. Schonungslos bedachte er den polizeilichen Charakter des gegen die Arbeiter gerichteten Entwurfs sowie das skandalöse Verhalten der sich als Arbeitervertreter aufspielenden Zentrumsabgeordneten auf und bereitete den letzteren eine gründliche Abfuhr.

In vorgerückter Stunde trat das Haus dann noch in die erste Lesung des Pflichtfortbildungsgesetzentwurfes, den der Handelsminister Sydow im wesentlichen ebenso wie die der Vorlage beigegebenen Motive begründete. Den Reigen der Redner aus dem Hause eröffnete Herr Hammer (L.), der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß fortan keine Sozialdemokraten und Arbeiter mehr in Fortbildungsschuldeputationen sitzen sollen und die Einführung des Religionsunterrichts oder zum mindesten doch eines „Erbauungsunterrichts“ forderte. Ihm folgte Abg. Schmedding (Z.), dessen Rede sich fast ausschließlich mit dem Verlangen nach Einführung des Religionsunterrichts befaßte, einem Verlangen, das der Minister als den ersten Schritt zur Konfessionalisierung der Fortbildungsschulen zurückwies.

Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Die Taktik des Zentrums

In der Kommission des Landtages, der die Vorberatung des Gesetzentwurfes über die Feuerbestattung überwiegen ist, geht in allen Teilen darauf aus, Kautelen in das Gesetz hinein zu arbeiten, die die Verbrennung von Leichen in Preußen nicht nur unmöglich machen, sondern sogar diese Verbrennung außerhalb Preußens zu verhindern suchen. Wiederholt mußten die Regierungsvertreter erklären: „Meine Herren, es kann doch nicht die Absicht sein, die Feuerbestattung ganz unmöglich zu machen“, aber wie bei dem Antrag anstelle Leichen-Gau, Leichenöffnung zu sehen, d. h. die vor jeder Leichenverbrennung Öffnung der Leiche verlangten, so daß die Regierungsvertreter erklärten: „Beseitigen Sie doch nicht durch Hintertüren wieder die Verbrennung, die das Gesetz doch zulassen soll.“ Auch die Möglichkeit, durch zwei Zeugen nach § 9 die Verbrennung anzuordnen, wurde gestrichen.

Schließlich wurde der zurückgebliebene § 1 zum Schluß der gestrigen Sitzung beraten und nachdem mit Stimmengleichheit abgelehnt war, das Wort „Feuerbestattung“ durch „Leichenverbrennung“ zu ersetzen, wurde mit gleichem Stimmenresultat der ganze § 1 und damit in der ersten Kommissionslesung das ganze Gesetz abgelehnt. Am Freitag soll die zweite Beratung des Gesetzes stattfinden, das eigentlich nach dem Gehahren des schwarz-blauen Blokes Gesetz zur Verhinderung der Feuerbestattung heißen müßte.

Freiherr v. Hertling.

Der Führer der Reichstags-Zentrumsfraktion, ist in Berlin an einer doppelseitigen Lungenentzündung schwer erkrankt. Am Dienstag nachmittag wurde er in das St. Hedwigs-Krankenhaus übergeführt; bei recht geschwächtem körperlichen Zustande stieg die Fiebertemperatur des Kranken am Abend auf 40 Grad. v. Hertling soll bereits die Sterbefaktamente empfangen haben.

Auf der Suche nach den Mördern in Uniform.

Gegenwärtig findet vor dem Amtsgerichte in Moabit die Untersuchung gegen die Schupkeute statt, die verdächtig sind, am 27. September den Nord an dem Arbeiter Hermann begangen zu haben. Die vernommenen Zeugen müssen nach ihrer Aussage den Saal, in dem das Verhör stattfindet, sofort wieder verlassen, nur Polizeileutnant Holte und der betreffende Polizeileutnant, der an dem Abend in der Bielestraße Dienst hatte, sind bei den Vernehmungen zugegen. Am Dienstag wurden den Zeugen 50 Schupkeute vorgeführt. Die Polizisten wurden zu je 5 Mann in den Sitzungssaal geführt; unter den Beamten erblickte man auch Schupkeute von der Abteilung der Veritonen, die aber für den Fall Hermann nicht in Betracht kommen können, da Hermann von zwei Fußschupkeuten ermordet wurde. Einer der Beamten erklärte, an dem fraglichen Abend nicht in Moabit tätig gewesen zu sein, er habe auf seinem Revier Dienst versehen. Eine der Zeuginnen wollte in einem der Beamten den Mann wiedererkennen, der bei dem Morde zugegen war, konnte ihre Aussage aber nicht mit absoluter Bestimmtheit machen. Schließlich stellte sich heraus, daß dieser Beamte am 27. September nur bis mittag gegen 1 Uhr in Moabit tätig war. Bemerkenswert ist die von Zeugen gegebene Beschreibung eines der Täter. Der betreffende Beamte ist etwa 1,78 Meter groß, von kräftigem Körperbau, etwas gedogener Nase. Er trägt einen kleinen Spitzbart, der auch als „Fitzge“ angesehen werden kann. Der von einigen Zeugen so geschilderte Beamte befand sich nicht unter den Polizisten, die den Zeugen vorgeführt wurden. Von dem zweiten der Mörder konnte keine Beschreibung gegeben werden, es wurde nur gesagt, daß er blondes Haar trage. Kurz vor dem Morde hatte der erste Beamte mit zwei Frauen ein Gespräch geführt. Dienstag nachmittag wurde die Zeugenvernehmung abgedrochen; sie wird am Mittwoch fortgesetzt.

Auch Frau Hermann wurde am Dienstag nach dem Polizeipräsidium gebeten. Es handelte sich um die Feststellung des Schwindlers, der die Witwe vor einiger Zeit unter falschen Angaben um den Rest ihrer geringen Parföhr gebrückt hatte. Frau Hermann erkannte den Mann auf einem Bilde im Verbrechenalbum wieder.

Konservativer Bürgerfang.

Die konservative Parteileitung denkt daran, ein neues konservatives Blatt in Berlin erscheinen zu lassen. Die „Kreuz-Zeitung“ ist für den konservativen mittelständlichen Bürger und den Beamten zu feudal; die „Deutsche Tageszeitung“ zu agrarisch und zu einseitig, der „Reichsbote“ zu pastoral. Sie tungen deshalb nicht zur konservativen Propaganda in den mittleren Bürgerkreisen. Diesem Mangel abzuhelfen, sind die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bestimmt, die dem Geschmack dieser Schichten entsprechend umgemodelt und ausgebaut werden und dann unter der beliebigen „nationalen“ Flagge hinausgeschickt werden sollen. Der „Freisinnigen Zeitung“ ist ein von dem Hauptverein der

Deutsch-Konservativen ausgehendes, streng vertrauliches Zirkular übermittelt worden, indem der Bezug eines Probeabonnements auf die „Berliner Neuesten Nachrichten“ dringend empfohlen wird. In dem Zirkular heißt es wörtlich:

„In der gegenwärtig politisch so bewegten Zeit, in dem Sturmlauf aller gegen die konservative Partei, wobei viele nationale Blätter sich nicht scheuen, unter dem Dredmantel der Unparteilichkeit alles auf das Gefährliche zu bekämpfen, was konservativ ist (gemeint ist die „Tägl. Rundschau“), D. Red.), erscheint es uns als besonders wertvoll, hier ein Blatt zu haben, das sich gegenüber unseren Bestrebungen einer sachlichen und vornehmen Stellungnahme befleißigt, und es uns ermöglicht, unseren Standpunkt auch von dem Forum der Gebildeten objektiv gewürdigt zu sehen.“

Je mehr unsere Freunde im Lande sich zum Bezuge von Blättern wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ entschließen, um so mehr wird der schädliche, Unfrieden in unsere eigenen Reihen tragende Einfluß der sogenannten „unparteilichen“ Presse schwinden, um so mehr werden die konservativen Partei und ihre gerechte Sache bekannt und anerkannt werden.“

Dieser wiederholte Hinweis auf die Schädlichkeit der unparteilichen Presse macht sich hier um so eigentümlicher, als in einem gleichzeitig liegenden, von dem Verlag und der Redaktion der „Berliner Neuesten Nachrichten“ selbst ausgehenden Rundschreiben von diesem Blatt empfehlend gesagt wird:

„Sie stehen außerhalb des eigentlichen Parteigetriebes, sind unbeeinflusst und unabhängig, immer darauf bedacht, für den Schutz der nationalen Arbeit zu wirken und die gewerblichen, landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsinteressen sorgsam gegeneinander abzumägen und zu berücksichtigen. Sie sind monarchisch und national und haben immer auch unsere Grenzmarktpolitik im Osten, Norden und Westen sich besonders am Herzen liegen lassen.“

Danach sollen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ zunächst nicht offen als ein aus dem Hauptverein der Deutsch-Konservativen gespeistes Blatt auftreten, sondern unter nationaler Maske die Interessen derer um Gehdebrand vertreten, damit die „Gebildeten“ nicht von vornherein kopfschütteln werden. Erst nach und nach sollen sie, wie es in dem obigen Zirkular heißt, den konservativen Standpunkt objektiv „würdig“ lernen. Ein recht schlauer Plan, der jedoch leichter ausgeführt als durchgeführt ist.

Die „geprellten Sozialdemokraten“.

Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Münchener Post“: Die „Nationalliberale Korrespondenz“ versucht abzuleugnen, daß die Liberalen vor der Stichwahl den Sozialdemokraten bindende Erklärungen über das Verhalten des zur Stichwahl stehenden liberalen Kandidaten Thoma zu verschiedenen wichtigen politischen Fragen gegeben haben. Die Darstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ entspricht nicht den Tatsachen. Wir stellen das fest, ohne uns zunächst auf weitere Einzelheiten einzulassen. Die in Frage kommenden Parteiorgane waren entschlossen, die parteipolitischen Abmachungen mit der größten Diskretion zu behandeln. Wir nehmen deshalb bis auf weiteres an, daß die für die betreffende Vereinbarung in Betracht kommenden bayerischen Stellen der liberalen Partei eine lokale Retifizierung der irreführenden Darstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ erfolgen lassen.

Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben.

Die Konservativen sind doch edle Menschen. Sie verleuern zwar den Armen und Bedürftigen schamlos die notwendigen Lebensmittel, dafür sind sie aber fürsorglich darauf bedacht, den Armen den Weg zum Himmel zu sichern, wo bekanntlich eitel Freude und Friede sein wird. Deshalb betrachten die konservativen Volksfreunde es auch als ihre erste Pflicht, den Religionsunterricht in der Volksschule möglichst gründlich zu gestalten, sei es auch auf Kosten der anderen Unterrichtsfächer. Werden doch die Einfältigen im Geiste am sichersten des Himmels Herrlichkeit schauen. In einer Versammlung des Dresdener Konservativen Vereins wurde darum einstimmig folgende Entschlieung angenommen:

1. Wir bedauern, daß die Vertreter des Sächsischen Lehrervereins auf eine ganze Reihe von gewichtigen, gegen die Preussische Thesen und die weiteren, im Anschluß daran gefaßten Beschlüsse von verschiedenen Seiten erhobenen Bedenken bisher nichts erwidert haben.

2. Wir protestieren gegen den unwürdigen, ungeschicklichen Ton, in welchem von seiten der Vertreter und Mitglieder des Sächsischen Lehrervereins öfter gegen die Vertreter anderer Anschauungen debattiert worden ist.

3. Wir erwarten, daß in dem neuen Schulgesetz die heilsgeschichtliche Bedeutung der biblischen Geschichte und die für den Unterricht von 6. bis 8. Schuljahre maßgebende Stellung des kleinen lutherischen Katechismus festgehalten, die Aufsicht der Kirche über den Religionsunterricht der Schule gewahrt, der religiöse Lehrstoff in sorgfältiger und nicht zu knapper Auswahl dargeboten und die bisherige Zahl der Religionsstunden beibehalten oder doch nur unwesentlich vermindert wird.“

Der „Fall Gierke“ in Elsfah-Vorbringen.

(Dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zur gefälligen Beachtung.)

Es ist ein ungeheurer Skandal, der in einem Bericht der IV. Kommission des Landesauschusses für Elsfah-Vorbringen, erstattet vom Abgeordneten Heinrich, behandelt wird. Er betrifft den am 17. November 1910 unter Umständen, die auf einen Selbstmord schließen lassen, verunglückten Rasseninspektor Gierke in Wolsheim (Unterelsah), Geschäftsführer und Redner des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Wolsheim.

Nach dem Bericht ist festgestellt, daß in den ganzen letzten Jahren der Landwirtschaftliche Kreisverein Wolsheim bei dem Landesverbande der Landwirtschaftlichen Kreisvereine jeweils jährlich eine Schuld von 125 000 M. hatte, ungefähr die Hälfte der dem Landesverbande von sämtlichen Kreisvereinen des Landes überhaupt geschuldeten Summe. Dazu kommt, daß verschiedene in den Jahren 1905, 1906 und 1907 durchgeführte Revisionen eine „keineswegs einwandfreie Rassenführung und Lagerverwaltung“ seitens des Geschäftsführers Gierke erkennen ließen. Aber erst 1908 hat der Kreisdirektor von Wolsheim als Vorsitzender des Vereins den Regierungsvorsteher, bei der nächsten Revision „möglichst scharf vorzugehen, da der Redner (Gierke) Schulden hätte und er ihn gerne entfernen möchte“. Die Revision muß allerdings bedenkliche Dinge zutage gefördert haben, denn der Kommissionsbericht spricht von „Erlaß auf Erlaß“ als Ergebnis dieser Revision, „entweder um Sanierungsmaßnahmen anzuordnen oder sich nach deren Ausführung zu erkundigen“, aber diese Verfügungen an den Wolsheimer Landwirtschaftlichen Kreisverein haben nach dem Berichte nur den Erfolg gehabt, „daß die Erlasse trotz mehrfacher Erinnerung nie erledigt wurden“.

Wie kommt es denn aber, daß die Regierung dieser Elsfah-Vorbringen untätig zusah? ... Der Bericht konstatiert trocken: „Der Landesverband der Landwirtschaftlichen Kreisvereine erhielt auf wiederholte Mahnungen weder Antwort noch Geld“. Und anschließend beruhigte sich der Landesverband dabei, war doch der Vorsitzende des Vereins ein kaiserlicher Kreisdirektor und war doch der Geschäftsführer des Vereins ein kaiserlicher Rasseninspektor! Erst als in einer Kommissions-

Abgabe des Landbesitzes auf die Verhältnisse in Molsheim an-
geknüpft worden war, und man einen öffentlichen Skandal fürchten
müßte, ordnete das Ministerium für den Oktober 1910 die
Vornahme der Revision des Warenverkehrs und des Schuldbuch-
nisses an. Diese Revision nahm 22 1/2 Tage in Anspruch und führte
dazu, daß der Geschäftsführer und Kassier des Vereins, Kassier
Gierke, eines schönen Tages bei Molsheim ertrunken aus
dem Wasser gezogen wurde.

Jetzt erst wurden Mahnungen an die zahlreicheren Älteren
Schuldner des Vereins beschickt und versandt, und da ergab sich
dann, daß von den gemahnten Vereinsmitgliedern „durch die Vor-
lage zahlreicher Quittungen nachgewiesen wurde, daß zahlreiche Rech-
nungen schon bezahlt waren“. Es stellte sich, wie der Kommissions-
bericht sagt, heraus, daß weitaus der größte Teil der zu
Buch stehenden Forderungen bereits bezahlt, die
eingelommenen Beträge aber von dem Geschäftsführer ganz oder
teilweise unter sich lagen waren“.

Vollständige Klarheit über den Umfang dieser Unterschlagungen
ist noch nicht geschaffen, der Kommissionsbericht sagt jedoch, daß
„die unterschlagenen und verschleierten Beträge sich voraussichtlich auf
58 000 M. belaufen“. An Geschäftsverlusten treten hinzu: 5000 M.
für faule Forderungen, 5000 M. für abgelegnete und mit der Ver-
jährungsfrist bestrittene Forderungen, ferner 3500 M. Verluste
durch einen Lagerhalter und 2800 M. Geschäftsverlust für 1910, so
daß insgesamt ein Verlust von etwa 74 800 Mark
entsteht.

In der Kommission versprach nach dem Berichte der Re-
gierungsdirektor, die Regierung werde aus dem Vorgang
ihre Lehre ziehen und nach Möglichkeit Vorkehrungen ergreifen,
die die Wiederkehr eines solchen Falles zu verhüten geeignet scheinen.
Das ist das Mindeste, was man erwarten muß. Daß man in Ab-
geordnetenkreisen die Zustände im allgemeinen für äußerst bedenklich
hält, ergibt sich daraus, daß nach dem Berichte mehrere Kom-
missionsmitglieder empfahlen, die Regierung möge möglichst genau
feststellen, ob nicht bei den anderen Kreisvereinen
ähnliche Zustände herrschen“.

Wenn die Regierung dieser agrarischen, mit Staats-
zuschüssen aus allgemeinen Steuergeldern bedachten Organisation
gegenüber auch nur ein Teilchen des Schmeißens an den Tag gelegt
hätte, mit welchem sie hinter den Organisationen der Arbeiter
her ist, so hätten die Unterschlagungen und Verwirrungen unmöglich
solche Dimensionen annehmen können.

Die Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Eine längere Debatte gab es am Mittwoch beim § 24, bei dem
ein freikonservativer Antrag einstimmig angenommen wurde, nach
welchem die Freiheit des religiösen Bekenntnisses ausdrücklich ge-
währleistet und der Genus der staatsbürgerlichen Rechte von dem
religiösen Bekenntnis für unabhängig erklärt wird.

Dem § 27 wird ein Antrag des Zentrums angefügt:
„Finanzgesetzentwürfe und Staatshaushaltsetats werden zuerst
der Zweiten Kammer vorgelegt, letztere werden von der Ersten
Kammer im ganzen angenommen oder abgelehnt. Im Etat nicht
vorgesehene Ausgaben oder Erhöhungen von Ausgabenposten über
den Betrag der von der Landesregierung vorgeschlagenen Summe
können von den Kammern ohne Zustimmung der Regierung in den
Etat nicht eingefügt werden.“

Der erste Teil des Antrages wird mit allen gegen die Stimmen
der Konservativen, der zweite Teil gegen Konservativen und Sozial-
demokraten angenommen. Genosse Dr. Frank hatte die ab-
lehrende Stellung unserer Genossen damit begründet, daß der
zweite Teil des Zentrumsantrages eine Verschlechterung der Re-
gierungsvorlage bedeute, denn er wolle den Kammern die Hände
binden und sie verhindern, Ausgabenposten ohne Zustimmung der Re-
gierung zu erhöhen.

Die Beratung des von dem freikonservativen Reichsverband
b. Dirlen gestellten Antrages, der eine Unterdrückung der fremd-
sprachigen Presse bezwecke, wurde von der Kommission gegen eine
Stimme abgelehnt.

Damit war die Beratung des Verfassungsgesetzes erledigt.
Donnerstag beginnt die Beratung des Wahlgesetzes.

Offizielle Schaumflägerei.

Die Scherpreise verbreiten die weitbewegende Mitteilung, daß
der Reichsanzler v. Bethmann Hollweg am Donnerstag anlässlich
der Beratung des Etats des auswärtigen Amtes eine längere Rede
halten werde, in der er besonders die Abstrichfrage zu erörtern
gedenke.

An sich ist es recht erfreulich, daß der Reichsanzler nicht wieder
durch ein Jagdvergnügen abgehalten ist, im Reichstag zu erscheinen.
Ob aber besonderer Anlaß dazu vorlag, die Rede, die er zu halten
gedenkt, in so breitspuriger Weise anzukündigen, erscheint doch
einigermassen fraglich. In der Regel wußte der Reichsanzler nach
solch großen Ankündigungen herzlich wenig zu sagen. Aber
klappen gehört zum Handwerk — auch zu dem eines Reichs-
anzlers.

Die Kosten der Katholikentage.

Die Zentrumsparaden, offiziell Katholikentage genannt, erfordern
enorme Geldmittel. Das Zentralkomitee für den diesjährigen
Katholikentag fordert deshalb durch die Zentrumspresse die zahlungs-
fähigen Anhänger des Zentrums auf, „ordentliche Mitglieder“ des
Katholikentages zu werden: eine Ehre, die nur 7,50 M. kostet. Diese
Verbürgung erfolgt, wie der Aufruf sagt, um dem jeweiligen Komitee
zu gestatten, auf einer sicheren finanziellen Grundlage zu operieren,
ohne daß es befürchten brauche, ein großes finanzielles Miß-
geschick zu müssen.

Was die alljährlichen Katholikentage kosten, das zeigen folgende
Zahlen: Der Augsburger Katholikentag erforderte nach der am
18. März erstatteten Schlussrechnung des Komitees eine Ausgabe
von 144 130,74 M. An Einnahmen werden genannt
95 670,02 M. Einnahmen des Finanzkomitees (darunter 35 392,50 M.
Beiträge ordentlicher Mitglieder). Ferner werden aufgeführt
24 867,83 M. Einnahmen aus dem Verkauf von Festzeitungen und
aus Inseraten, 4789,45 M. Einnahmen der Festungskommission,
903,45 M. Einnahmen der Altarkommission und 18 000 M. Zu-
wendung des Stadtmagistrats.

Die Bau- und Ausschusskommission verausgabte allein
81 179,65 M. und die Festkommission 10 043,28 M.

Und dieselben Leute, die solche Ansammlungen für ihre jährliche
Theatervorstellung ausgeben, entrüsten sich über Vergewandung von
Arbeitergeldern durch die Sozialdemokratie, die für ähnliche Aus-
gaben ihrer Parteitage höchstens einige tausend Mark gebraucht!

Ein Kolonialskandal?

Aus Darassalam wird amtlich gemeldet, daß gegen den Re-
ferenten beim kaiserlichen Gouvernement, Regierungsrat
Freiherrn v. Wächter, das Hauptverfahren wegen
Schneidens eröffnet worden ist. v. Wächter ist von Berliner
Schreibmaschinenfabrikanten als Schreiber anonymer Schriftstücke be-
zeichnet worden, deren Urheberchaft er im vorigen Jahre in einem
Verfahren gegen Underkandt eidlich abgelehnt hatte. Herr v. Wächter
bestreitet jede Schuld, ist jedoch einwinkeln vom Dienst sus-
pendiert worden. Die Hauptverhandlung wird frühestens im
Mai stattfinden können.

In dem vorjährigen Prozeß gegen den Herausgeber der
„Deutsch-Ostafrikan. Ztg.“, v. Roh, war Regierungsrat
v. Wächter beschuldigt worden, anonyme Briefe an v. Roh gerichtet
zu haben, die den Verdacht eines Vorgehens aus § 176

St.-G.-B. von ihm ableiten sollten. Das hatte v. Wächter eidlich
in Abrede gestellt.

Differenzen in Südwestafrica.

Die mit dem Bau von Eisenbahnen in Südwestafrica betraute
Firma Wächter u. Koppel hat einen Teil ihrer Beamten Knall
und Fall entlassen. Unter den Beamten der Firma war ein Streit
bestanden ausgebrochen, weil die deutschen Beamten sich den
tschechischen Beamten gegenüber zurückgesetzt fühlten. Die Firma
hatte die Behauptung aufgestellt, daß die Entlassung des Ober-
beamten Schönherz auf das Betreiben des Kolonialamts zurück-
zuführen sei. Diese Behauptung hat nunmehr der Gouverneur als
völlig unwahr bezeichnet. Gleichwohl lehnte es der Gouverneur
ab, zugunsten der deutschen Beamten zu intervenieren, weil er zu
einem solchen Eingreifen nicht berechtigt sei. Unter diesen Um-
ständen wird es Sache des Reichstages sein, die Scharmacher-
praktiken der Firma Wächter u. Koppel einmal gründlich unter die
Lupe zu nehmen.

Einträgliche Kolonialbegeisterung.

Die „Afrikanische Compagnie“, eine Kolonialgesellschaft mit
dem Sitz in Berlin, die in Kamerun die Kaufschulverwertung be-
treibt, hat in ihrer letzten stattgefundenen Generalversammlung
die Verteilung einer Dividende in Höhe von 17 Proz. beschlossen.
Ein Aktionär wies nach, daß nach dem Reingewinn eigentlich
20 Proz. verteilt werden müßten, doch war die Mehrheit der Ver-
sammlung „bescheiden“ genug, sich auch mit 17 Proz. „zufrieden“
zu geben. Unter den Leitern dieser Gesellschaft spielt der Reichs-
verbandsgeneral v. Liebert eine maßgebende Rolle. Im Reichs-
tag zählt derselbe Herr zu den begeistertsten und bewilligungs-
lustigsten Kolonialfreunden — in Unbetracht solcher Dividende ganz
begreiflich.

Frankreich.

Die Wingerunruhen.

Der für Aube, 28. März. Die demonstrierenden
Winger zerbrachen heute nachmittags in der Unterpräfektur
einige Fensterscheiben, rissen dann von der Tür der Präfektur die
Trilokale herab und ersehnten sie durch eine rote Fahne. Der
Präsident hielt eine Ansprache an die Menge und gab dem Winger-
ausschuß die Aufgabe, er werde die Truppen zurückziehen,
wenn die Manifestanten Ruhe halten würden. Nachdem die De-
monstranten dies versprochen hatten, setzten sich Präfekt und Unter-
präfekt an die Spitze des Juges, begaben sich zum Marktplatz und
befahlen den Truppen, in ihre Garnison zurückzukehren. Die
Demonstranten brachen in lebhaften Beifallstungebungen aus und
gestreuten sich dann. Um 6 Uhr abends herrschte Ruhe.

Italien.

Bissolatis Weigerung.

Rom, 27. März. (Fig. Ver.) Bissolati, der heute zu
einer definitiven Unterredung mit Giolitti eingeladen war,
hat diesem brieflich mitgeteilt, daß er es nicht über sich ver-
möchte, sich den äußeren Formen und Forderungen der Mi-
nisterwürde anzupassen, weshalb er Giolitti bittet, nicht
weiter in ihn zu dringen. Obwohl Giolitti noch um eine
Unterredung mit Bissolati, die am 28. d. M. stattfinden soll,
nachgesucht hat, ist anzunehmen, daß in der obigen Erklärung
der nunmehr endgültige Entschluß Bissolatis vorliegt.

Der „Avanti“ kommentiert den Entschluß in folgender
Weise:

Wenn uns an dieser nachgerade unvermuteten Wendung
der Umstände befremdet, daß Bissolati das Wesen annimmt
und nur die äußere Form verwirft, so ist andererseits dieser
Lösung eine gewisse Komik nicht abzupredigen. Man bedenke,
daß Bissolati mit Giolitti ein Reformprogramm vereinbart
hatte und darin gleichsam den Preis seines Opfers schon in
Geldbänken hielt. Heute zieht er das Opfer zurück. Was wird
nun aus dem vereinbarten Preise? Wird nun Giolitti das
Experiment der Wahlrechtsveränderung und der übrigen
Reformen versuchen, ohne Bissolati als Geißel zu haben? Er
hat seiner ganzen getreuen Mehrheit den Laufpaß gegeben,
um sich sozialistische Mitarbeiter zu rufen. Wie wird nun die
Mehrheit sich nach dem Rücktritt Bissolatis verhalten? Wird
sie wirklich den Minister in die angenehme Situation dessen
bringen, der sich zwischen zwei Stühlen setzt?

Wir haben die innere Folgerichtigkeit von Bissolatis Ge-
danken — von seiner Haltung auf dem Mailänder Kongreß
bis zu seiner Unterredung mit dem König — anerkannt und
auch die scharfe Logik gebilligt, die ihn als Individuum
unter seiner ausschließlichen streng von der Partei getrennten
Bewusstseinsfreiheit zur Teilnahme an der Regierung bewegte.
Unser Urteil in der Sache hat den Weisheit der ganzen Partei und
fogat des äußersten revolutionären Flügels gefunden. Aber es
liegt in der Natur der Sache, daß die großen Forderungen der
politischen Aktion sich für einen Sozialisten in eine tägliche Ver-
gewaltigung seines Widerwillens gegen die Ueberreste von Sym-
bolen, Jeremiaden und Hofgängerwesen umsetzt, aus denen die
äußere Erscheinung der Regierung in unserer Zeit gewebt ist.
Man hat gut reden, daß man nicht die Form, sondern das Wesen
beachten muß; ein so schlüpfriger und unabhängiger Mensch wie
Bissolati bringt es nicht über sich, die innere Demütigung des
Formelkrams über sich ergehen zu lassen.“

Das Blatt fügt dann hinzu, daß, wenn Giolitti an dem
vereinbarten Programm festhielte, die Parlamentsfraktion die
Verpflichtung hätte, sein neues Ministerium zu
unterstützen.

Solange man nicht über Giolittis Programm und über
die Mitarbeiter, die er sich nach Bissolatis Rücktritt wählen
wird, näheres weiß, ist es unangebracht, ein Urteil über die
neue Situation abzugeben. So wenig sympathisch die Form
und die Begründung des Rücktritts sein mag, so wird das
organisierte Proletariat diesen doch als eine Erlösung be-
grißen und ihn mit großer Genugtuung zur Kenntnis
nehmen.

Das neue Ministerium.

Rom, 29. März. Nach Mitteilungen aus den Wandelgängen
der Kammer wird sich das neue Kabinett Giolitti morgen
konstituieren. Wie versichert wird, soll die Liste der Minister
folgende sein: Ministerpräsident und Inneres Giolitti, Außeres
di San Giuliano, Justiz Finocchiaro, öffentliche Arbeiten Sacchi,
Schatz Tedesco, Finanzen Facta, Ackerbau Ritti, Krieg Spingardi,
Marine Cattolico, Unterricht Credaro und Posten Calissano.

Spanien.

Die Ferrer-Debatte.

Madrid, 29. März. Der Republikaner Soriano setzte seine
Rede fort und kritisierte die gegen Ferrer vorgebrachten Beweise,
wies nach, daß Ferrer während der blutigen Woche aus Barce-
lona abwesend war, und untersuchte das politische Eingreifen
der konservativen Partei in den Prozeß. Ferrer, gegen den zuerst
nur Beschuldigungen vorgelegt hätten, wie gegen mehrere andere
Angeklagte, sei plötzlich einem besonderen Prozeß unterworfen,
verurteilt und erschossen worden, während die übrigen Angeklagten,
unter ihnen der Deputierte Emiliano Iglesias, einige Monate
später freigesprochen und in Freiheit gesetzt worden seien.

England.

Der englisch-amerikanische Vertrag.

Washington, 28. März. Der schriftliche Entwurf des englisch-
amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages macht solche
Fortschritte, daß Präsident Taft hofft, ihn dem Senat bei seiner

herannahenden außerordentlichen Sitzung vorlegen zu können. Die
Verfasser wollen ihn zu einem Muster für zukünftige Verträge
machen, und es soll tatsächlich in jedem Streitfall eine schieds-
gerichtliche Lösung erfolgen.

Machtentfaltung am Persischen Golf.

Bombay, 29. März. Amtlich wird bekanntgegeben, daß von
Indien eine Expedition gegen die Waffenschmuggler
im Persischen Golf beschloßen wurde. Sie wird aus Ma-
trosen von den Kreuzern „Fox“ und „Giacinth“, einem Bataillon
Schützen, einer Abteilung Gebirgsartillerie, einem Detachement
Sappeure und einer Feldambulanz bestehen.

Ein Verschleppungsmanöver.

London, 28. März. Im Oberhaus teilte Lord Lans-
downe heute mit, daß er seine Reformbill nicht vor Offizieren ein-
bringen könnte. Jeder Vorschlag über die Zusammenfassung des
Hauses beruhe die königliche Prerogative für die Ernennung
von Peers, und nach Präzedenzfällen und der Praxis des
Parlaments müßte zuerst die Zustimmung der Krone zur
Erbringung einer derartigen Vorlage erlangt werden. Er werde
daher am Donnerstag beantragen, dem König eine Adresse zu
überreichen, in der Se. Majestät gebeten wird, der Erbringung
einer Bill zuzustimmen, die zur Reform des Oberhauses die kö-
nigliche Prerogative für die Ernennung von Peers einschränkt. Der
Staatssekretär für Indien Lord Morley erklärte, er würde die
Stellung der Regierung zu der Frage am Donnerstag darlegen.

Norwegen.

Offiziere als Agenten für ausländische Waffenfabriken.

Kristiania, 28. März. (Fig. Ver.) Unser Parteigenosse
Egede-Rissen bedauert in der geistigen Störungsbildung die
Tatsache auf, daß norwegische Offiziere für ausländische Firmen
als Agenten bei den Lieferungen von Kriegsmaterial tätig sind.
Ein Infanterieoffizier ist Agent in Krupp'schen Kanonen, ein
Artillerieoffizier für Gebirgskanonen einer französischen Firma, ein
Kavallerieoffizier besorgt die Lieferung von Unterseebooten. —
Diese Geschäftsmacherei wurde vom Storting fast allgemein ver-
urteilt und ein Antrag Egede-Rissens, der die Regierung aus-
fordert, den aktiven Offizieren zu verbieten, als Agenten bei den
Lieferungen für Meer und Flotte tätig zu sein, wurde gegen nur
2 Stimmen angenommen.

Schweden.

Eine große Militärdebatte.

Die zwei Tage in Anspruch nahm, haben die sozialdemokratischen
Anträge zur Herabsetzung der Militärausgaben in der
Zweiten Kammer herbeigeführt. Wie zu erwarten war,
wurden die Anträge schließlich abgelehnt. Statt dessen
stimmte die Kammer mit knapper Mehrheit dem Verlangen
der Liberalen zu, von neuem eine Untersuchung über
die Militärausgaben im Verhältnis zur Tragkraft des Volkes zu
veranstalten. Bei der Abstimmung hierüber haben unsere Genossen sich
der Stimme enthalten. Die Debatte hat insofern einen guten Zweck
erfüllt, als sie eine Klärung über die Stellung der Parteien zum
Militarismus brachte, was mit Rücksicht auf die bevorstehenden
Reichstagswahlen von besonderem Werte ist.

Rußland.

Die Lage nach dem Staatsstreik.

Petersburg, 29. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
Die Reichsduma hat die Interpellationen, worin die Re-
gierung ungeschicklichen Vorgehens beschuldigt wird, mit
174 Stimmen der Oktobristen und der Mitglieder der
Opposition gegen 88 Stimmen der Nationalisten und
der Mitglieder der Rechten angenommen und diese
Abstimmung bedeutet eine außerordentliche Verschärfung
der Lage. Zum ersten Male seit der Existenz der dritten
Duma haben die Oktobristen es gewagt, der Regierung in
einer wichtigen politischen Frage ihr Mißtrauen auszu-
drücken. Stolypin hat das Wunder vollbracht, die radikal-
lose, liebedienliche Oktobristenpartei in die Opposition zu
drängen. Wenn bei dem ungewohnt entschlossenen Auftreten
dieser Partei auch in bedeutendem Maße die Furcht vor
den neuen Wahlen mitspricht, so ist für sie doch die Tat-
sache maßgebend, daß der jetzt geschaffene Präzedenzfall
die Bedeutung der Duma auf Null herabgedrückt hat.
Neugerten sich doch selbst sehr gemäßigte Abgeordnete in der
Duma nach dem Bekanntwerden der letzten Jarenuksa, daß
diese die russische Volksvertretung vollkommen entwertet
hätten. Heute habe man die Duma für drei Tage geschlossen,
um die Semlowvorlage durchzubringen. Morgen würde man
sie für zwei Tage schließen, um ein anderes Projekt zu ver-
wirklichen, und übermorgen — für eine halbe Stunde, um
die Bewilligung eines neuen Kredits durchzusetzen! Dieses
Verfahren zeigt in trasser Weise, wohin die jetzt inaugurierte
Praxis führen muß, und die Oktobristen handeln nur aus
Selbsterhaltungstrieb, wenn sie die Verantwortung für diese
schmachvolle Brückierung der Duma ablehnen.

Eine andere Frage ist es, ob sie auch die Konsequenzen
ihrer Handlungsweise übernehmen und nicht durch ein Hinter-
tünchen wieder einschmuggeln, was sie offen zur Tür hinaus-
gejagt haben. Anzeichen für solche Kompromittation sind
allerdings vorhanden und einflussreiche Abgeordnete sind eifrig
an der Arbeit, um der Regierung eine goldene Brücke zur
Dumamehrheit zu bauen. Ob Stolypin diese Brücke be-
schreitet oder in seinem Va banque-Spiel fortfährt und die
Duma auflöst — diese Frage läßt sich heute noch nicht be-
antworten.

Türkei.

Albanien im Aufstand.

Saloniki, 29. März. (Meldung des Wiener N. N. Telegraphen-
Korrespondenz-Bureaus.) Die Situation verschlechtert sich
täglich, so daß die Regierung gezwungen ist, wieder stärkere Maß-
nahmen zu ergreifen. Bei den leitenden Kreisen sind ernste Mel-
dungen aus Ipek und Djakova eingetroffen, nach denen die Ar-
nauten allenthalben eine feindselige Haltung gegenüber den
Behörden und dem Militär einnehmen.

Von der Grenze eingetroffene Nachrichten besagen, daß die
Albaner, nachdem sie alle türkischen Blockhäuser in Raza Tuzi ge-
nommen, und die Soldaten entworfen hatten, Tuzi besetzt
haben. Sie bemächtigten sich der Waffen und Munition und er-
beuteten drei Kanonen.

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

New York, 28. März. Nach einem Telegramm aus El Paso
gibt ein Defekt Waderos bekannt, daß die Revolutionäre
in Mexiko den Guerillakrieg formell aufgegeben haben.
Canada (Mexiko), 28. März. Berichte der Regierungstruppen
melden eine Niederlage der Aufständischen bei Hermosillo.
Siebzig von ihnen seien getötet, über hundert verwundet worden.
Die Bundesstruppen hätten sechzehn Tote und zwanzig Verwundete
gehabt.

Diese Meldung zeigt, daß der Ministerwechsel beunruhigend
gewirkt hat. Man nimmt an, daß das Militärregiment Diaz
bald zu Ende gehen, Diaz selbst zurücktreten und der jetzige Finanz-
minister Limentov sein Nachfolger sein werde.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Au die organisierte Arbeiterschaft!

Zu Ostern beenden wieder Tausende von Handlungslehrlingen ihre Lehrzeit und viele junge Mädchen treten als jugendliche Angestellte in kaufmännische Geschäfte ein. Da ist es Zeit, dafür zu sorgen, daß diese jungen Leute nicht jenen kaufmännischen Vereinen zum Opfer zu fallen, von deren Anhängern die gewerkchaftlich organisierte Arbeiterschaft ständig bekämpft und beschimpft wird. Heute kann man leider noch sehr oft beobachten, daß auch Arbeiterkinder und -töchter, die als Handlungsgehilfen tätig sind, sich aus Unerfahrenheit von jenen arbeiterfeindlichen Vereinen ins Schleppjau nehmen lassen. Die Arbeiter sollten daher nicht die Gelegenheit veräumen, ihre Kinder und Geschwister aufzuklären, daß, soweit sie als männliche und weibliche Handlungsgehilfen tätig sind oder im Versicherungsgewerbe beschäftigt werden, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen die zuständige Organisation ist. Dieser Verband kämpft für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage seiner Berufsangehörigen und zwar Schalter an Schalter mit den Arbeitern anderer Berufe. Anmeldungen nimmt entgegen

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands.

Geschäftsstelle Berlin N.O. 43, Neue Königstr. 36 I.

Gegen das Ueberstundenystem

erklärten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Aron, Fabrik für Elektrizitätszähler, Charlottenburg, in einer Betriebsversammlung, die am Dienstagabend im „Vollshaus“ stattfand. Gegen den Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Er erinnerte daran, daß schon im Herbst vorigen Jahres lebhafter Unwille ausbrach, weil zu viele Ueberstunden verlangt wurden. Die Arbeiterschaft ließ sich damals beschwichtigen, als die Direktion erklärte, daß die Ueberstunden aufhören würden, sobald eine Reihe von Umzugsarbeiten in der Fabrik erledigt seien. Die Direktion wies darauf hin, daß sie sonst die Lieferungsstermine nicht einhalten könne. Die Arbeiter gaben nach und warteten. Sie warteten vergebens; die Direktion hat ihr Versprechen nicht gehalten, sondern behauptet jetzt, die Ueberstunden nicht entbehren zu können. Die Arbeiter sind nun der Ansicht, daß es in der Leitung des Betriebes liegt, wenn die Ueberstunden zu einer dauernden Einrichtung werden. Verschiedene Meister sollen schlecht geeignet sein für die Stellung, die sie bekleiden, so daß ihre Anordnungen häufig unweckmäßig seien. Die Arbeiter der Abteilung Stieber klagten außerdem über Mangel an hygienischer Fürsorge; sie leiden unter Qualm und Dunst und Benzindämpfen, es fehle an genügenden Abzugsvorrichtungen. Die Gänge und Türen seien oft so verbaugt, daß es bei Feuergefahr sehr gefährlich werden könne. Das Verhalten dieses Meisters gegenüber den Arbeitern soll sehr ungebührlich sein. Von mehreren Meistern wurde betont, daß sehr viel an den Arbeitern selbst liegt, wenn sie sich ungehörige Zumutungen gefallen lassen. — Nach einer längeren Besprechung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die dahin lautet, daß vom Montag, den 3. April, ab keine Ueberstunden mehr geleistet werden sollten.

Ächtung, Metallarbeiter! Der Betrieb von Windhoff in Friedenau-Schöneberg, Vennigstr. 21, Fabrik für Automobilzähler, ist für sämtliche Metallarbeiter streng gesperrt, da in dem Betrieb die sämtlich dort Beschäftigten seit einigen Tagen im Streik stehen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Schneiderinnen und Schneider der Kostüm- und Aufsteckbranche hielten am Montag in den Armintallen eine Versammlung ab, in der Frau Dr. Zeppler über die Frage sprach: Welche Rechte und Pflichten haben die Frauen in der Gegenwart? Nach dem Vortrage, der lebhaften Beifall fand, berichtete Knoop über die gegenwärtige Lage in der Branche. Er wies zunächst auf den Lohnkampf der Kostümschneider und Schneiderinnen in Wien hin, der es notwendig macht, genau darauf zu achten, daß hier in Berlin keine Streikarbeit hergestellt wird. Es liegt aus Wien die Mitteilung vor, daß versucht wird, solche Arbeit in Berlin herstellen zu lassen und dabei sind namentlich auch die Firmen Spitzer und Unger genannt worden. Jedemfalls werden der Schneiderverband und die Arbeiterschaft in der Kostümbranche alles aufzubieten, um hier die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern. — Das Tarifverhältnis in der Kostümbranche Berlins ist in letzter Zeit noch auf einige weitere Firmen ausgedehnt worden, wodurch den betreffenden Schneiderinnen und Schneidern schätzenswerte Lohnzulagen und andere Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zuteil wurden. Andererseits nannte der Redner einige Firmen, die Versuche gemacht haben, den Tarifvertrag zu durchbrechen oder sich auf andere Weise, z. B. durch ungebührliche Verwendung ihres Personals, unliebsam bemerkbar gemacht haben. Die Ausführungen des Referenten wurden in dieser Hinsicht in der Diskussion noch ergänzt. Dabei wurde namentlich hervorgehoben, wie notwendig es ist, daß die Schneider und Schneiderinnen stets auf dem Posten sind und auch die Werkstattprüfungen vollständig besuchen, damit irgend welchen Tarifdurchbrechungen vorgebeugt und Differenzen ordnungsgemäß erledigt werden können.

Die „Hingetruppe“ in Spandau.

Mit dem Zuge 8.04 abends kamen am 28. d. M. aus Hamburg 34 dieser dem Staate besonders nützlichen Elemente an, um den Firmen Weichardt und Kurt Thomas in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter beizustehen. Zum „Empfang“ waren zwei Streikbrecher der Firma Thomas, der stellvertretende „liberale“ Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Spandau, Herr Prager, diverse Polizeibeamte zu Fuß und zu Pferde, sowie einige Angestellte der Firma Weichardt, sowie die Geschäftsinhaber beider Firmen anwesend. Nachdem Herr Thomas den „lieben Arbeitwilligen“ beim Einsteigen beiläufig getöseln, ging der Zug, begleitet von Polizei, Streikbrecheragenten usw. nach Tiefwerder, wo die Leute in einem alten Kaffeehaus, Tiefwerder Weg 7a, einquartiert wurden. Am gestrigen Vormittag traten die Herren ihre „nützliche“ Arbeit an. Fünf Mann wurden der Firma Weichardt, die übrigen der Firma Thomas zur Verfügung gestellt.

Die Streikenden lassen sich durch das Erscheinen der Hingetruppe weder provozieren noch einschüchtern. Sie stehen im Kampfe, bis sich die Unternehmer bequemen, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen.

Deutsches Reich.

Wenn zwei das selbe tun . . .

Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes der Zahlstelle Rathenow, der Maurer W., der während der Bauarbeiterausperrung mit dem Arbeitwilligen Timm aus Berlin verhandelte, wurde am 23. März von der Strafkammer in Stendal wegen Rötigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. W. war schon vorher von derselben Strafkammer mit noch zwei Kollegen zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie sich von dem arbeitswilligen Revolverhelden Brinkmann nicht die Knochen entweichließen lassen wollten, sondern ihn verbieten wollten eine derbe Tracht Prügel verabfolgen. Bei der Verhandlung am 23. März beschworen fünf Zeugen, daß der Angeklagte keine Redewendung gebraucht habe, die als Drohung gedeutet werden könnte. Das Gericht maß jedoch dem Zeugnis des staatsberhaltenden Elements erhöheren Glauben bei.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

In Heidelberg machten die Fleischergehilfen den Versuch, die bei dem Fleischermeister Hoflieferanten Schwab beschäftigten Gesellen für den Verband zu gewinnen. Der Meister geriet hierüber in solche Aufregung, daß er mit dem Gemeindevorstande ausgerichteten Vertrauensmann der Organisation auf der Straße stellte, diesen verprügelte und dabei nicht unerheblich verletzte. Der Staatsanwalt, dem dieser Vorfall zur Strafverfolgung übergeben worden war, lehnte die Erhebung einer Anklage ab, da nach den gerichtlichen Gutachten nur eine einfache Körperverletzung vorliege, an deren Verfolgung ein öffentliches Interesse nicht bestehe; die Akten seien zu etwaigen polizeilichen Einschreiten an das Bezirksamt abgegeben. Wegen dieses Entschlusses ist Berufung bei der Oberstaatsanwaltschaft eingelegt worden.

Streik städtischer Arbeiter in Kolberg.

Bereits am 18. Februar d. J. hatten die städtischen Betriebe Kolbergs eine zweitägige Arbeitsniederlegung, die dann durch Tarifabschluß zwischen Stadtverwaltung und Gemeindefacharbeiterverband beigelegt wurde. An den dabei getroffenen Abmachungen waren der erste Bürgermeister, zwei Stadträte, einige Stadtverordnete sowie Vertreter der Arbeiter und des Verbandes beteiligt. Die eigentlich nur noch formell zu gebende Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung wurde auf Verlangen einiger Scharfmacher verweigert. Der gerade zur entscheidenden Sitzung ins Kollegium eingezogene Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes machte gegen den Abschluß des Tarifvertrages scharf und erreichte die Zurückweisung an die Finanzkommission. Das Stadtverordnetenkollegium desavouierte also die Vertreter der Gemeinde. Die Zustimmung, auf der hin vor einigen Tagen die Arbeit aufgenommen worden war, wurde durch den Beschluß eines viertelwöchentlichen Waffenstillstandes abgeändert; es wurde in erneute Verhandlungen eingetreten. Hierbei ist nun aber nicht das herausgekommen, was ursprünglich zugesagt worden war. Den ersten Feuerleuten der Gasanstalt wurde wohl ein Wochenlohn von 22,50 M. und den übrigen Feuerleuten ein solcher von 18,90 M., sowie allen anderen Gasarbeitern 2 Pf. Zulage pro Stunde zugewilligt, bei der Parkverwaltung sollten die Frauen nur 1 Pf. Zulage pro Stunde erhalten, die anderen Arbeiter der Parkverwaltung, des Bauamts und der Straßenreinigung jedoch leer ausgehen, wiewohl die Löhne für Arbeiter noch auf 24 und 26 Pf. pro Stunde stehen. Die Stadtverwaltung Kolberg hat eben in früheren Jahren ihren Arbeitern keine der Zeit entsprechenden Lohnzulagen gewährt, obgleich die Stadt als Badeort ziemlich hohe Preise für Lebensunterhalt hat. Den Arbeitern erschien daher die Stellung der Stadtverwaltung als eine Verhöhnung und deshalb legten sie am Donnerstag abend bezw. Freitag früh die Arbeit nieder. Nachträglich wurde allerdings durch Publikation des Magistrats bekannt gegeben, daß alle Arbeiter 2 Pf. Zulage zum Stundenlohn und einen dreitägigen Urlaub nach dreijähriger Dienstzeit erhalten sollen. Von einer Verlängerung der Arbeitszeit, die verschiedentlich noch über zehn Stunden dauert, war keine Rede, ebensowenig von einem Tarifvertrag mit den Arbeitern. Die ungenügenden Zugeständnisse bezogen die Arbeiter im Streik auszuhalten. Als Klausurherren fungieren einige städtische Beamte, sowie eine aus Eisen herbeigekommene Streikbrecherkolonne, die nahezu bei allen Streiks städtischer Arbeiter in Funktion tritt. Zugug ist fernzuhalten.

Die Aussperrung der Steinarbeiter in Weimar (Bezirk Kassel) ist beendet. Die Firma Wösch u. Co., die ihre 400 Arbeiter auf Plaster geworben hatte, um eine Schwächung der stark gewordenen Organisation herbeizuführen, hat klein beigegeben und sogar noch eine Erhöhung der Löhne bewilligen müssen.

Die Möbeltransportarbeiter in Frankfurt a. M. haben die Arbeit eingestellt, nachdem Verhandlungen mit den Unternehmern ergebnislos verlaufen waren. Es handelt sich um ungefähr 180 Mann.

Zum Kampf im Hamburger Holzgewerbe.

Jetzt hat der Verband „Unterelbe“ seinen Willen durchgesetzt; die Holzindustriellen haben die Aussperrung sämtlicher Holzarbeiter beschlossen, doch sollen in erster Linie die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes „berücksichtigt“ werden. Es scheint fast so, als wenn man auch hier wieder damit rechnet, daß der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Holzarbeiter ganz selbstverständlich die Streikbrecherrolle übernehmen wird. Die Versammlung der Holzindustriellen, in der der Aussperrungsbeschluß gefaßt wurde, war sehr schwach besucht. Der Sekretär des Schuyverbandes, Herr Surlitt, beruhigte die Anwesenden damit, daß er erklärte: Der zu fassende Beschluß wird auch von den Nichtanwesenden durchgeführt und wenn jemand sich weigern sollte, so werden unsere Verbindungen mit den Materiallieferanten durch die Materialsperrung und die Drohung mit Entziehung der Aufträge durch die Bauunternehmer den nötigen Eindruck nicht verfehlen. Wer dem Beschluß dann nicht Folge leistet, der wird von uns gezeugt werden, seinen Betrieb zu schließen. Trotzdem erklärte ein Tischlermeister aus Wandabel, daß bei seinen Kollegen herzlich wenig Neigung für eine Aussperrung vorhanden sei. Als es dann zur Abstimmung kam, wagten jedoch fünf Unternehmer gegen die Aussperrung zu stimmen. Eine Kommission von drei Unternehmern wurde dann eingesetzt, die von Betrieb zu Betrieb die Aussperrung propagieren soll und kontrollieren, ob die Unternehmer die Aussperrung durchführen.

Dienstag sind nun bereits die Bauunternehmer und Holzhändler mobil gemacht, um die widerspenstigen Tischlermeister zur Reize zu bringen.

Dienstagabend sollte die Aussperrung auf der ganzen Linie erfolgen und Mittwoch früh sollen nach Ansicht des Verbandes „Unterelbe“ 6000 Holzarbeiter auf dem Pflaster liegen. Und das alles, weil der Holzarbeiterverband auf Anerkennung des mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Vertragsmusters besteht, dessen Anerkennung nach Ansicht des geistigen Leiters der Hamburger Unternehmer, Herrn Bolzmann, den „Ruin des Gewerbes“ bedeutet.

Der paritätische Arbeitsnachweis hielt gegenwärtig nur noch eine nebensächliche Rolle und spielte sie auch in der Unternehmerversammlung, weil er von den Tischlermeistern bereits geschlossen ist. Durch ein Schreiben an den Holzarbeiterverband ersucht die Innung nur noch, eine Verständigung über die Veräußerung des gemeinsam angeschafften Inventars!

Der Verband „Unterelbe“ hat bereits eine Anzahl Streikbrecheragenten nach allen Himmelsrichtungen entsandt und inseriert gegenwärtig schon in allen möglichen Blättern nach Arbeitwilligen. Die Holzarbeiter werden darum gut tun, besonders aufmerksam zu sein.

Hamburg, 29. März, (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Mittwochmittag betrug die Zahl der Streikenden 1500, die der Ausgesperrten 540. Diese Ziffern entsprechen bei weitem nicht den großen Worten, mit denen die Scharfmacher ihre Aktion einleiteten.

40 Korbmacher in Waldorf, Kreis Geestmünde, haben wegen Affordreduzierung am Montag, den 27. März, die Arbeit niedergelegt. Die Waldorfer Korbmacher gehören zu den schlecht bezahltesten Arbeiterkategorien der Unterweserorte. Zugug ist fernzuhalten.

Statistik über den Kampf der Chemnitzer Metallarbeiter.

Ueber das Numerische des Kampfes ist nach Fertigstellung und Abschluß der Statistik folgendes zu berichten: In den Streik traten ursprünglich 2800 Former und Gießerarbeiten, 60 Firmen beteiligten sich an der Aussperrung; von 18158 bei

diesen Firmen Beschäftigten Metallarbeitern wurden 5695 ausgesperrt. 26 Firmen, die 4885 Arbeiter beschäftigten, beteiligten sich überhaupt nicht an der Aussperrung. An die Aussperrung schloß sich dann der Streik der organisierten Metallarbeiter, die nicht ausgesperrt worden waren; 782 legten vorige Woche die Arbeit nieder. Dieser Kampf richtete sich gegen 19 Betriebe; 6 davon wurden dadurch vollständig stillgelegt. Metallarbeiter kommen — einschließlich der streikenden Former und Gießerarbeiten — bei dieser Bewegung 9071 Mann in Betracht. Dazu kommen aber noch 400 vorige Woche ausgesperrte Modell- und Fabrikarbeiter; insgesamt also sind bei dem Kampfe 9471 Personen beteiligt. Diese Zahl erhöht sich aber täglich.

Die Kaffatter Belagerung ist beendet; der Kampf der streikenden Arbeiter der Waggonfabrik mit der Direktion, welche anfangs jede Verhandlung mit Vertretern der Organisation ablehnte, dauerte 18 Wochen. Das ist in Anbetracht des nicht außerordentlich umfangreichen Betriebes und der örtlichen Beschränkung des Kampfes eine für den Erfolg der Arbeiter nicht ausichtsvolle Periode. Der Verlauf des Streikes zeigt, daß die Unternehmerposition von vornherein durch die arbeiterfeindliche Haltung der Polizeigewalt, welche die Hingetruppe mit einem sichtbaren Wohlwollen behandelte, gefestigt worden war. Da half es wenig mehr, als endlich die Arbeiterpresse mittels ethischen Appells an den Minister des Innern die öffentliche Meinung zu Hilfe rufen wollte. Herr v. Boddian versagte vollständig. Die Fabrikleitung aber kam im Verlauf des Streikes zur Einsicht, daß mit dem zusammengetragenen Interimsarbeiterstand ein geschäftlicher Erfolg nicht erzielt werden kann. So unterhandelte sie denn in der vorigen Woche mit einer Kommission der Streikenden und machte die keine platonische Konzeption, die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden, d. h. um eine halbe Stunde, zu reduzieren. — Wenn die Eisenbahnbehörde die Zugverbindungen morgens besser einrichtet. Selbstverständlich erklärte sich die Fabrikleitung für die Forderung einer guten Behandlung der Arbeiter; aber die Verbesserung der Löhne behält sie sich vor.

„Schwere Streikaußschreitungen bei Bamberg.“

Unter dieser Ueberschrift brachte die bürgerliche Presse eine offenbar aus einem Korrespondenzbureau stammende Notiz, nach der aus Anlaß eines Ziegelarbeiterstreiks in Wischberg bei Bamberg schwere Ausschreitungen der Streikenden stattgefunden hätten. Sämtliche Fensterscheiben im Fabrikgebäude seien eingeworfen und die Direktorenwohnung sei mit Steinen bombardiert worden. Die Familie des Direktors sei nach Bamberg geflüchtet. Die Gendarmerie sei aus der ganzen Gegend zusammengezogen und die Polizeistunde auf abends 9 Uhr festgesetzt worden. Auch die Gendarmerie sei attackiert worden, worauf die Gendarmerie mit blinden Schüssen geantwortet habe.

Alle diese schauerlichen Meldungen sind von A bis Z erlogen. Weder ist Gendarmerie zusammengezogen, noch ist sie attackiert worden, noch hat sie geschossen, noch ist der Direktor geflüchtet; kurz, alle Nachrichten sind das Schwindelprodukt eines zeilenhungrigen Reporters, vielleicht aber auch eines Scharfmacherbüblings, der mit der Nachricht Stimmung gegen die Arbeiter machen will. Wichtig ist nur, daß in den Wischberger Ton- und Ziegelwerken gestreikt wird und daß sich, als italienische Streikbrecher in Automobilen in die Fabrik gebracht wurden, eine große Anzahl Menschen ansammelte. Schulkinder warfen einige Fensterscheiben im Fabrikgebäude ein, das geschah aber unter den Augen der Gendarmen, denen es nicht einfiel, von der Sache irgendwelches Aufsehen zu machen. Im übrigen sind Unterhandlungen im Gange, die wahrscheinlich Erfolg haben werden, denn die Italiener weigern sich, Streikbrecherdienste zu leisten.

Der Transportarbeiterstreik in Wülhausen i. Gif. hat nach sieben tägiger Dauer mit einem vollen Erfolge der Streikenden geendet. Nachdem im Laufe der Woche verschiedene Einzelgeschäfte nachgegeben hatten, schlossen am Sonnabendabend in einer Einigungsverhandlung unter dem Vorsitze des Bürgermeisters auch die Speditoren mit den Arbeitern den vorgelegten Tarifvertrag ab, indem sie den grundsätzlichen Widerstand gegen die Einführung des Wochenlohnes fallen ließen. Im allgemeinen wurde durchschnittlich eine Lohnerhöhung von sechs Mark pro Woche für rund 500 Transportarbeiter errungen. Es hat den Unternehmern nichts geholfen, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen den Rollwahrverkehr der mittels der Bahn eingetroffenen Güter durch das Eisenbahnpersonal besorgen ließ und daß sogar Dragoner hier und da Streikbrecherdienste leisten mußten. Auch das Eingreifen der bewaffneten Macht gegen die Streikposten, welche von berittenen Gendarmen provoziert und mit Verhaftung bedroht wurden, half nichts: die Ausständigen ließen sich einfach nicht provozieren. Die junge Organisation hat unter der Führung des Leiters des Deutschen Transportarbeiterverbandes die Feuerprobe glänzend bestanden.

Die Schuhmacher in Mey haben der Meisterorganisation sowie den außerhalb derselben stehenden Meistern mit Gehilfen einen Lohnantrag zur Anerkennung unterbreitet. Nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen besteht wenig Hoffnung, durch friedliche Unterhandlungen eine Einigung zu erzielen. Die Gehilfen wollen, falls im Laufe dieser Woche keine Einigung erzielt wird, die Arbeit niederlegen. Zugug nach Mey ist streng fernzuhalten.

Ausland.

R. u. I. Streikbrecher.

Während des Seemannsstreiks in Triest wurde die Abfahrt des Lohndampfers „Semiramis“ nach Aegypten dadurch ermöglicht, daß Heizer der Kriegsmarine auf dieses Schiff abkommandiert wurden. 300 Millionen für Dreadnoughts und Wiederbeschaffung der Bestrebungen nach besserer Stellung — die beste Flottenagitation, die man sich wünschen kann.

Letzte Nachrichten.

Zur Befestigung der Stellung Stolypin

Petersburg, 29. März. (B. Z. B.) Von unserem Privatkorrespondenten. Der Kaiser hat den Reichspräsidenten beauftragt, Durnowo mitzutheilen, daß er zwar Durnows Verdienste schätze, aber doch meine, daß er während der Krise unrichtig gehandelt habe.

Von der russischen Flotte.

Petersburg, 29. März. (B. Z. B.) Reichsduma. (Schluß.) Nach der Rede des Gehilfen des Marineministers machte Wostokow (extreme Rechte) längere Ausführungen über die Bedingungen des Schiffbaues, wobei er zu dem Schlusse kam, daß eine Kürzung der Kredite die Lage nur verschlimmern könnte. Es sei unmöglich, jetzt die Schlagfertigkeit der Flotte zu schwächen. Errogizow (Oktoberist) wies auf das in der Marineverwaltung herrschende Chaos hin und drückte die Hoffnung aus, der neue Marineminister werde sich für verpflichtet halten, dem Kaiser vorzustellen, daß die Zentralverwaltung des Ministeriums der Bestimmung nicht entspricht. Schingarew (Radettenpartei) kritisierte die Tätigkeit des Marineministeriums und wies auf die Schulden bei den Werstätten und Werften hin, die vierzig Millionen betragen. Der Bau eines Unterseebootes, dessen Konstruktion Staatsgeheimnis sei, sei einer Privatwerkstatt übergeben worden, bei der einer der Mitarbeiter ein früherer deutscher Offizier und österreichischer Vizekonsul sei.

Die Rede Bebel's.

Wir haben bereits kurz über die Rede, die Bebel in Hamburg gehalten hat, berichtet. Die helle Beleuchtung, die die gesamte politische Situation durch diese Ausführungen erfährt, lassen eine ausführlichere Wiedergabe angezeigt erscheinen. Bebel führte aus:

Volle vier Jahre sind es her, seit ich das letzte Mal zu Ihnen gesprochen habe. Damals war der Reichstag eben aufgelöst. Wir waren, das gestehe ich offen, damals alle ein wenig zu hoffnungsvoll. Wir glaubten, das Volk in seiner großen Mehrheit werde die Taktik billigen, die wir im Reichstag der Regierung gegenüber befolgt hatten. Es kam anders. Bülow versuchte, aus Konservativen und Liberalen eine neue Mehrheit, den sogenannten Bülowblock, zu bilden. Und mit Hilfe von Wahlbeeinflussungen, wie sie selbst zu Bismarck's Zeiten nicht dagewesen, gelang der Coup. Freilich konnte der Bund zwischen Konservativen und Liberalen, die sich seit Jahrzehnten aufs schärfste bekämpften, nicht von Dauer sein. Der alte Träger hatte recht, als er dieses unnatürliche Bündnis eine Paarung zwischen Störchen und Kranich nannte. (Heiterkeit.) Man brachte zwar das neue Vereinsgesetz und einige andere Gesetze, die etwas nach Liberalismus schmecken, zustande. Sobald es sich aber darum handelte, die Reichsfinanzen zu reformieren, kam es zum Bruch. Regierung und Liberale waren sich einig geworden, daß 100 Millionen durch direkte Steuern, vornehmlich durch die Erbschaftsteuer aufgebracht werden sollten. Unzweifelhaft ist auch die Erbschaftsteuer eine der gerechtesten Steuern. Schon deshalb, weil sie gestattet, diejenigen zu fassen, die bei Lebzeiten durch Steuerhinterziehung den Staat betrogen haben. Diese Steuer ging aber den Konservativen und dem Zentrum, das doch nach den Lehren Christi gerade dafür eintreten müßte, daß die Reichen belastet und die Armen gespart werden, wider den Strich. Es kamen dann die neuen indirekten Steuererhöhungen zustande, die 400 Millionen Mark jährlich einbringen sollen, aber nach dem Urteil von Sachverständigen bei weitem nicht einbringen werden. Diese neuen Steuern haben auf verschiedene Zweige unserer Industrie geradezu verheerend gewirkt. Das Reich sieht sich genötigt, einen Teil der neuen Steuereinnahmen zur Unterstützung von Arbeitern zu verwenden, die durch diese Steuern ergebnislos geworden sind. Diese sogenannte Steuerreform kann gar nicht scharf genug beurteilt werden. Sie ist ein

Verbrechen am deutschen Volke.

(Lebhafter Beifall.) Wenn alle 500 Millionen Mark, die das Reich brauchte, auf dem Wege der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer aufgebracht worden wären, so wäre das bei dem heutigen Stande unseres Nationalvermögens ganz gut möglich gewesen. Man braucht ja sonst so gern damit, daß das deutsche Volk alljährlich um 400 Millionen Mark reicher wird. Ich glaube allerdings nicht, daß viel von diesem Reichtum sich in Ihre Taschen verzerrt hat. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es trifft auf unsere Verhältnisse das Wort ja, das im englischen Parlament einmal ein Redner ausbrach, indem er sagte, daß der ganze reichhaltige Reichtum der Nation sich beschränkt auf die bestehenden Klassen. Nun ist man bei uns mit der indirekten Besteuerung so weit gegangen, daß kaum noch ein Massenkonsumartikel als Steuerquelle in Frage kommen kann, wenn man nicht am Ende auch noch Wasser und Luft besteuern will. Es gibt keine indirekte Steuerquelle mehr, die genug einbringen könnte, um das Loch im Reichsfaß zu stopfen. Das haben auch Regierung und Liberale ein, und deshalb ihr Reformvorschlag, der von den Konservativen und dem Zentrum abgelehnt wurde. Damit hatten sich diese beiden Parteien, die ihrer Natur nach zusammengehören, wiedergefunden. Das bishere Katholizismus oder Protestantismus hat nie eine große Rolle als trennendes Moment zwischen beiden gespielt. Beide sind sich darin einig, daß das Volk unterdrückt und die Massen ausgebeutet werden müssen. Darin sind sich beide gleich: die Junker und die Pfaffen. (Zustimmung.) Und es gibt hochgestellte Personen bei uns, die gern katholisch würden, wenn sie nur auch gleich Kardinal oder Papst werden könnten. (Große Heiterkeit und Bravo!)

Man hat 1907 gesagt, es komme nicht darauf an, ob man den Feind nach der Regel schlägt, wenn man ihn nur schlägt, daß er sinke mit allen seinen Fahnen. Der König von Sachsen zitierte damals sogar den Geist des seligen Hutten, indem er äußerte: jetzt sei es eine Lust zu leben! 1903 hat er das nicht gesagt, und 1912 wird er es wohl auch nicht wieder sagen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Man hat schon oft geglaubt, man habe uns vernichtet, aber man hat sich noch jedesmal getäuscht. Wir sind wie der Kalb, wenn man uns an einem Ende faßt, schlüpfen wir am anderen Ende durch. (Heiterkeit.) Nicht, daß wir als einzelne unüberwindlich wären. Ich bilde mir nicht ein, daß wir etwas Besseres sind als die Angehörigen anderer Parteien. Aber die Stellung, die das Proletariat in der heutigen Gesellschaft einnimmt, die sorgt dafür, daß die Sozialdemokratie desto besser wächst und gedeiht, je länger die bürgerliche Gesellschaftsordnung besteht. Die bürgerliche Gesellschaft befindet sich in beständiger Revolution. Das ist eine Revolution, bei der kein Blut fließt, bei der aber außerordentlich viel Elend zutage tritt. Vor einem Menschenalter war Deutschlands Bevölkerung noch zum größten Teil bäuerlich. Der Bauer aber ist seiner Natur nach konservativ. Inzwischen hat eine vollständige Umwälzung stattgefunden. Während die Bevölkerungszahl selbst enorm gewachsen ist, ist der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung zurückgegangen und beträgt heute schon lange nicht mehr die Hälfte. Nach der letzten Berufszählung waren von je 1000 Erwerbstätigen nicht weniger als 734 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Arbeiterklasse bildet also nahezu drei Viertel der Gesamtbevölkerung. Daß von diesen Arbeitern und Arbeiterinnen heute noch sehr viele den bürgerlichen Parteien nachlaufen, wissen wir. Aber das Proletariat ist seiner Natur nach revolutionär, und in demselben Maße wie die bürgerliche Gesellschaft weiter existiert, muß auch die Sozialdemokratie an Boden gewinnen.

Die Notwendigkeit der Finanzreform ergab sich aus der Entwicklung, die das Deutsche Reich seit 1870 genommen hat. 1872 schrieb die „Vossische Zeitung“: die Militärausgaben seien kaum noch zu tragen. Damals betrug die Staats des Heeres, der Marine, der Pensionen und der Schuldenverzinsung zusammen 303 Millionen Mark. Im Etatsjahr 1911 beträgt die Gesamtsumme der vier Staats 1543 Millionen Mark. Der Aufwand ist also um das Fünffache gestiegen. Während die Bevölkerung sich um 67 Proz. vermehrte, sind die Militär- und Marineausgaben um 500 Proz. gestiegen. (Große Bewegung.) Außerdem haben wir jetzt wieder eine neue Militärvorlage verabschiedet, die jährlich 141 Millionen Mehrkosten verursacht. Dabei klagen die Invaliden aus der Kriegszeit, daß sie bei der Teuerung mit ihren Renten nicht mehr auskommen. Die einfachen Soldaten erhalten immer noch wie vor 40 Jahren ihren täglichen Sold von 2 Pf. pro Tag. Unteroffiziere und Offiziere haben wiederholt Zulagen erhalten, den armen Soldaten hat man sie verweigert. (Entrüstete Zwischenrufe.) Die Sozialdemokraten hatten beantragt, den Sold auf 32 Pf. pro Tag zu erhöhen, das hätte dem Reich jährlich 18 Millionen Mark Meh-

ausgaben verursacht. Das wurde abgelehnt. Nur die Uebernahme der Ruhmaterialkosten auf das Reich wurde bewilligt. Die neuen Steuererhöhungen haben noch eine andere ungeahnte Wirkung gehabt. Durch die

allgemeine Verteuerung der Lebensmittel

sind die Beamten nicht mehr in der Lage, mit ihren Gehältern auszukommen. Von Staat und Gemeinden müßten Gehaltsaufbesserungen bewilligt werden. Denn mit Vertiefungen hatte ja 1907 Bülow die Beamtenstimmen für die bürgerlichen Parteien gefördert. Aber dem Staat und den Gemeinden sind daraus Mehrausgaben erwachsen, die in die Hunderte von Millionen gehen. Dadurch wird die ganze Finanzreform ein Schlag ins Wasser. Arbeiter und kleine Leute zahlen die Besche. Weiter hat sich gezeigt, daß selbst die Steuern, mit denen man die Kapitalisten treffen wollte, wie die Talonsteuer, in Wirklichkeit nicht von diesen, sondern von den Gemeinden getragen werden.

Agrarisch ist jetzt wieder Krampf in Deutschland. Den Junkern wird alles, was sie wünschen, von der Regierung entgegengebracht. Ihnen zu Liebe wurde auch der Identitätsnachweis aufgehoben. Die Zentrumsliste hatten, demagogisch wie sie sind, bei der Beratung des Polltarifs beantragt, daß aus den Mehreinnahmen ein Fonds zur Waisen- und Witwenversicherung der Arbeiter aufgestellt werde. Dieser schöne Plan ist durch das schlaue Manöver der Einfuhrzölle vereitelt worden. Staat der 400 Millionen, auf die man gerechnet hatte, stehen für die Witwen und Waisen heute erst 47 Millionen zur Verfügung.

Trotz Finanzreform ist heute wieder

kein Geld

in der Reichskasse. Es wird nichts übrig bleiben, als neue Steuerquellen zu erschließen. Wohl aber übel wird man sich um Ausbau der Erbschaftsteuer entschließen müssen. Was heute in deutschen Einzelstaaten an Erbschaftsteuer aufgebracht wird, ist ein Kinderpiel gegen das, was England einnimmt. Obwohl England 20 Millionen weniger Einwohner hat und Einkommen unter 3200 Pf. steuerfrei läßt, nimmt es aus Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer 1200 Millionen Mark ein. Das zeigt, was noch herauszuholen ist, wenn man die Kapitalisten gehörig fipelt. (Heiterkeit.)

Bei uns wird alles auf Pump gemacht. Wohin soll das führen? Die Reichskassen werden durch die steigenden Ausgaben für Heer und Flotte immer größer. Es gibt freilich Leute, denen diese Vermehrung der Rüstungen noch nicht schnell genug geht und die es als nationales Unglück bezeichnen, wenn wir noch weitere 40 Jahre Frieden hätten. Wenn das wahr sein soll, dann ist nicht zu verstehen, warum die Staatsoberhäupter fortwährend beteuern, sie wollten den Frieden erhalten. Die Arbeiter bringen übrigens schon in Friedenszeiten dem Vaterland so große Opfer, daß sie nicht des Krieges bedürfen, um ihren Opfermut zu beweisen. Im deutsch-französischen Krieg hat das deutsche Heer 130 000 Mann verloren. Aber seit 1870 sind dreizehn Mal so viel deutsche Arbeiter durch Betriebsunfälle um Leben und Gesundheit gekommen. (Bewegung.) Wäre der Krieg wirklich eine Wohltat für die Völker, wie der Feldmarschall Ruffe einmal behauptet hat, dann müßte alle paar Jahre einer angefangen werden. Aber davor sprechen selbst unsere Regierungen zurück. Nun stelle man sich vor, welche Zerrüttung ein moderner europäischer Krieg vom ersten Tage der Mobilmachung an im Gefolge haben würde. Die Absperrung der Lebensmittelzufuhr vom Auslande her und die Ernährung der zu den Waffen einberufenen Mannschaften würde die Lebensmittelpreise vervielfachen, daß schon nach vierzehn Tagen allgemeine Hungersnot die unausbleibliche Folge wäre. Das Reich müßte die Familien der im Felde stehenden Reserve- und Landwehrmänner unterstützen, der Stillstand der Schifffahrt und des Gewerbes würde den Ruin zahlreicher Geschäftsleute nach sich ziehen. Das war schon 1870 so und würde in einem zukünftigen Kriege noch viel schrecklicher werden. Denn Deutschlands Aus- und Einfuhr ist seit 1870 auf mehr als das Doppelte gestiegen. Als ich 1905 Bülow gegenüber diese Tatsachen ansah und erklärte: hinter jedem zukünftigen Krieg lauert die Revolution! gab Bülow dies offen zu und antwortete: Eben deshalb machen wir keinen Krieg. Dann erhebt sich aber die Frage: Weshalb geschieht nicht alles, um den Ausbruch eines Krieges überhaupt zu verhindern? (Lebhafter Zustimmung.) Statt sich mit dieser Frage zu beschäftigen, sinnt unsere Regierung, wie der Erlaß des Generals Dissing gezeigt hat, nur darauf, was sie im Falle eines Krieges gegen die Sozialdemokratie unternehmen will. Nach diesem Erlaß, der übrigens für die ganze Armee gilt, sollen bei Ausbruch eines Krieges alle sozialdemokratischen Abgeordneten, Parteisekretäre, Redakteure, kurz unser ganzer Generalsstab (Heiterkeit) verhaftet werden. Das wäre aber die

größte Dummheit,

die man begehen könnte, denn gerade diese Personen sind ja stets bemüht, das Volk von gefährlichen Unbesonnenheiten zurückzuhalten. Sperret man sie ein, so wird man die Menge ungeheuer reizen und es wird erst recht zu Unruhen kommen. (Sehr richtig!) Das Fatale ist aber noch, daß es auch im Heere schon so viele Sozialdemokraten gibt. Will man etwas, während die aktiven Truppen an den Grenzen stehen, die Bewachung der Sozialdemokratie dem Landsturm überlassen? (Große Heiterkeit.) Bei den nächsten Wahlen werden wir es auf vier Millionen Anhänger bringen. Wie will man da noch verhindern, daß der Sozialismus auch in die Armee eindringt? (Lebhafter Beifall.)

Es wird immer unmöglicher, künftig noch große Kriege gegen den Willen der Nation zu führen. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, wenn die fortgeschrittenen Staaten untereinander eine Verständigung über eine allmähliche

Abrüstung

herbeizuführen suchen. In der französischen Kammer hat man kürzlich eine Resolution angenommen, in England haben die sozialistischen Abgeordneten einen Antrag in gleicher Richtung eingebracht. Man wird dazu kommen müssen, diesen Anträgen zuzustimmen, um den Ruin der bürgerlichen Gesellschaft aufzuhalten. Oesterreich-Ungarn hatte neulich beschlossen, sich eine große Kriegsschiffe zuzulegen. Vier Dreadnoughts sollten gebaut werden, die das Land mit 1500 Millionen Kronen Mehrausgaben belasten. Kaum war dies geschehen, als Italien 600 Millionen für Dreadnoughts bewilligte, und England beantwortete das damit, daß es sieben neue Dreadnoughts auf Stapel legte. Die englische Bourgeoisie sagt sich aber wenigstens: ist der Staat unser Staat, so wollen wir auch die Kosten zu seiner Erhaltung selbst tragen. Wenn England die von den Konservativen geforderte Schutzpolitik einführt, könnte es mit einem Schlage Hunderte von Millionen an neuen Staatseinnahmen gewinnen. Aber das wollen die Liberalen, die jetzt am Ruder sind, nicht, und ebenso treten die Arbeiter für den Freihandel ein. Frankreich ist wieder imstande, einen neuen Mann in die Armee einzustellen, noch einen Frank mehr Steuern aufzubringen. Denn die französische Bourgeoisie prüft sich gegen Erhöhung der direkten Steuern. Frankreich und England werden also über kurz oder lang in Verhandlungen über Ver-

mindertung der Kriegsrüstungen eintreten. Amerika ist ebenfalls dazu geneigt.

Die Abrüstung ist heute möglich, wenn man sie nur ernstlich will. Die Frage der Entwaflung kann dabei nicht in Frage kommen. Es hätte gar keinen Zweck, darüber zu streiten, ob dieses oder jenes Land mehr oder weniger Kanonen, Gewehre, Luftschiffe, Unterseeboote usw. haben soll. Man wird einen anderen Weg einschlagen müssen. Meines Erachtens ist dieser Weg folgender: Die Staaten verpflichten sich, den status quo, das heißt ihren jetzigen Länderbest, als gegeben anzuerkennen. Die Franzosen müßten sich mit der Abtretung Elsass-Lothringens endgültig einverstanden erklären. Ich bin bis heute noch der Meinung, daß diese Annexion die Ursache war, aus der das ganze gegenwärtige Kriegswettrüsten hervorgegangen ist. Aber das kann uns nicht hindern, heute den gegenwärtigen Stand der Dinge anzuerkennen und zu verlangen, daß an dem heutigen Bestand der Staaten, auch an den Kolonien, nichts geändert wird. Dann müßte ein Uebereinkommen darüber geschaffen werden, daß zur Schlichtung von Streitfragen, wie sie jetzt entstanden sind wegen der Bagdadbahn, mit der Deutschland zweifellos ein großes Kulturwerk leistet,

unparteiische Schiedsgerichte

eingesetzt werden, deren Schiedspruch jede Nation sich zu fügen hat. Die Rüstungen selbst könnten nur in der Weise eingeschränkt werden, daß festgesetzt wird: kein Staat darf mehr für Heer und Marine aufwenden, als im Etat, etwa für 1911, dafür vorgesehen ist. Im nächsten Jahre würde dann der Etat vom vorangegangenen maßgebend sein, also für 1912 der von 1910, für 1913 der für 1909 und so fort. So könnten die Staaten nach und nach alle sich von der Last befreien, die jetzt deren Wohlstand bedroht. Die Hauptfrage ist, daß die

Mittel für die Rüstungen beschränkt

werden; ohne dies ist keine Verständigung möglich. Nun würde es freilich nicht an heftigem Widerstand gegen solche Abrüstungspläne fehlen, namentlich von Seiten der Waffenlieferanten, die an den Rüstungen ihre Reichtümer verdienen. Der Eifer, mit dem diese Leute heute schon das Wettrüsten zu beschleunigen suchen, gibt uns eine Vorhersage davon. Dazu kommt, daß ein großer Teil des Bürgeriums selbst keine Veränderung des Heeres wünscht, weil er für seine Söhne dort Verjüngungsposten findet. Aber auf der anderen Seite sieht sich die bürgerliche Gesellschaft doch vor der Notwendigkeit gestellt, mit diesem System zu brechen, und wir werden alles tun, um sie zu zwingen, daß sie damit bricht. (Beifall.)

Der neue Reichstag wird auch die Frage der Handelsverträge wieder zu prüfen haben. Was wir 1902 prophezeiten, ist unter dem jetzigen Zolltarif in vollem Maße eingetroffen. Die Bevölkerung leidet unter katastrophaler Teuerung. Aber es darf nicht übersehen werden, daß durch diese Verteuerung der Landbesitzer der Grund und Boden für die Landwirtschaft bedeutend an Wert gewonnen hat. Diese Kreise werden sich mit aller Macht dagegen wehren, daß die Lebensmittelpreise wieder herabgedrückt werden. Wie es mit der Sozialpolitik steht, ist allbekannt. Das Arbeiterkammergesetz ist gescheitert, das Seimarbeiterkammergesetz wird nicht zur Geltung kommen. Die Reichsversicherungsordnung ist durch die Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts für die Arbeiterkraft unannehmbar geworden. Die Privatbeamten suchen man durch eine Beförderung an das Reich zu fesseln. Das Volk wird alles aufbieten müssen, um einen Reichstag zu bekommen, der besseres zustande bringt.

Für uns ist noch wichtig die

Frage der Wahlbündnisse.

Man hat an Stelle des zerbrochenen Bülowblocks einen Großblock von Wassermann bis Bebel vorgeschlagen. Der Wassermann und der Bebel sind sich einig darüber, daß das Unfassbare ist. (Heiterkeit.) Zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen bestehen grundsätzliche Unterschiede, die sich nicht ohne weiteres überbrücken lassen. Außer dem, daß wir nichts von unseren Prinzipien preisgeben wollen, sind die Nationalliberalen nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, viel zu unzuverlässig, als daß wir ihnen trauen könnten. (Lebhafter Zustimmung.) Deshalb habe ich mich gefreut über den Wahlausfall von Gieseler-Ribba, denn es schadet gar nichts, wenn wir ihn und wieder eine solche Ohrfeige bekommen.

Wir dürfen nicht glauben, daß wir gleich die ganze Hand nehmen können, wenn man uns einmal den kleinen Finger zeigt. Es gibt allerdings auch Leute unter uns, die gemeint haben, wir sollten in allen Kreisen, in denen wir nicht siegen können, von vornherein für die Liberalen stimmen. Wer solche Vorschläge macht, beweist nur, daß er vom eigentlichen Wesen der Partei keine Ahnung hat. Wer einen derartigen Vorschlag auf einem Parteitag machen wollte, dem würde ein Empfang bereitet werden, wie er noch keinem bereitet wurde. Für uns sind nicht die Mandate, sondern die Stimmen die Hauptsache! (Lebhafter Bravo!) Als wir in den jetzigen Reichstag mit 43 Mann einzogen — unterdessen sind es wieder 52 geworden — sagte ich mir: es geht auch so ganz gut. Wir wollen bei der Wahl vor allen Dingen wissen, wo unsere Freunde stehen, wir wollen konstatieren, wie unsere Agitation gewirkt hat und wie das sozialdemokratische Feuer weiter und weiter züngelt bis in die entlegensten Gegenden! Wir sind vier Millionen Stimmen und 50 Mandate viel lieber als drei Millionen Stimmen und 100 Mandate. Eine Partei wie die unsrige, die eine neue Gesellschaftsordnung schaffen, die ganze heutige Wirtschaft umgestalten will, muß, wenn sie in den Kampf geht, vor allem wissen, wie groß die Zahl derer ist, die hinter ihr stehen. Das ist eine Frage, die uns weit mehr interessiert, wie die Frage nach der Zahl der Mandate.

Bei den

Stichwahlen

sind unsere Ansprüche an die bürgerlichen Kandidaten, die wir unterstützen wollen, notgedrungen immer bescheidener geworden, weil die bürgerliche Opposition immer unzuverlässiger geworden ist. Es gibt heute keine bürgerliche Partei mehr, die in bestimmten Fragen so wie früher mit uns übereinstimmt. Aber als mindestens müssen wir verlangen, daß ein Kandidat, der unsere Stimmen in der Stichwahl haben will, uns fest verspricht, erstens für Aufrechterhaltung des Reichstagswahlrechts, zweitens gegen jede Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts, drittens gegen jedes Ausnahmegesetz, das sich gegen die Arbeiterklasse richten könnte, einzutreten. Tut er das nicht, so sind wir für ihn nicht zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Situation ist tiefer. Das Bülow'sche Versprechen bezüglich der Reform des preussischen Wahlrechts ist noch nicht eingelöst. Die Reaktion auf allen Gebieten nimmt zu. Die einzige Hoffnung auf eine gesunde, gedeichliche und erfreuliche Verfassung unserer politischen Zustände beruht auf der Arbeiterkraft, und wir dürfen erwarten, daß sie bei den Neuwahlen zum Reichstag ihren Ausdruck finden wird. (Langanhaltender brausender Beifall.)

Aus der Partei.

Der Vormarsch in Hessen.

Vom 1. April ab wird im Verlage des „Hessischen Volksfreundes“ der „Vollstunde“ als Kopfbild für den Wahlkreis Erbach-Wensheim erscheinen. Aus diesem Anlaß wurde am Sonntag in dem weit verbreiteten, etwa 150 kleinere Orte umfassenden Wahlkreis eine große Anzahl von öffentlichen Versammlungen abgehalten, die ein durchaus befriedigendes Ergebnis zeigten. Es wurden nicht nur viele Hunderte von neuen Lesern für die Parteipresse gewonnen, sondern auch in einer Reihe von Orten Parteiovereine gegründet. Wie die sozialdemokratische Propaganda wirkt, geht daraus hervor, daß zum Beispiel in Fürtz im Odenwald, einem Marktflecken von 1500 Einwohnern, eine Organisation von 48 Mitgliedern ins Leben gerufen werden konnte. Gegen sie wurde der Kriegerverein mobil gemacht; die militärische Mobilisierung hatte den allerdings nicht erwarteten Erfolg, daß 18 Kriegervereiner ihre Mitgliedschaft im Kurza-Verein aufgaben!

Deutsch-böhmischer Parteitag.

Die Sozialdemokratische Deutschböhmen hat am Sonnabend und Sonntag ihren Landesparteitag in Wodensbach abgehalten. Bei dem den Verhältnissen der angrenzenden Teile Deutschlands fast völlig gleichenden wirtschaftlichen Charakter Deutschböhmens dürften einige Daten über die dortige Arbeiterbewegung von Interesse sein. Wir entnehmen dem gedruckt vorliegenden Bericht der Landesparteivertretung, daß in 831 Orten 29 195 Männer und in 77 Orten 4157 Frauen der Parteiorganisation angehören, was gegen 1909/10 eine Zunahme von 6673 Parteimitgliedern bedeutet. Die Zahl der Jugendorganisationen ist in dieser Zeit von 80 mit 2000 Mitgliedern auf 144 mit 6014 Mitgliedern gestiegen. Die Jugendorganisation ist um so wichtiger, als von den „Deutschfreiwirtschaftlichen“ unter Mithilfe der Gemeindeverwaltungen das möglichste Aufgehoben wird, um die Arbeiterjugend für gelbe Rabauvereine, die sogenannten „Jungmannschaften“ einzufangen. Für das projektierte Tageblatt in Prag sind als Gründungsfonds bisher 18 000 Kronen aufgebracht. Es erscheinen gegenwärtig Parteiblätter in Trautenau (einmal wöchentlich), Gablonz (2), Reichenberg (2), Warnsdorf (2), Wodensbach (2), Kufzig (3), Tepitz (3), Saaz (1), Karlsbad (2) und Krummau (1). Bei den Reichsratswahlen in Warnsdorf und in den industriearmen Bezirken Blaudachau und Hornau erzielte die Partei bemerkenswerte Erfolge, während sie im Glasindustriegebiet von Gablonz-Tannwald und in dem Glendebiet Grulich-Landskron sehr empfindliche Stimmenverluste erlitt, die auf wirtschaftliche und innere Parteifrisen sowie auf den strahlend gelassenen Terrorismus der Unternehmer und auch auf Auswanderung gerade der tüchtigsten Elemente der Arbeiterklasse zurückzuführen sind. Die Organisation scheint in den Kreisen Tepitz, Kufzig, Wodensbach und Karlsbad am besten zu sein.

Der Parteitag, der von 140 Delegierten besucht war und an dem auch Dr. Adler und Dr. Bauer-Wien teilnahmen, beschäftigte sich in langer und gründlicher Debatte mit der durch den tschechischen Separatismus geschaffenen Lage. In der schließlich gefassten Resolution wird die Zersplitterung der Arbeiterbewegung um so scharfer beurteilt, als sie mit dem Zusammenbruch und stärksten Vorstoß des Bürgerturns zusammenfällt. Ein Antrag, der die Parteigenossen zur Unterstützung der tschechischen Zentralisten aufrief, wurde dahin abgeändert, daß die Parteigenossen alles daran setzen sollen, die tschechischen Arbeiter über die Schädlichkeit des Separatismus aufzuklären. Dr. Adler hatte nämlich ausgeführt, daß der Kampf gegen die bürgerlich-nationalen Tendenzen in der tschechischen Arbeiterklasse nicht von der deutschen Partei geführt werden und daß die ohnehin maßlose Verdächtigung der tschechischen Zentralisten aus der Annahme der ersten Fassung nur neues Material schöpfen würde! — Im übrigen wurden organisatorische Fragen beraten.

Deutscher Arbeiterbildungsverein Amsterdam.

Gleich den in anderen Städten des Auslandes bestehenden Vereinen ist von einer Anzahl deutscher Arbeiter nunmehr auch in Amsterdam unter obigem Namen ein Verein gegründet worden, der zum Zweck hat: Zusammenschluß der in Amsterdam und Umgebung weilenden Arbeiter und Arbeiterinnen deutscher Junge; Aufklärung seiner Mitglieder in politischen und ökonomischen Fragen im Geiste der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung; Förderung der Bildungsbestrebungen und der Geselligkeit. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Veranstaltung sozialer, politischer und wissenschaftlicher Vorträge und Besprechungen, durch eine Bibliothek und Lesezimmer, eine Audunstafel und Unterrichtskurse. Die Audunstafel wird von der Vorsitzende W. Rouge, Alsterbürgerstraße 147.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Ehre des Arbeitwilligen.

Wegen Beleidigung von Arbeitwilligen wurde der Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“ Genosse Dickreiter, zu einer Gefängnisstrafe von einer Woche verurteilt.

Soziales.

Die Androhung einer Aussperrung.

Veranlaßte sämtliche Tagelöhner bei der Firma H. S. Ball, Möbel- und Ausstattungsfirmen, Koldommerstr. 27a, zur Arbeitseinstellung. Die Firma gehört dem Unternehmerverbande an und fühlte sich infolge des Streiks in einigen Verbandsbetrieben verpflichtet, ihren organisierten Arbeitern zu erklären, daß sie nach Fertigstellung des Akkords ausgesperrt werden. Die Arbeiter, auch die untergeordneten, legten daraufhin die Arbeit sofort nieder. Dies war aber der aussperrungslustigen Firma höchst unangenehm.

Sie klagte am Dienstag gegen mehrere Ausführenden, die ihre Akkordarbeit unfertig haben lassen, auf Zahlung einer Entschädigung nach Maßgabe des § 124b der Gewerbeordnung, auf Zahlung von je 21,60 M.

Das Schiedsgericht gab dem Klageantrag statt und verurteilte die betroffenen Arbeiter unterschiedslos zur Zahlung von 21,60 M. Der Einspruch, den einige der Beklagten machten, daß ihre Arbeit nur 2 und 3 Tage zur Fertigstellung benötige, blieb unbeachtet.

Die Entscheidung verstößt gegen den Grundsatz, daß zu moralisch-wichtigen Handlungen niemand verpflichtet ist. Solche Handlung wäre aber unter den gegebenen Umständen die Fortsetzung der Arbeit gewesen.

Gesindevermieter und Beherbergungsrecht.

Im die Auslegung der Ministerialvorschriften vom 5. März 1907 handelte es sich in einem Verwaltungsstreit. Diese auf Grund des § 38 der Gewerbeordnung vom preussischen Handelsminister erlassenen Vorschriften über den Gewerbebetrieb der Gesindevermieter und Stellenermittler bestimmen unter Ziffer 17: „Gesindevermieter und Stellenermittler, die sich im Besitz der Erlaubnis auf Grund des § 34 der Gewerbeordnung befinden, kann von der Ortspolizeibehörde die Erlaubnis zur Beherbergung von stellensuchenden Personen erteilt werden, wenn für die Unterbringung geeignete Räume vorhanden sind. Männliche und weibliche Personen dürfen nicht gleichzeitig beherbergt werden. Die Erlaubnis kann jederzeit von der Ortspolizeibehörde ohne Angabe von Gründen entzogen werden.“ Der Stellenermittlerin soll, die diese Erlaubnis hatte, war sie dann wieder vom Berliner Polizeipräsidenten ohne Angabe von Gründen entzogen worden. Sie legte auf Aufhebung der Entziehungsvorschrift.

Das Verwaltungsgericht als letzte Instanz wies vor kurzem ihre Klage mit folgender Begründung ab: Zweifellos seien die Verwaltungsbehörden befugt, die Angelegenheit der Stellen- und

Gesindevermieter im weitesten Umfange zu regeln. Die Vorschrift, daß nicht Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichzeitig beherbergt werden dürfen, sei gültig. Auch die, daß ohne Angabe von Gründen die Erlaubnis zur Beherbergung entzogen werden könne. Wie sei diese letzte Bestimmung auszulösen? Das sei die Frage. Hat sie die Bedeutung, daß die Ortspolizeibehörde überhaupt keine Gründe zu haben brauche, um die Erlaubnis zurückzugeben? Oder braucht die Ortspolizeibehörde die Gründe, die sie habe, nur nicht anzugeben? Mit anderen Worten: es frage sich, ob der Polizei in der Beziehung ein unbefristetes Ermessen (Willkür) beigelegt werden sollte. Wenn das aber beabsichtigt gewesen wäre, dann hätte der Klagegegner, wie er im Landesverwaltungsgebiete gegen polizeiliche Verfügungen gegeben sei, für den vorliegenden Fall ausgeführt werden müssen, was nur wieder durch ein Gesetz hätte geschehen können. Da das nicht geschehen sei, so dürfe die Polizei auch bei der Entziehung einer solchen Erlaubnis nicht willkürlich handeln, sondern es müßten polizeiliche Gründe vorliegen, und der Verwaltungsrichter habe darüber zu befinden. Ein willkürliches Vorgehen müsse vorliegen und verneint werden. Die Akten ergaben, daß Frau A. die Ministerialvorschriften übertreten habe, indem sie gleichzeitig männliche und weibliche Stellensuchende beherbergte. Das reiche aus, die Entziehung der Erlaubnis als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatsmüdigkeit.

Nachdem das Röhreisen Syndikat im Jahre 1908 in die Brüche gegangen war, wurde es zu einem förmlichen Sport einiger Handelsblätter, immer und immer wieder zu versichern, daß die Großindustrie Syndikatsmüde geworden sei. Zumeist waren es liberale Zeitungen, die eine syndikatslose Zeit heraufkommen sahen und mit ihr natürlich die Wiederkehr der freien Konkurrenz auf allen wichtigen Märkten. Nun sind gewiß gerade in den Industrien mit den stärksten Kartellen Kräfte rege, die auf eine Sprengung der Kartellorganisation drängen. Aber hierbei handelt es sich nicht um irgendwelche Gegenkräfte gegen Kartelle und Syndikate, sondern um die Bestrebungen der größten Werke, für sich erweiterte Absatzmöglichkeiten auf Kosten der ihnen finanziell und technisch nicht gewachsenen Betriebe zu schaffen, die bisher unter dem Schutze des gemeinsamen Kartells standen. So glug das Röhreisen Syndikat auseinander, weil die großen gemischten Werke gerade in der Krise die Gelegenheit als günstig betrachteten, die „reinen“ Hochfeuerwerke an die Wand zu drücken, deren Beteiligungen im Syndikat die Ausdehnung der Röhreisenproduktion und die Monopolisierung der gemischten Werke hinderten. Im Jahre 1910 kam alsdann das neue Röhreisen Syndikat zustande, das den Forderungen der gemischten Werke entsprach, da ihre Beteiligungsanteile wesentlich erhöht wurden. Aber der Vertrag dieses neuen Syndikats ist nur kurzfristig; in allen Kartellverbänden glauben eben die Röhreisenbetriebe den Klängen der Syndikatsorganisation erfolgreich durchbrechen zu können, um nach einer Vernichtung oder Aufzählung der noch bestehenden kleineren Unternehmungen zu Kartellorganisationen übergehen zu können. Wo immer Kartelle von Bedeutung gesprengt wurden, lag die Ursache darin, daß die großen Betriebe die kleineren Konkurrenten aufreiben wollten.

Die gleichen Motive führen jetzt zur Auflösung der Ein- und Verkaufsvereinigung deutscher Knochen- und Feimfabrikanten G. m. b. H. in Berlin, die nach einer vorliegenden Meldung von der Gesellschafterversammlung in diesen Tagen beschlossen werden wird. Begründet wurde diese Ein- und Verkaufsvereinigung im Jahre 1907 unter Führung der Aktiengesellschaft für Chemische Produkte vorm. H. Scheidemantel. Die Firma Scheidemantel hat sich in dieser Zeit selbst zu einem Trust in der Feim- und Knochenmehlfabrikation herausgebildet, sie nahm allein im Jahre 1907/08 sieben Firmen ihrer Branche auf, ihre Zuständigkeit erstreckte sich bis in die letzten Tage hinein außerordentlich behalt. Zugleich betätigte sie im Anstunde durch Gründung neuer Gesellschaften und Aufnahme bestehender Betriebe dieselben Trustbestrebungen, so vor allem in Oesterreich, weiterhin auch in Belgien, Italien, Frankreich und in der Schweiz. Zu dem kongen Scheidemantel gehören unter anderen die Aktien-gesellschaften für Chemische Industrie in Wien, die Zentralgesellschaft für Chemische Industrie, die wiederum verschiedene deutsche und ausländische Fabriken beherrschen. Bereits im Geschäftsjahre 1908/09 verarbeitete die unmittelbare zur Aktiengesellschaft vormals Scheidemantel gehörenden Betriebe 6 Proz. des deutschen Gesamtumsatzes von Knochen, selber ist die Beteiligung von Scheidemantel an der Gesamtproduktion noch erheblich geworden. Die ehemalige Gründerin der Ein- und Verkaufsvereinigung deutscher Knochenmehl- und Feimfabrikanten kann dieses von ihr geschaffene Syndikat jetzt nicht nur entbehren, sie befehligt es sogar, weil sie darin eine Behinderung des Ausbaues ihrer unbeschränkten Trustherrschaft erblickt. Also auch in diesem Industriezweige hat sich Syndikatsmüdigkeit eingestellt, weil das Syndikat durch den Trust überwunden worden ist.

Gerichts-Zeitung.

Eine Schulversäumnisfrage.

die an sich sehr belanglos ist, aber wegen der begleitenden Neben-umstände beachtet zu werden verdient, wurde gestern vor dem Landgericht II verhandelt. In Niddorf hatte eine Schülerin Lotte Kobbel, die die W. Mädchen-Gemeinschafts- und Herbergplatz besuchte, kurz vor ihrer Entlassung aus der Schulpflicht gegen Ende September vorigen Jahres einige Tage den Unterricht versäumt. Die Klassenlehrerin, Fräulein Schulze, meldete dem Rektor, daß es an einer ausreichenden Entschuldigung fehle, und Rektor Gerberger erstattete daraufhin Anzeige, die dem Vater eine Strafverfügung, 1 M. Geldstrafe, eintrug. Das Amtsgericht Niddorf sprach den Vater frei, weil das Kind den Unterricht wegen eines Fußleidens versäumt habe, ausreichend entschuldigt gewesen sei und nach Ausweis des Entlassungsgewissens sonst die Schule regelmäßig besucht habe. Der Rechtsanwalt legte Berufung ein, weil das Kind in den Tagen, die es dem Unterricht fernblieb, in der freireligiösen Gemeinde an einer Jugendweiche teilgenommen habe, also wohl auch zur Schule hätte kommen können. Vor dem Landgericht II (Strafkammer 4) hat der Angeklagte Kobbel, sich zunächst über einiges auslassen zu dürfen, was vor dieser Schulversäumnisfrage passiert sei. Er erzählte, in der Schule habe Fräulein Schulze oft die Frühstückspause damit ausgefüllt, daß sie durch ein paar Schülerinnen den anderen eine Art Repetitionskursus in Religion geben ließ. Als Kobbel das erfuhr und sich bei dem Rektor darüber beschwerte, habe Fräulein Schulze vor versammelter Klasse gesagt, die Kobbel solle fortan in der Pause keinen Religionsunterricht bekommen. Ihrem Vater möge sie melden, daß sie, die Lehrerin, sich das merken werde. Eine weitere Erörterung dieser Angelegenheit wurde vom Vorsitzenden nicht zugelassen, weil sie nicht zur Sache gehöre. Der Angeklagte gab dann an, erst auf Fräulein Schulzes ausdrücklichen Rat habe er seine Tochter, deren Fußleiden schon in der Schule aufgefallen war, dem Unterricht ferngehalten. Am Sonntag sei er allerdings mit ihr zur freireligiösen Gemeinde gefahren, weil sie selber an diesem Tage dort die Jugendweiche empfangen sollte. Dadurch habe aber das Fußleiden sich wieder verschlimmert, und er habe sie dann erst am Mittwoch, dem Tage des Schulfestes, wieder zur Schule geschickt. In der Redevernehmung befanden sich zwei Zeuginnen, daß Lotte in der Tat krank gewesen sei. Rektor Gerberger, der als Zeuge vernommen wurde, hat in seinem Amtszimmer, wo Lotte ihn einmal aufsuchte, kein Quinzen bemerkt. Nach der Darstellung

des Fräulein Schulze habe er angenommen, daß für Sonnabend eine ausreichende Entschuldigung fehle. Entschuldigt habe der Vater das Kind bei der Lehrerin für Montag und Dienstag durch zwei Briefe, für Montag mit Befunden, die es machen solle, für Dienstag mit dem Antrag der Eltern. Die Lehrerin Fräulein Schulze war selber als Zeugin geladen, fehlte aber und hatte sich mit einem Brief, der das Kind mit Befunden entschuldigt hätte. Für Sonnabend habe er durch die jüngere Schwester eine mündliche Entschuldigung bestellen lassen. Rektor Gerberger behauptete, schriftliche Entschuldigung oder persönliche Abmeldung sei nötig. Aber der Verteidiger, Rechtsanwalt Karl Liebnecht, stellte aus der hierfür gegebenen Vorschrift fest, daß für den vorliegenden Fall über die Form der Entschuldigung nichts Bestimmtes gesagt ist. Der Staatsanwalt hielt das Kind für nicht hinreichend entschuldigt und beantragte gegen den Angeklagten 3 M. Geldstrafe. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Die Schule könne nicht verlangen, daß Eltern ein leidendes Kind quälen und schädigen, nur um es den Unterricht nicht versäumen zu lassen. Daß Lotte Kobbel die Jugendfeier nicht versäumen sollte, sei begreiflich, denn diese habe den Eltern als ein Akt von großer Bedeutung für das Kind gegolten. Der Besuch dieser Feier sei dann allerdings für die Amtsanwaltschaft der Anlaß gewesen, Berufung gegen das freisprechende Urteil einzulegen. Das Gericht kam zu dem Beschluß, die Sache zu verlagern und zu dem neuen Termin die Lehrerin Fräulein Schulze sowie die Lotte Kobbel und ihre jüngere Schwester zu laden.

Die „Einstweilige Verfügung“ als Instrument gegen die Presse.

Vor Jahresfrist veröffentlichte das „Hamburger Echo“ ein „Eingefand“, das sich mit angeblichen Mißständen und Unsauberkeiten im Betriebe der Kalas-Kompagnie Th. Reichardt in Wandsbeck beschäftigte. Wie im Herbst 1910 mitgeteilt wurde, der Herausgeber des „Eingefand“, Genosse Lehmann, Vorsitzender der Zahlstelle Hamburg des Bäckerverbandes, wegen Beleidigung der Direktion dieses Betriebes zu der enorm hohen Geldstrafe von 1200 M. verurteilt. Vorher hatte die Direktion eine durch Versehen rechtskräftig gewordene einstweilige Verfügung vom Landgericht Hamburg erwidert, durch die unter Androhung von 1200 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten wurde, die Behauptung des Sprechsaalartikels zu wiederholen. Da das „Echo“ über die Verhandlung gegen Lehmann einen Bericht brachte, in dem auch ungünstige Zeugenaussagen über den hiesigen Betrieb enthalten waren, wie auch der Wochenplauderer des „Echo“ die Angelegenheit behandelte und in der Deuderei des Blattes (Auer u. Co.) der Jahresbericht der Bäcker mit dem Sprechsaalartikel hergestellt worden ist, stellte die Reichardt-Kompagnie beim Landgericht Hamburg den Antrag, Auer u. Co. wegen der drei Publikationen zu je 1200 M. Strafe zu verurteilen. Die erste Instanz erkannte nur wegen der Plauderei auf eine Geldstrafe von 1200 M., die weiteren Anträge lehnte sie ab. Wahrheitsgetreue Berichte über Gerichtsverhandlungen seien unter allen Umständen straffrei und durch die Herstellung des Jahresberichts werde die einstweilige Verfügung nicht verletzt.

Die Reichardt-Kompagnie rief das Oberlandesgericht an, das auch hinsichtlich des Gerichtsberichts eine Geldstrafe von 1200 M. für verurteilt erklärte, so daß die Besagte 2400 M. zahlen muß. Im dritten Falle wurde die Ablehnung bestätigt, da Auer u. Co. lediglich das ihr überwiesene Material für den Jahresbericht gedruckt habe. Das Gericht erklärte, wahrheitsgetreue Berichte der Presse über öffentliche gerichtliche Verhandlungen befreiten nicht einmal von strafrechtlicher Verantwortlichkeit. Inhalt und Form dieses Berichts verstoßen gegen die einstweilige Verfügung.

Durch diesen „Sieg“ der reichen Kalas-Kompagnie von Reichardt auf Kosten unseres Hamburger Parteigeschäfts lassen sich die Feststellungen ihrer Organisationsfeindlichkeit sowie andere gewinne, in der Verhandlung erörterte Dinge nicht aus der Welt schaffen.

Eine Familientragödie.

aus dem Norden Berlins hatte gestern ihr Nachspiel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats v. Carlowitz. Unter der Anklage des Totschlages hatte sich der aus der Untersuchungshaft vorgeführte frühere Tischlermeister, spätere Tischlergeselle Daniel Reßner zu verantworten. Der 57jährige Angeklagte hat am 4. November v. J. in der in der Gaudystraße gelegenen Wohnung seiner 34jährigen Ehefrau Alwine diese erschossen und sich selbst durch zwei Kugeln, die er sich in die Brust und den Magen jagte, schwer verletzt. Die Ehe war höchst unglücklich. Die Ehefrau war infolge der Berührnisse mit ihrem Kinde schließlich forgesetzt. Am 4. November suchte der Angeklagte sie auf. Er hatte sich in den Kopf gesetzt, er müsse es noch einmal im Guten versuchen, und wenn der Versuch mißglücke, sollte ein Ende gemacht werden. Als er in die Wohnung getreten war, sagte seine Frau zu ihm: „Na, was bringst Du denn? Die ist wohl bange nach mir?“ Er antwortete darauf: „Gewiß, denn Du weißt ja, ich bin nicht gewohnt, so allein als Schlafbürsche zu wohnen.“ Die Frau gab ihm ganz friedlich Kaffee zu trinken, legte ihm eine Kuchenschnecke vor und beide sprachen ganz friedlich miteinander. Er sagte sie um die Taille und sagte zu ihr: „Das geht doch nicht so weiter; wir müssen doch ein anderes Verhältnis herstellen.“ Die Frau entwand sich ihm aber und erwiderte: sie habe schon an ihren Nag geschrien und wolle wieder mit diesem verleben. Darauf geriet er in große Erregung, erklärte der Frau, daß er dann ein Ende machen müsse und schob dreimal auf seine Frau los, die sofort zu Boden sank. Dann richtete er den Revolver gegen sich selbst und jagte sich zwei Kugeln in den Leib, durch die er schwer verletzt wurde. Nach Anlegung von Notverbänden wurde er als Polizeigefangener nach der Charité gebracht. Als er dort zur Besinnung kam, hörte er erst, daß seine Frau gestorben sei. — Der Angeklagte gab seine Tat im einzelnen zu und behauptete, daß er in so großer Erregung gewesen sei, daß er nicht wußte, was er tat. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Totschlag, billigten dem Angeklagten aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte fortgesetzt schwer geizig worden war, andererseits aber auch, daß ein Menschenleben von ihm vernichtet worden war. Auf die Strafe wurde dem Angeklagten fast die volle Untersuchungshaft in Höhe von 3 Monaten angerechnet. — Die Geschworenen beschloßen einstimmig, für den Angeklagten ein Gnadengehalt einzurufen, durch welches der teilweise Ertrag der Strafe herbeigeführt werden soll und der Angeklagte nur die gesetzliche Mindeststrafe von 6 Monaten zu verbüßen hat.

Bremer Kriminalprozess.

Am Dienstag und Mittwoch fanden wegen Aufruhr und Landfriedensbruchs, begangen anlässlich des Straßenbahnstreiks im Oktober 1910, die Arbeiter Langhorst, Westphal und Frau Jähning vor den Geschworenen. Der Angeklagte Westphal wurde freigesprochen, die beiden anderen Angeklagten zu enormen Strafen — Langhorst zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus (unter Anrechnung einer Strafe von 6 Monaten wegen Diebstahls), Frau Jähning zu 2 Jahren 7 Tagen Zuchthaus — verurteilt. Der Angeklagten Jähning wurde besonders zur Last gelegt, daß sie einem Schuhmacher Pfeffer in die Augen geworfen hatte. Die Verurteilung mildernder Umstände und die Verhängung so drakonischer Strafen wäre bei einem aus allen Klassen der Bevölkerung zusammengesetzten Schwurgericht unmöglich gewesen.

Wegen zweier „aufrehrerischer“ Ansichtspostkarten.

in den französischen Nationalfarben mit seinem Selbstbildnis stand der Herausgeber des nationalistischen Blattes „Der Witz“, der Parafabrikant Henri Bissin, am Dienstag vor der

Strafkammer in Mülhausen i. G. Jüdin hatte die beiden Anklagen aus Anlaß seiner Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung der deutschen Veteranen von 1870 herausgegeben, — wie er vor Gericht erklärte, ohne politischen Hintergedanken und einzig zu dem Zwecke, seine unterstützungsbedürftigen Eltern während der Zeit seiner Strafhaft durch den Erlaß unter die Arme zu greifen. Die feinerzeitige Befehlshaber der Karten traf nur noch wenige Hundert von der in einer Auflage von 6000 Stück hergestellten Karten. Das Gericht verurteilte Jüdin, der erst am letzten Sonnabend nach Verbüßung der zweimonatigen Gefängnisstrafe wieder freigelassen worden ist, wegen Vergehens gegen Artikel 6 des in Elsaß-Lothringen noch in Geltung befindlichen französischen Gesetzes vom 11. August 1848 zu zwei Wochen Gefängnis und 80 M. Geldstrafe evtl. weitere 8 Tage Gefängnis. Eine neue nationalitäre Klammer über die preussisch-deutsche Staatsweisheit tut in Elsaß-Lothringen nicht anders.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit.

I.

Wenngleich die Berufszählung von 1907 eine kolossale Zunahme der weiblichen Arbeitskraft ergab, haben wir jedoch wenig Material über die Wertung der weiblichen Arbeitskraft in den verschiedenen Industrien. Daß „Frauenarbeit“ im allgemeinen schlechter entlohnt wird als die Arbeit des Mannes, ist eine genügend bekannte Tatsache. Fälschlich hat man deshalb vielfach die Ansicht von der „Kinderwertigkeit“ der Frauenarbeit verbreitet. Indessen ist längst seitens der Unternehmer für viele Arbeitsprozesse die männliche Arbeitskraft als weniger qualifiziert erkannt und die dafür höher qualifizierte (1) und billigere (2) weibliche Arbeitskraft bevorzugt worden. Neben dem durch technische Umwälzungen eingetretenen Bedürfnisse nach Mehrreinstellung weiblicher Arbeitskräfte, gibt die Frauenarbeit dem Unternehmer noch immer als billiges und williges Ausbeutungsobjekt. Die „Herren im Hause“ sind sich dieser Tatsache voll und ganz bewußt. Einiges Material über die Arbeitsverhältnisse aus den verschiedenen Industrien entnehmen wir den technisch volkswirtschaftlichen Monographien, herausgegeben von Prof. Dr. Singheim, im Verlag von Dr. Klinkhardt, Leipzig. Einige Verfasser berichten, daß ihnen Fabrikherren jede Auskunft über Lohn- und Arbeitsverhältnisse verweigerten.

Aus der Papierindustrie erfahren wir von Dr. Franz Schäfer u. a. folgendes: In den Lumpenfortieranstalten erhalten die Frauen Wochenlöhne von 9—10 M. Einige Angaben aus dem berufsgenossenschaftlichen Kataster beweisen, daß in der Entlohnung die Billigkeit eine sehr große Rolle spielt. So z. B. betrug in der Sektion IX der Jahreslohn eines Maschinenführers 1283,87 M., der einer Haderfortiererin 350 M.; es ergibt sich ein Verhältnis von 3,52 : 1. Bei sämtlichen Sektionen zusammen stellt sich für Maschinenführer ein Jahreslohn von nur 1057,81 M. heraus, während dieser für die Haderfortierinnen bis auf 530 M. ansteigt; das Verhältnis ist nun 2,06 : 1. Für die Lumpenfortierinnen ist hingegen der Lohn im Gesamtdurchschnitt niedriger als in der Sektion IX; hier beträgt er 428 M., dort 540 M. Daß da die Leistungen den gerechten Lohnmaßstab abgibt, wird wohl niemand behaupten wollen. Schärfer hat die Meinung gewonnen, die hier in Betracht kommende Arbeiterschaft sei zu genügsam und unterwürfig, um den bestehenden patriarchalischen Verhältnissen sich zu widersetzen. Als rücksichtloseste der Unternehmer händen hier die Vertreter des größten Teiles der deutschen Papierfabrikation den staatlichen sozialen Einrichtungen noch in „sanftlicher“ Kampfbekämpfung gegenüber.

Daß die Frauenarbeit in der Zuckerindustrie von jeher als willkommenes Ausbeutungsobjekt galt, besonders der Rübenbau in der Rübenzuckerindustrie eine Domäne der Frauenarbeit, der männlichen bevorzugt war, daß sie wegen ihrer notorischen Billigkeit ein Stützpunkt der ganzen Zuckerindustrie war, entnehmen wir einer Arbeit von Dr. Schuchart. Trotz ihrer Billigkeit wurde die Frauenarbeit zurückgedrängt. Aber nicht wegen mangelnder Leistungsfähigkeit, sondern infolge der Einschränkung des Ausbeutungsrechtes über die weibliche Arbeitskraft. Das Verbot der Frauennacharbeit zwang die Unternehmer in kontinuierlichen Vertrieben die Verwendung von Frauen zu begrenzen. Leider erfahren wir hier nichts über die Entlohnung der Frauenarbeit in der Zuckerindustrie. Der Verfasser sagt: „Zum Kapitel der Frauen- und

Kinderarbeit würde die Geschichte der Zuckerindustrie eine reiche Quelle schätzbarer Materialien liefern, wäre das Verständnis dafür in den Kreisen der zeitgenössischen Autoren bis zur staatlichen Regelung derselben nicht ein durchaus mangelhaftes gewesen.“

In der Schuhfabrikation hat die Technik eine gewaltige Revolution herbeigeführt. Ueber den Einfluß der Maschinenarbeit auf die Löhne macht Dr. Friedr. Behr folgende interessante Angaben. Eine Fabrik, die den Handbetrieb in der Zwiderei durch Maschinenbetrieb ablöste, hatte bei ersterer Produktionsmethode einen Durchschnittswochenverdienst von 18,32 M. gezahlt, der sich bei Maschinenbetrieb auf 24,06 M. steigerte. Dabei war eine Verschiebung in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft eingetreten: Früher wurden 25—30 Handzwidler beschäftigt, jetzt sind 4 jugendliche Arbeiter mit Löhnen von 15,45 bis 15,95 M. tätig, 1 Hilfsarbeiter, der 19,20 M. verdient, 2 Arbeiterinnen a 21,10 M., 4 erwachsene Arbeiter, deren Wochenverdienst zwischen 24,30 bis 33,85 M. betrug. Daß in der Schuhfabrikation hochqualifizierte Arbeit in Frauenhände übergegangen ist, beweisen die relativ hohen Löhne, die der Verfasser aus mitteldeutschen Fabriken angibt. Es werden da aus dem Jahre 1906 Tagesverdienste von 3,94 bis 7,78 M. für Männer und von 2—4 M. für Arbeiterinnen verzeichnet. Dadurch, daß die Arbeit der Frau für verschiedene Verrichtungen sich als besonders qualifiziert erwies, ist der Anteil der Frauenarbeit in der mechanischen Schuhfabrikation ständig gewachsen; er beträgt bis über ein Drittel der Gesamtbeschäftigung.

Aus aller Welt.

Passagierflug Döberitz-Hamburg-Bremen.

Einen vorzüglichen Ueberlandflug haben zwei Offiziere der Militärfliegerabteilung, der Leutnant Mackenthun und der Oberleutnant Erler, ausgeführt. Die beiden Militärflieger stiegen am Dienstagmorgens in Döberitz mit einem von Mackenthun gesteuerten Aeroplan auf und flogen mit ihrem Apparat längs der Bahn nach Wittenberge, wo sie die Elbe kreuzten und die Richtung nach Hamburg nahmen. Nach 3 1/2 stündiger Fahrt landeten sie glatt auf dem Gegerplatz in Wandsbek. Gestern nachmittags 4 1/2 Uhr setzten die beiden ihren Flug fort. Das Flugzeug, ein Albatros-Doppeldecker, nahm die Richtung nach Bremen, wo auf dem Neulander Feld 6 Uhr 5 Min. glatt gelandet wurde. Auf der Fahrt erreichte der Aeroplan eine Stundengeschwindigkeit von 92 Kilometer; die Flieger überflogen einen um 4 Uhr 31 Min. von Hamburg abgefahrenden Schnellzug. Der Flug Döberitz—Bremen stellt die bisher beste Leistung eines deutschen Fliegers dar.

Ein amerikanisches Staatsgebäude niedergebrannt.

Durch einen gestern morgen in Albany im Staate New York ausgekommenen Brand ist das Kapitol zum großen Teile niedergebrannt. Das Feuer brach im dritten Stock aus, wahrscheinlich infolge einer mangelhaften elektrischen Leitung, und verbreitete sich mit großer Geschwindigkeit. Der Westflügel des Gebäudes ist gänzlich niedergebrannt. Beide Sitzungssäle sind durch die hinein geschleuderten Wassermassen sehr beschädigt worden. Die wertvolle Staatsbibliothek ist verbrannt und mit ihr viele Manuskripte und Dokumente von unschätzbarem Werte. Man vermochte nur einen Teil der Dokumente zu retten. Der Gesamtverlust wird auf acht bis zehn Millionen Dollar geschätzt. Einige Feuerwehrlente sind durch Glasplitter verletzt worden; ein Mann soll durch herabstürzende Trümmer getötet worden sein.

Ein Kind von Hund getrieben.

Auf schreckliche Weise ist, wie uns unser römischer Korrespondent meldet, ein siebenjähriges Mädchen in Calogna Pongese ums Leben gekommen. Die Kleine hatte das elterliche Haus verlassen, um Blumen zu pflücken, und wurde vergebens zurück erwartet. Nachdem die Eltern sie eine ganze Nacht gesucht hatten, fanden sie sie am nächsten Morgen in einem Park, der von zwei großen dänischen Doggen bewacht ist. Das arme Kind war tot und der Körper gräßlich verstümmelt. Die beiden Tiere befanden sich neben der Leiche. Rätselhaft ist, wie das Kind in den verschlossenen Park gelangt ist, und wie die Hunde, die es launten und als gutmütig geschildert werden, zu so furchtbarer Wildheit gebracht wurden.

Die „apostolische“ Hausordnung.

Eine ganz eigenartige Spezies von Hauspasha scheint ein in einem Dorfe in der Nähe von Göttingen wohnender Hauswirt zu sein, der sich auf seine Zugehörigkeit zur apostolischen Gemeinde sehr viel zugute tut. Mit einer Mieterin, die in den nächsten Tagen in sein Haus einzieht, hat er folgende im Wortlaut wiedergegebene „apostolische Hausordnung“ abgeschlossen:

- Frau...
- Da Sie darauf bestehen, einzuziehen, stelle ich Sie die gemietete Wohnung, als Stube Kammer Küche zur Verfügung am 1. April, unter den Bedingungen:
 1. Reiner apostolischer Hausordnung zu fügen, wie ich Ihnen dieselbe anweise.
 2. Miete Bezahlung monatlich in Baar, gegen Arbeit abgeschlossen, nur beim Tabak einziehen helfen, gegen sofortige Bezahlung.
 3. Die Fenster müssen vornehm dekoriert sein in saubere Behandlung nach meiner Anweisung.
 4. und 5. betreffen die Sauberkeit im Hause.
 6. Müdereien werden nicht geduldet, sondern es hat die Mieterin mit Tageszeit zu bieten, damit die Achtung der Christlichen Form nicht verletzt wird, ebenfalls bei schlechten Besuch der hiesigen Gottesdienste und der Bibelstunden.
 7. Dann für Ihre eigene Person haben Sie nur saubere Wäsche zu tragen, damit Ihre Gesundheit nicht zu kurz kommt.
 8. Unnütziges langes Schlafen findet nicht statt, denn wenn man nicht auf der Hut ist, ist man elend und krank.
 9. Miete Preis hundert Mark.
 10. Diese apostolische Hausordnung haben Sie immer zu halten, damit wir gute Freunde bleiben, nun in Gottes Namen.
- Sehr hochachtungsvoll
Wih,
- Der Mann leidet offenbar an einer Kombination von religiösem Wahnsinn mit Hausbesitzereinkünften.

Kleine Notizen.

Schwerer Betriebsunfall. Auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoersch in Dortmund wurden zwei Arbeiter durch eine umstürzende eiserne Säule getötet und zwei schwer verletzt.

Ein moderner Mord. In Koblenz wurde gestern der Mörder Grub aus Baden hingerichtet. Grub, der zweimal verurteilt war, hatte seine beiden Ehefrauen ermordet.

Die Hinterlassenschaft des Bürgermeisters. Die Hinterlassenschaft des Bürgermeisters Dr. Pampel in Stolberg haben sich nach den neueren Ermittlungen als weit umfangreicher herausgestellt, als zuerst angenommen wurde. Die Gesamtunterstützungen werden mit mindestens 250 000 Mark beziffert.

Drei Lotten ertrunken. Ein Boot, in dem sich vier Lotten befanden, wurde an der englischen Küste auf der Höhe von Sunderland von einer Sturzseele erfasst und sank sofort. Ein Dampfer konnte nach diesen Anstrengungen einen Leuten retten. Die anderen drei sind ertrunken.

Feuertod eines Ehepaares. In Rotterdam entstand in einem Hause, das von einem alleinlebenden Ehepaar bewohnt wird, durch das Verschlagen einer Lampe Feuer. Dem Manne gelang es mit größter Anstrengung, seine Enkelkinder, die zur Teilnahme an einer Familienfeierlichkeit bei ihm weilten, zu retten. Als er nochmals in das Haus zurückkehrte, um seine Frau zu retten, brach er zusammen. Mann und Frau verbrannten.

Witterungsübersicht vom 29. März 1911.

Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. °C	Stationen	Barometere-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. W. °C
Bombay	763,5	SE	1	heiter	5	Capatamba	760,0	WS	6	wolkig	-15
Bombay	763,5	SE	1	bedeckt	2	Petersburg	764,0	WS	1	wolkig	-5
Berlin	762,0	D	1	heiter	7	Schwet	758,0	SO	1	wolkig	7
Frankfurt	757,0	SE	3	heiter	9	Abbeben	765,0	SO	2	bedeckt	4
München	759,0	SO	2	halb bed.	10	Paris	756,0	D	2	heiter	6
Wien	761,0	SE	1	heiter	8						

Wetterprognose für Donnerstag, den 30. März 1911.
Teilweise neblig, sonst vielfach heiter und trocken, am Tage mild bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1910.

Aktiva.

Kasse, Sorten und Zinnscheine	14 783 358,44
Wechsel	64 237 224,53
Guthaben bei Banken und Bankiers	21 912 574,11
Reports und Lombards	93 196 815,98
Vorschüsse auf Waren und Warenversicherungen	20 478 894,30
Eigene Wertpapiere	30 779 304,41
Konsortialbeteiligungen	15 948 894,19
Dauernde Beteiligungen bei anderen Bankinstituten und Bankfirmen	8 536 560,—
Debitor in I. d. Rechnung (davon unged. M. 40 222 528,19) außerdem Avaldebitoren M. 21 238 738,45	160 037 558,53
Bankgebäude und Inventar in Hamburg	150 000,—
Berlin, Kiel, Hannover und Altona M. 7 965 000,— abzüglich Hypotheken	7 115 000,—
Sonstige Grundstücke M. 3 753 000,— abzüglich Hypotheken	2 383 000,—
	M. 441 423 144,49

Passiva.

Aktienkapital	85 000 000,—
Reservefonds I	8 500 000,—
Reservefonds II	4 500 016,50
Talonsteuer-Rückstellung	87 500,—
Kreditoren in laufender Rechnung	170 912 294,74
Depositen	109 547 147,84
Akzente und Schecks	64 418 811,55
außerdem Avalverbindlichkeiten M. 21 238 738,45	1 218 059,66
Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds	8 831,—
Dividenden-Rückstände	6 229 593,20
Reingewinn	6 229 593,20
	M. 441 423 144,49

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1910.

Ausgabe.

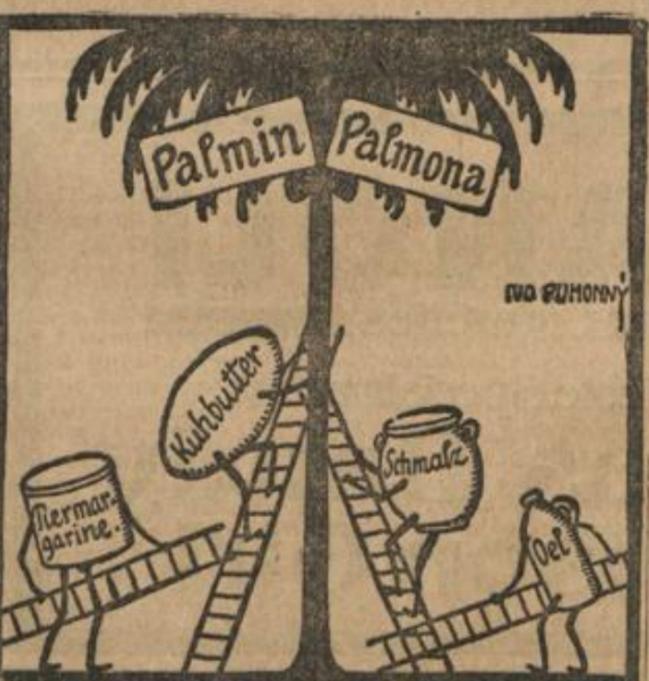
Unkosten	5 418 029,57
Steuern	510 144,02
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	419 876,48
Reingewinn	6 229 593,20
	M. 12 576 743,27

Einnahme.

Gewinn-Vortrag von 1909	256 548,94
Zinsen	6 674 752,68
Provision	4 306 796,98
Gewinn auf Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	783 763,35
Kursgewinn auf Wechsel	465 179,75
Kursgewinn auf Sorten und Zinnscheine	89 753,69
	M. 12 576 743,27

Hamburg, den 28. März 1911.

Der Vorstand.
Korn. Harter.



Verlorene Liebesmüh

sieht man sich in diesem Bild entfalten, denn Palmin (Pflanzenfett) und Palmona (Pflanzen-Butter-Margarine) sie stehen unerreichbar da in der Gunst des Publikums. Das beweist der von Jahr zu Jahr steigende Umsatz dieser Produkte gerade in den besser situierten Bevölkerungskreisen.

Ohne Anzahlung!
Hilfslos an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Kissen, Portieren, Teppiche, Gardinen, Laib- und Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen etc. in modernster Ausführung. Ferner

Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
neueste Fasson, größte Auswahl. Wochenrate v. 1 M. an

S. DORN

Alte Schönhauserstr. 3, Ecke Linienstr.

Sieht nur — die Köchin Hanna, — Wie sie die alte Pflanze Als Spiegel gebraucht, Seit sie mit echtem

Dr. Landmann's
Putz-Pulver
in Paketen à 5, 10 u. 20 Pf.

Reste
Bausche, schwarz und farbig, Kostüm-Stoffe, Donato, Maxier, Trikot-Stoffe, Seiden, Plüsch, Sammet, Seide etc.

Konfektion
Paletots, Jackets, Regenmäntel, Kostüme und Kostümröcke in großer Auswahl.

C. PELZ
Kottbuserstr. 5.

Große Firma vergibt
Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren
auf Zeitabzahlung ohne Anzahlung.
Steine Kaffeeer. Offize S. 100, Vertriebs-Epithon, Auguststr. 60.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. vorerst zweifelhaft Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung. sofort; desgl. Darm- (bes. auf Gonorrhoe-Räden) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 159, zw. Kronen- und Neuenhagen, I. 6794. Verf. Rückfrage u. kostenl. Besfnet von 6-8 Sonntag von 12-1.



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Rosenthaler Str.

Oranien-Strasse



Besonderes Angebot für Donnerstag bis Sonnabend

Backfisch-Rock aus englisch gemustert. Stoffen, mit Knöpfen garn., Faltenstücke, moderne Formen, Länge ca. 85-98 cm .. **3.75**

Backfisch-Bluse Kimono-form, aus gestreiftem Barchent .. **2.90**

Russenkittel aus gemustertem Kretonne, mit Blenden garniert, Länge ca. 45-56 cm **75 Pf.**

Baumwoll-Musselin

bedruckt, moderne Muster Mtr. **25 Pf.**

Kinderschürzen Gingang, gestr. und mel., mit Falten-Volant, Lg. ca. 45-70 cm **95 Pf.**

Kinderschürzen Kretonne, dunkelblau mit weissen Punkten oder türkisch gemust., mit Falten-Volant u. Knopfgarn. **1.25**

Russenkittel aus gemustertem Kretonne, mit Falten garniert, Länge ca. 45-56 cm .. **1.10**

Eine grosse Anzahl

Stuben- und Küchenhandtücher

Grösse ca. 40/100

48/110

48/110 cm

8 Stück **95 Pf.**

3 Stück **1.30**

3 Stück **1.75**

Ein grosser Posten

Reste und Abschnitte

in Hemdentuch, Louisianatuch, Köper und Pikee-Barchent

Rest **65 Pf.**

75 Pf.

95 Pf.

1.20 Mk.

Zur Beachtung!

Am 1. April Wiedereröffnung meines im Jahre 1879 gegründeten bekannten

Herren-, Knaben-Garderoben u. Maß-Geschäftes

unter meiner persönlichen Leitung

mit vollständig neuem, modernem Warenlager.

Ich sichere dem geehrten Publikum und meiner werten alten Kundschaft wie in früheren Jahren strenge Reellität und Preiswürdigkeit zu.

Julius Lindenbaum, Berlin O.

Vom 1. April ab: **Große Frankfurter Straße 141, Ecke Frucht-Straße.**

Alle Menschen mit „Humor“
Haben blanke Tür und Tor.



Humor

Putzt alle Metalle

sauber und geruchlos.

Ueberall zu haben in **Flaschen** von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.



süßer
Oster-
Wein

Santa
Lucia

Kraft-
Rotwein
Fl. 1.50 u.
2.00

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Möbel auf Kredit

15 M. Anzahl. Stube u. Küche **1.50** M. Woche

3 M. Anzahl. Einzelne Möbelstücke **1** M. Woche

5 M. Anzahl. Moderne farbige Küchen **1** M. Woche

Teppiche, Betten, Steppdecken, Uhren, Bilder und Garderoben.

Gustav Gärisch, Stralauer Platz 1-2
Telephon 7. 1591.
Frucht- und Mühlenstraßen-Ecke.

2 Minuten vom Schliesischen Bahnhof

Kaiser's Malz-Kaffee unübertroffen das Pfund nur 25 Pf.

Zu haben in allen Filialen
und Niederlagen von

Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.

Europas größter Kaffee-Rösterel-Betrieb.

Reichstag.

158. Sitzung, Mittwoch, den 29. März, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Vermuth, Waderzapp.

Der Gesetzentwurf betr. die

Tagegelder, Fuhrkosten und Umzugskosten des Kolonialbeamten

wird auf Antrag des Abg. Gröber (Z.) der Budgetkommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf einer zweiten

Ergänzung des Besoldungsgesetzes

wird in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Statz für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Stolle (Soz.):

In Preußen hat man jetzt neue ineinandergreifende Fahrpläne ausgearbeitet, die eine entsprechende Fahrgehwindigkeit verbürgen sollen. Die Fahrpläne greifen so schön ineinander, daß man im D-Zug alle 40 Minuten auf dem bayerischen Bahnhof in Leipzig warten muß, ehe man nach Berlin weiter fahren kann. Das nennt man in Preußen „entsprechende Fahrgehwindigkeit“. Die Summe hält übrigens in diesem D-Zug bis Berlin hinein an. Auch die baulichen Zustände lassen auf der Strecke Leipzig-Berlin viel zu wünschen übrig; gleich hinter Leipzig befinden sich fünf Nebenübergänge, die längst hätten überführt werden müssen. Ebenso befinden sich gefährliche Nebenübergänge bei Delitzsch, bei Wittenfeld und selbst kurz vor Berlin. Redner erinnert dann an das Unglück auf der Stadtbahn bei Treptow, das durch das Zusammenlaufen mehrerer Gleise durch eine Zugspitze herbeigeführt worden ist. Wenn solche Zustände bei einer Privatbahn vorhanden wären, selbst bei der kleinsten Sekundärbahn, so hätte das Reichseisenbahnamt längst eingegriffen; der preussischen staatlichen Eisenbahnverwaltung gegenüber hält es sich zurück. Wir müssen aber verlangen, daß das Reichseisenbahnamt sich den einzelstaatlichen Bahnverwaltungen nicht untergeordnet, sondern übergeordnet fühlt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In das Gebiet der Sicherheit gehört auch die lange Dienzeit des Fahrpersonals. Eine Dienzeit über acht Stunden dürfte das Reichseisenbahnamt nicht dulden. Ebenso müßte es gegen die Kilometergelde und die Kohlenprämien beim Lokomotivpersonal einschreiten, die zu einer Ungleichheit der Entlohnung und zu einer gegenseitigen Konkurrenz der Beamten führen, die der Sicherheit des Verkehrs nicht förderlich sein kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber um die Frage der Verkehrssicherheit scheint die preussische Bahnverwaltung sich weit weniger zu kümmern, als um andere Fragen, die sie doch im Grunde nichts angehen. So hat die Eisenbahndirektion Halle einen Mas an ihre Arbeiter erlassen, der ihnen die Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiter-Verband verbietet. Das sind ja wahrhaft russische Zustände; wir verlangen, daß dem Arbeiter sein Koalitionsrecht gewahrt bleibt. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (Z.) spricht sich gegen eine allgemeine Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft aus.

Abg. Garstens (Wp.) bemerkt gegenüber dem Abg. Stolle, daß in Deutschland die Zahl der Eisenbahnunfälle und der dabei zu Schaden gekommenen Personen in den letzten Jahren abgenommen habe; die Betriebsicherheit hat also zugenommen.

Abg. Schwabach (natl.) fragt, ob Aufsicht vorhanden ist, daß die Lieferungsfrist im Winterverehr berückichtigt werden könne, und beschwert sich über die unständlichen und zeitraubenden Zollrevisionen. Der Redner tritt dann für eine allgemeine deutsche Eisenbahngemeinschaft und die Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen ein.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderzapp: Die vom Abg. Stolle beklagten Verzögerungen auf dem bayerischen Bahnhof in Leipzig beruhen darauf, daß der Bahnhof umgebaut wird. Mit der Beseitigung der Begegnungsbahnen kann nur allmählich vorgegangen werden. — Die Dienzeit der Beamten ist keineswegs so lang. Dienstschichten von 12 und 13 Stunden kommen nur bei einfachem, wenig anstrengendem Dienst und bei langen Ruhepausen vor. Im Vergleich mit dem Personal bei fremdländischen Bahnen, speziell den Schweizerischen, ist die dienstliche Beanspruchung des deutschen Eisenbahnpersonals gering.

Abg. Bindewald (Wirtsch. Vg.): Die Löhne der Eisenbahn-Rottenarbeiter stehen vielfach unter den Durchschnitts-

Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Redner beschwert sich sodann unter stetem Wortkampf mit dem Vizepräsidenten Dr. Spahn, der die Ausführungen als nicht zur Sache gehörig demängelt, über das Nichthalten ein D-Zuges in Fulda und über die Inkenntnis der parlamentarischen Freiheitsbestimmungen bei den Beamten der Berliner Ringbahnstation Friedenau-Wilmersdorf.

Abg. Werner (Antik.) konstatiert ebenfalls den Tiefstand der Löhne der Rottenarbeiter, regt an, die Eisenbahnarbeiter sehnhaft zu machen, wodurch sie an Staatstreue gewinnen würden, und trägt sodann, ebenfalls im Kampfe mit dem Vizepräsidenten Dr. Spahn, Spezial- und Lokalwünsche vor.

Abg. Leber (Soz.):

Unfraglich gehört zu den Funktionen des Reichseisenbahnamts die Überwachung der Verträge, die die preussische Eisenbahnverwaltung mit außerpreussischen Staaten abschließt. Schon im vorigen Jahre hat mein Freund Nietzsch das wenig bundesfreundliche Verhalten Preußens den thüringischen Kleinstaaten gegenüber geäußert. Als Vertreter eines kleinstaatlichen thüringischen Wahlkreises kann ich mich diesen Ausführungen nur anschließen. In keiner Weise zeigt sich Preußen entgegenkommend. Vizepräsident Dr. Spahn: Diese Dinge gehören nicht zum Ressort des Reichseisenbahnamts. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leber (fortfahrend): Ich bin der Meinung, daß diese Dinge sehr wohl zum Etat des Reichseisenbahnamts gehören. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Indessen füge ich mich den Anordnungen des Präsidenten. Aus vielen Orten meines Wahlkreises sind mir Klagen über die Eisenbahnverwaltung zugegangen. Wie in Elsfah-Lothringen, so werden auch in Thüringen oft genug, um den Sonntagsverkehr zu bewältigen, Viehwagen eingestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn der Präsident des Reichseisenbahnamts die Behauptung aufstellt, daß das Thüringer Bahnnetz außerordentlich dicht sei, so wird er mit dieser Behauptung in Thüringen wenig Glauben finden.

Zahlreiche Beschwerden werden auch erhoben über das System der Anhebung, das von der preussischen Eisenbahnverwaltung, wie überall so auch in Thüringen gehandhabt wird. Die Lokale und der Verammlungsbeirat der Eisenbahnarbeiter werden übermächtig; freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter werden aus dem Eisenbahndienst herausgedrängt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Höchst dramatisch sind die Bestimmungen über Verfräntungen usw.; eine Verfräntung von fünf Minuten wird mit dem Abzug eines vollen Stundenlohnes bestraft. — Ich möchte das Reichseisenbahnamt bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß alle diese Verhältnisse gebessert werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Guno (Wp.) bezeichnet es mherhört, daß bei den deutschen Bahnen noch nicht die automatische Kuppelung eingeführt sei.

Präsident Waderzapp antwortet auf die Fragen, Klagen und Beschwerden der Vorredner, bleibt aber bei seiner leisen Stimme und bei der im Hause herrschenden Unruhe so gut wie unverständlich.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Hengsbach (Soz., zur Geschäftsordnung): Mir ist ebenso wie beim Etat des Innern und beim Militärstat das Wort abgeschnitten worden. Ich bedauere das um so mehr, als ich eine hochwichtige Angelegenheit zur Sprache bringen wollte. Den Eisenbahnunfall bei Duisburg, der sich genau an der Stelle ereignet hat, die ich im vorigen Jahr bei Besprechung der Interpellation über das Wülheimer Eisenbahnunglück als besonders gefährlich bezeichnete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich werde die Sache nunmehr in der dritten Lesung zur Sprache bringen, auch wenn Sie Ihre Meistlosler schon gepakt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird angenommen.

Der Etat der Reichsdruckerei wird debattelos angenommen. Es folgt der

Etat des Reichstages.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) bedauert, daß die Abgeordneten keinen geeigneten Raum zur Erledigung ihrer privaten Schreibarbeiten haben und regt die Errichtung eines neuen Schreibsaales an; ferner wünscht der Redner eine neue Ausgestaltung, um den Sitzungssaal mit Wandgemälden auszustatten. Schließlich bringt er die ungehörige Behandlung von Reichstagsabgeordneten auf den Eisenbahnen zur Sprache; Abgeordnete wurden aufgefordert, in Coupés zweiter Klasse Platz zu nehmen, weil Passagiere erster Klasse vorhanden waren. Die Konsequenz würde sein, daß die Abgeordneten sich eventuell auch mit der dritten

die dieser gar nicht gefugt hat. Insbesondere hat Herr Kopsch die Wähnenmitglieder nicht heruntergemacht, wie ihre Intendanz sie glauben mochte. Seine Gräßlichkeit brauchte also das Volk zu seiner persönlichen Dedung.

Das System des früheren Hüllens hat Hans v. Willow als „Hüllens-Hüllen“ bezeichnet. Die jüngsten Leistungen des neuen Hüllens wollen wir höflicher als „Theater Hüllens“ deklarieren.

Der Meister der Medaillenkunst. Der Tod des französischen Medailleurs Louis-Nicolas Roty herabst das moderne Kunstleben eines Meisters, der, wie wenige andere seiner Epoche, Vollendetes geschaffen und einen gewaltigen Einfluß ausgeübt hat. Roty war wirklich groß in den kleinen Werken, die seine kunstreiche Hand entstehen ließ. Ihm ist es vor allem zu verdanken, daß ein Kunstzweig, der in der Renaissance so herrlich geblüht und im 19. Jahrhundert völlig in Verfall geraten war, wieder zu neuer Pracht und Schönheit auferweckt wurde. Die Renaissance der Medaille, die wir auch bei uns in Deutschland in den letzten Jahren erleben durften, ist durch ihn begründet worden. Er setzte an die Stelle der früher sibirischen geprägten Medaille mit dem hohen Rand, der polierten Fläche, dem harten Relief und der festen Druckkraft, die randlose, gegossene Medaille, deren materielles weiches, reich belebtes Relief eine wundervolle Harmonie mit dem Grunde einlegt und organisch aus ihm herauswächst. Die alten konventionellen Mythen und Allegorien belebte und besetzte er durch eine feine Beobachtung der Wirklichkeit, verband mit der prachtvollen Frische seiner Phantasie eine hingebende Liebe zur Natur und ließ dem harten Metall einen koloristisch glühenden Reiz, ein unendlich reiches Spiel der Lichter und Schatten. Zunächst freilich, als er 1872 mit 26 Jahren als Preisgekrönter nach Rom ging, fand er noch unter dem klassizistischen Einfluß, aber bald wachte er sich in dem Studium der großen Renaissance-medailleure und seiner französischen Vorbilder Chapu und Chaplain von allen Einflüssen zu befreien und einen persönlichen Stil zu schaffen, dem wir eine große Anzahl vollendeter Werke der Medaillenkunst verdanken. Wenn er die „Mittelalterlichkeit“ darstellte oder ein Naturbild mit Schäfern, Faunen und Nymphen, dann verband er die genaueste Beobachtung modernen Lebens mit seiner Poetie der Linienführung, so daß seine Medaillen und besonders seine kleinen Plaketten zu delikaten Gemälden in Metall wurden. Er hat in die Welt des Tages hineingegriffen, hat in seinen Denkmünzen unvergängliche Erinnerungen an politische und soziale Ereignisse, an Männer und Momente festgehalten, hat mit seinen Kunstwerken liebliche Familienevents verherrlicht oder seine persönliche Dankeschuld abgetragen, hat auf der kleinen runden Fläche der Medaille eine ganze künstlerisch gestaltete Welt geschaffen.

Pascals Rechenmaschine. Professor Strowski hat dieser Tage seinen Hören auf der Pariser Sorbonne die vom berühmten Philosophen Pascal (1623—1662) erfundene Rechenmaschine im Original vorgeführt. Sie läßt sich freilich mit den modernen Pähl-

und vierten Klasse begnügen und falls auch diese überfüllt sind, das Duncoups benutzen müßten. (Weiterleit.) Wir haben kein Armenrecht auf den deutschen Bahnen, sondern müssen verlangen, als Repräsentanten des deutschen Volkes angesehen zu werden. (Bravo!) Nur nebenbei erwähne ich, daß Abgeordnete schon mit Verhaftung bedroht wurden, weil ein Eisenbahnbeamter nicht glauben wollte, daß der Inhaber der Karte mit ihrem Namens-träger identisch sei. (Hört! hört!) Solche Dinge müssen endgültig beseitigt werden.

Abg. Dr. Wagner (L.) befürwortet einen von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Antrag, die Geschäftsordnungs-Kommission zu ermächtigen, die in der Geschäftsordnung enthaltenen entbehrlichen Fremdwörter tumlicht durch deutsche Ausdrücke zu ersetzen.

Abg. Geß (Soz.):

Die große Sprachsäuberung, die der Vorredner anregte, sollten seine Freunde bei sich beginnen und sich statt Antisemitismen lieber Judenthümer nennen. (Weiterleit.) Wir haben aber Wünsche ersterer Art; zunächst den, daß unsere Arbeitskraft nicht so ausgezehrt wird, wie es in letzter Zeit geschehen ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir hören heute wieder zu unserem Bedauern, daß ein geschätztes Mitglied des Hauses schwer erkrankt ist und sicher ist die Erkrankung mit auf die ständige Inanspruchnahme der Arbeitskräfte hier zurückzuführen; ich wünsche und hoffe, daß der Fall ohne ernsthafte Folgen vorübergehen möge. (Bravo!)

Der Abg. Pfeiffer hat auf die noch fehlende Ausfüllung dieses Saales gegenüber der erstklassigen Ausfüllung des Bundesratssaalzimmers hingewiesen. Der Bundesrat hat ja als Gast im Volkshaus natürlich das Vortrecht. Außer diesem Saale fehlen auch in anderen Parlamentssälen noch Bilder; für diese könnte man Motive wählen, die dem Volksempfinden sehr nahe stehen, soziale Motive und solche, die durch die Gesetzgebung hervorgerufen sind, namentlich durch die Verteuerung der Lebensmittel. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Statt kriegerischer Szenen sollte man

eine Szene aus Noabith

auf Papier bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von der Poesie zur Prosa! Folgen Sie mir in den Raum, wo das Tier mit dem aufgescherten Schnabel zu sehen ist (der Restaurationsraum). Auch bei der Ernährungfrage sind wir zum Großbetrieb, zur Monopolwirtschaft übergegangen, und diese hat sogar zu einer Art Rebedirektion geführt. Sie wissen ja, daß ein Keilner gemäkelt wurde, weil er einem Mitgliede des Hauses berechtigte Beschwerden vortrug. Wir müssen verlangen, daß auch das in gastronomischen Betrieben tätige Personal seine Rechte gewahrt sieht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Angestellten klagen auch über unzureichende Ernährung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Darbietung der Mahlzeiten gleicht mehr einem Darreichen von Abfällen, als einer richtigen Kost. Wir selbst machen gewiß keinen Anspruch darauf, in der Magenfrage als „erstgütige Menschen“ angesehen zu werden; wir wollen gern auf die Liste mit den vielen Fremdwörtern verzichten zugunsten einer einfachen kräftigen Kost zu möglichem Preise. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Freilich kann man in bezug auf die Preise zum Reichstag sagen: tuu culpa (Deine Schuld), denn der Reichstag hat durch seine gesegeberrischen Maßnahmen dazu beigetragen, daß die Lebensmittel so teuer sind. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Aber trotzdem würden Sie beim Zulassen der freien Konkurrenz eine vorzügliche Wirtschaft zu zivilen Preisen bekommen können. Es fehlt eben hier im Reichstag die Hausfrau; hätten wir Frauen in unserer Mitte, hätten wir das Frauenwahlrecht eingeführt (Große Weiterleit.), so wäre es auch mit dieser Seite unseres Hauses schon längst viel besser bestellt. In der Verwaltung der Reichstagsbibliothek sind bereits Bibliothekarinnen angestellt und zwar mit gutem Erfolge. — Die Frage der geistigen Getränke berührt ich nicht mehr, da ist ja Döpsen und Holz verloren (Große Weiterleit.), alle unsere früheren Vorschläge sind nicht beachtet worden.

Wenn ich die fleißigen Matronen hier im Hause ihres Amtes walten sehe, wenn ich sehe, wie sie in der Frühstücksstunde die Tafelsetzer hinaus und hinunter klammern, so kommen sie mir nicht wie Engel vor, sondern wie schwergeplagte Mitarbeiterinnen; man könnte wohl daran denken, sie in der Führung des Rohrführers anzuleiten, um ihnen ihr schweres Amt zu erleichtern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Für die geschäftliche Erledigung, die vielfach durch Voten erfolgt, scheint eine Erfindung der Keuzer noch nicht zu existieren, das „Automobil“. Die Anschaffung eines solchen, könnte auch später für die Abgeordneten Verwendung finden, wenn der Leutnant

apparaten, wie sie bei den Volkszählungen in Verwendung kommen, nicht verglichen, womöglich sie auf denselben Prinzipien beruht. An der Stelle der modernen Fahrräder befinden sich einfache Spulen. Der ganze Apparat ist in einer Eisenholzschachtel von 86 Zentimeter Länge, 13 Zentimeter Breite und 8 Zentimeter Höhe untergebracht. Er kann Additionen, Multiplikationen, Subtraktionen und Divisionen ausführen und Berechnungen in der Währung seiner Zeit ausdrücken. Pascal hatte die genial erfundene Maschine mit seinem 13. Lebensjahre konstruiert, um seinem Vater, der Intendant in Rouen war, die Arbeit zu erleichtern. Das von Professor Strowski vorgeführte Exemplar, neben dem nur noch drei andere erhalten sind, ist von Pascal selbst hergestellt. Es trägt eine lateinische Widmung an den Kaiser Sögnier. Sie hatte den Zweck, ihm den Schutz vor unbefugten Nachahmern zu sichern.

Das brennende Meer. In Valu, dem Hauptstich der russischen Petroleumindustrie am Kaspiischen Meere, sind eigentümliche Vergnügungsfahrten ins Meer üblich, um auf ihm Illuminationen zu veranstalten oder um „das Meer anzuzünden“. Es bergen nämlich nicht nur das westliche und östliche Ufer des Kaspiischen Meeres in Ueberfülle Naphta, auch im Meeresboden ist es enthalten, und wenn dann eine Spalte entsteht, so steigen die Gase durch das Wasser an die Oberfläche. Man merkt daran, daß an diesen Stellen des Meeres ein beständiges Wabdeln herrscht. Wenn man nun diese aus dem Wasser herausströmenden Gase anzündet, so entsteht ein Feuer, das sich über eine weite Fläche verbreitet und solange brennt, bis der Wind es auslöscht. Der Anblick des „brennenden Meeres“ ist eigentümlich schön, und es werden abends oft Vergnügungsfahrten unternommen, um das Meer anzuzünden. Eine solche Fahrt wird von einem Reifenden in einem Moskauer Mat folgendermaßen beschrieben: „Wir mieteten eine mittelgroße Dampfbarke und fuhren ins Meer hinaus. Nach längerem Suchen war endlich eine erwünschte Stelle gefunden. Das Schiff begann nun zu manövrieren, um eine günstige Stelle zu finden und das Feuer vor dem Winde zu schützen. Als dies geschehen war, warf ein Matrose einen Fackel brennenden Naphtes ins Meer und sofort zerstreuten Ströme von Licht das nächtliche Dunkel. Kein Feuerwerk, keine Illumination kann mit dem Anblick verglichen werden, der sich jetzt darbot. Es war, als erzitterte die Wasseroberfläche in Tausenden von brennenden, flimmernden Flammenzungen größerer Umfanges. Bald tauchten sie aus dem Meere, bald verschwand sie, bald schwebten sie empor und zerfloßen, bald teilte der Windzug sie in dicke brennende Streifen, wozu das Wasser eine seltsame Ruff machte. Auf den Wunsch einiger Teilnehmer wurde die Barke direkt auf die Flammen gerichtet, die sie durchschneit, ein Späh, der unter Umständen hätte recht ernst werden können, da das Schiff Naphta zu transportieren pflegte und sein Holz damit völlig durchtränkt war. Der Scherz ging jedoch glänzend ab. Lange noch sah man auf dem Seimweg die Flammen im Winde lohen, der sie schließlich wohl verlöscht haben mag.“

Kleines Feuilleton.

Theater Hüllens. Der Generalintendant der Kgl. Theater hat mit der famosen Demonstrationversammlung „seiner Leute“ im Kgl. Opernhaus ein neues Theaterstück angeführt. Dies Stück jungerlicher Brautour, eines etwas lombardisch verfeinerten Oldenburgers, ist entschieden besser als die neuesten Lustspiele, die an den Bühnen des Herrn v. Hüllens aufgeführt werden. Dies arme Opfer parlamentarischer Kritik hatte ja auch gar keine andere Gelegenheit, sich gegen die nur zu berechtigten Auslegungen an seinem „Kunstbetriebe“ zu verteidigen — als in einer Versammlung von Untergebenen, die er selber einberuft, in der er selber und kein anderer spricht, und die selbstverständlich ihm zustimmt. Ungefähr so als wenn ein Hauptmann die Kompagnie antreten läßt und herablassend fragt: „Na, Leute, Ihr seid doch mit mir zufrieden?“ Es sollte mal einer widerprechen!

Hilf S. M. hat seinen zur preussischen Kunst abkommandierten Intendanten in seinem Amte bestätigt und seine Künstler haben ihm einen der bekanntesten schönsten Augenblicke bereitet. Die Sache ist zu Ende und der Hüllens Betrieb wird fortgesetzt. Genau so miserabel und blamabel wie bisher. Wenn es noch irgendwelche amerikanischen oder sonstigen Opernwirte gibt, werden sie hoffentlich auch in Zukunft auf der königlichen Bühne aufgeführt werden. Darin erschöpft sich die Initiative der ersten Oper Deutschlands, die die junge erste Produktion grundtätig vernachlässigt und uns dafür den antiquarischsten Ausstattungsplunder (Sardanapal!) bietet.

Daß dies aus den Töchen des Volkes unterhaltene Institut für vollständige Kunstpflege überhaupt nichts tut, davon soll nicht erst gesprochen werden. Im Musterlande Preußen versteht sich so etwas von selbst. Die Oper ist hier immer noch der alte Luxusbetrieb, mit einem hoffähigen Nichtschmann an der Spitze, zum Amusement des Hofes, der beschlenen Gäste und daneben der reichen Leute, die ihr Geld hier andringen wollen. Entscheidend ist natürlich letzten Endes nicht irgend ein Hüllens, sondern S. M. selber. Diese Oper ist wirklich lönnlich.

Die „große Berliner Presse“ war zu der Separatvorstellung des Herrn Hüllens eingeladen worden, sie hat sich für die Ehre — sonst wird sie hier so bedientemäßig behandelt, wie sie es verdient — durch sehr viel Zurückhaltung bedankt. Dieser Zufarensritt hat dem zahmen Federdich auch noch imponiert!

Der Intendant hatte in seiner Ansprache den alten Kunstgriff angewendet, auf die Abgeordnetenimmunität anzuzupfeien, unter der die Angriffe gegen ihn vorgebracht waren. Wie aber eine Verächtigung des Abgeordneten Royich (der einen ja sonst nicht sympathisch zu sein braucht) ergibt, hat Herr Hüllens die Immunität des Intendanten, Vorgesetzten, Versammlungspräsidenten und Festredners dazu benutzt, seinem Gegner alle möglichen Dinge unterzuschieben,

mit den zehn Mann erscheint und die Bande auseinander-
legt, können sie per Automobil befördert werden. (Große
Heiterkeit.)

Ein Sommerurlaub wird den Angestellten des Reichstages
erst nach zwanzigjähriger Dienstzeit gewährt. (Hört! hört! bei den
Sozialdemokraten.) Diese Karenzzeit könnte doch bedeutend reduziert
werden, sagen wir zunächst einmal auf 15 Jahre. Ich will diese
Gelegenheit nicht verpassen lassen, ohne allen unsern treuen Mit-
arbeitern und Helfern, auch außerhalb dieses Saales, unsere Achtung
und Anerkennung auszusprechen; wir werden stets bereit sein, sie zu
schützen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Knepp (Sp.) bedauert die Geheimnistämerei,
die in den Kommissionen mit den Beschlüssen und dem vorgelegten
Material getrieben werde.

Abg. Dr. Jund (natl.) schließt sich dem Bedauern des Vor-
redners an und befragt, ob der Antrag der Wirtschaftlichen
Vereinigung.

Abg. Graf Weimar (Wirtsch. Vg.) begründet nochmals den An-
trag seiner Fraktion auf möglichste Ausdehnung der Fremdwörter.
Nedner gebraucht in seinen Ausführungen mehrfach Fremd-
wörter, wie „Plenum“, „in Consequenz“, „Bureauchefe“, was
jedemal große Heiterkeit auslöst.

Abg. Pflü (Z.) dankt dem Abg. Graf Weimar, daß er des erkrankten Ab-
geordneten Freiherrn v. Hertling gedacht habe, regt Anbringung
einer Uhr über dem Präsidentensitz (Heiterkeit) und Aufschmäkung
der Wandelhalle und des Sitzungssaales an.

Abg. Speck (Z.) teilt als Berichterstatter der Budgetkommission
mit, daß sie mit überwiegender Mehrheit in den Verlauf des dem
Reichstag gegenüberliegenden Grundstückes eingewilligt habe, ob-
wohl ein Abgeordneter (Dr. Pfeiffer) angeregt habe, das Grundstück
zu Reichstagszwecken zu verwenden, etwa dorthin die Bibliothek zu
verlegen, die durch einen unterirdischen Gang mit dem Reichstags-
gebäude zu verbinden sei.

Schatzsekretär Wermuth teilt mit, daß das betreffende Grundstück
für 750 000 M. verkauft sei. In den Vertrag sei aufgenommen die
Verpflichtung zu würdiger architektonischer Ausstattung etwa auf dem
Grundstück zu errichtender Gebäude und zur Vermeidung störender
Geräusche, Geräusche usw.

Abg. Dr. Wörke (natl.): Unzweifelhaft leiden wir hier im
Reichstag an Platzmangel. Zum Beispiel fehlt es an kleinen
Zimmern, wo die Abgeordneten mit Interessenten usw. Rücksprache
nehmen können. Die Kommission hat den Verkauf wohl nur darum
so wiederstandslos genehmigt, weil sie nach achtstündiger Sitzung
übermüdet und unachtsam war. Der Käufer des Grundstückes
ist, wie ich höre, gern bereit, den Kauf rückgängig zu machen. Da
sollen wir uns doch überlegen, ob es sich nicht empfiehlt, das
Grundstück zurückzuerwerben und es Zwecken des Reichstages nutzbar
zu machen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Es ist entschieden zu verurteilen, wenn
durch den Verkauf des Grundstückes in der Nähe des monumentalen
Reichstagsgebäudes die Errichtung von Privatgebäuden er-
möglichst wird. Der Verkauf läßt sich auch leicht rück-
gängig machen, denn der Käufer hat sich verpflichtet und
müht sich von dem Kauf zurückzutreten. Darauf sollte das Reich
auch eingehen. Bezüglich der Fremdwörterfrage unterfühle ich den
Antrag Wagner. Um die Bilder zur Ausschmückung des Reichstages
zu erlangen, sollte ein allgemeiner Wettbewerb der ge-
samten deutschen Kunstschöpfung ausgeschrieben werden und man sollte
dafür nicht den zu behandelnden Gegenstand vorschreiben. Frage
müht ich führen über die Behandlung der Reichstags-
abgeordneten auf der Eisenbahn. Die Reichstags-
abgeordneten haben ein gesetzliches Recht auf freie Fahrt.
Sie brauchen die Erkennungsarten nicht bei sich führen, wenn sie
sich sonst als Mitglieder des Reichstages legitimieren können.

Reichstagssekretär Wermuth: Das Grundstück ist außerordentlich
schwer zu verkaufen und kommt für Reichszwecke kaum in Betracht.
Daß der Käufer jetzt zurücktreten will, ist mir nicht bekannt. Die
Rückgängigmachung des Verkaufes würde für das Reich keinen Vor-
teil, sondern einen großen Schaden bedeuten. Sie werden
mir nicht zumuten, die Verantwortung dafür zu übernehmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich bin in der erteilten Lage, heute eine Uebereinstimmung
aller Mitglieder des Hauses in den wesentlichen Punkten feststellen
zu können. Ich stimme den Abgg. Arendt und Wörke zu. Die
preussische Eisenbahnverwaltung sollte von zutändiger Seite, vom
Präsidenten des Reichstages, darauf aufmerksam gemacht werden, daß
sie hinsichtlich der Preislisten für die Reichstagsabgeordneten eine
andere Haltung einzunehmen hat. Der Verordnungsantrag für die
Geschäftsordnung, der von dem jugendgegnerrischen Bruchstück dieses Hauses
(Heiterkeit) ausgegangen ist, wäre an sich ja zu begrüßen. Wenn wir
die vielen Fremdwörter in der Geschäftsordnung durch treffende, kurze
deutsche Wörter ersetzen können, so wäre das entschieden eine Ver-
besserung. Die Geschäftsordnung bedarf aber auch sachlich
einer gründlichen Verbesserung, und da die Verträge dieses Reichstages
in der Hinsicht gescheitert sind, so halte ich es für richtig, die ganze
Geschäftsordnungsreform dem nächsten Reichstag zu überlassen. In
der Frage des Grundstückesvertrages schließe ich mich dem Abgeord-
neten Dr. Arendt an. Wir können kein Grundstück entbehren, das
zur Vergrößerung der Geschäftsräume des Reichstages einmal in
Anspruch genommen werden könnte. Die Zustimmung der
Kommission zu diesem Verkauf ist sicher darauf zurückzu-
zuführen, daß die Mitglieder durch die überlange Sitzung
erschöpft waren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich
überhaupt gegen die Geschäftsführung wenden, in die der Reichstag
während der letzten Monate hineingeglitten ist. Diese
übermäßige Debarbeit,

diese Ausdehnung der Sitzungen wirkt direkt lähmend. Die Ueber-
anstrengung der Mitglieder hindert gerade die älteren und besonders
geschwächten Mitglieder, an den Vorschlägen (Heiterkeit) teil-
zunehmen. Auch die Beamten des Hauses werden bei diesem
System überanstrengt. Das jetzt beliebte Verfahren ist eine Folge des
Diktandensystemes; wie wir es beschreiben, ist es gefahrlos, man arbeitet
daraufhin, die Session zu verkürzen und die Sitzungstage zu ver-
längern. Dabei erlahmt das Interesse der Abgeordneten,
aber auch das Interesse der Öffentlichkeit an dem Parlament, weil
auch die Presse bei solchen ausgedehnten Sitzungen nicht so ein-
gehend berichten kann wie sonst. Dieses Verfahren bedeutet direkt
eine Schädigung des Parlamentarismus und es
schädigt das Ansehen des Parlaments. Deshalb erhebe ich Einspruch
dagegen, daß auch jetzt wieder versucht wird, in der letzten Stunde
vor den großen Feiten die wichtigsten Fragen beim Reichstagsamt
und auswärtigen Amt durchzupeitschen. Der Reichstag müht
daran, die Konsequenzen ziehen und nicht die Sachen so schnell durch-
peitschen, sondern seine Sitzungen um so viel Tage verlängern, wie
zur richtigen Beratung notwendig ist. Diese unglückliche Geschäfts-
führung wird dadurch verursacht, daß das Budget zu spät ein-
gebracht wird und daß der Reichstag zu spät einberufen wird.
Der Reichstag wird bei diesem Verfahren nichts weiter als eine
Budgetbewilligungsmaschine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-
kraten.) Daß den regierenden Bureaukraten diese Praxis gefällt, ist
ja ganz klar, es wird dadurch die Kritik des Reichstages in sehr ge-
schickter und raffiniertester Weise unterbunden. (Lebhaftes Zustimmung
bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung trägt die Hauptschuld
daran, der Reichstag die Mitschuld, weil er diesem unglücklichen System
der Schädigung des Parlamentarismus Vorschub geleistet hat durch
seine Nachgiebigkeit. Wir werden alles aufbieten, daß die noch aus-
stehenden Geschäfte des Reichstages gründlich erledigt und
nicht durchgepeitscht werden, daß die Sitzungen nicht über Gebühr
ausgedehnt und die Zahl der Sitzungen so vermehrt wird, daß wir
die einzelnen Gegenstände in angemessener Weise beraten können.
(Wiederholte Zustimmung links.) Wir wollen nicht, daß die Sachen
so ungeschicklich durchgepeitscht werden, wie es wohl dem Interesse
der Reichsregierung, nicht aber der Würde des Reichstages entspricht.
(Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Camp-Nassau (Sp.): Die Schuld an der un-
günstigen Geschäftslage trägt die Linthe, in der Kommission
die Reden zu halten, die im Plenum wiederholt werden,

überhaupt die Kleinigkeitstämerei in den Kommissionen, über die
auch der Abgeordnete Weibel sein Mißfallen ausgesprochen hat
(Hört! hört! rechts), und durch die die Kommissionen, namentlich die
Budgetkommission, ihrer wirklichen Bestimmung entzogen werden.
Wenn wir uns alle im nächsten Reichstag wieder-
sehen (Stürmische Heiterkeit), dann müssen wir zu-
nächst einmal darauf sehen, der Budgetkommission ihre
wichtige Stellung zuzuwenden. — Wenn Reichstagsabgeordnete ge-
nötigt werden, anderen Jagdgrößen Platz zu machen, so ist das sicher
eine große Ungehörigkeit. (Allgemeine Zustimmung.) Viel-
leicht legt sich unser Herr Präsident einmal mit dem preussischen
Eisenbahnminister in Verbindung und sorgt für Abstellung des Miß-
standes. — Nedner billigt im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen
Dr. Arendt den Verlauf des Grundstückes nördlich des Reichstags-
gebäudes.

Abg. Erzberger (Z.): Ich stimme dem Abgeordneten v. Camp
darin zu, daß die Budgetkommission sich in erster Linie mit
budgetären Fragen zu beschäftigen hat. — Nedner billigt eben-
falls den Verlauf des Grundstückes. Bei gutem Willen ist noch allerlei
Raum im Reichstage, obwohl allerdings der Erbauer des Reichstags-
gebäudes vergessen zu haben scheint, daß darin gearbeitet
werden sollte. (Heiterkeit und Sehr gut.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Gründe der Vorredner berühren nicht den Kern der Sache.
Angehts der Tatsache, daß man eventuell das Grundstück für
Reichstagszwecke verwenden kann, soll man es nicht verkaufen. Ich
müht Verwahrung dagegen einlegen, daß der Abg. Erzberger
hier bezweifelt, daß ich in der Kommission übermüdet ge-
wesen sei, obwohl ich selbst das hier erklärt habe. Wenn jemand in
einer so rein persönlichen Frage etwas sagt, so ist es unter
anständigen Menschen Brauch, daß man ihm das glaubt, besonders
wenn es sich um Kollegen handelt. Wenn ein Mann, der 30 Jahre
älter ist als Sie, Herr Kollege Erzberger, erklärt, er sei übermüdet
gewesen, so sollten Sie nicht die unglückliche Rohheit sich
herausnehmen, an der Wahrheit dieser Erklärung zu zweifeln.

Präsident Graf Schwerin-Löwit: Der Ausdruck „Rohheit“ gegen-
über einem Mitglied des Hauses entspricht nicht der Ordnung des
Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr Präsident, ich gestatte mir die Frage, ob Sie gehört haben,
daß erst der Abg. Erzberger auf meine Versicherung, daß ich in der
Kommission übermüdet gewesen sei, das besprochen und damit
meine Glaubwürdigkeit angezweifelt hat?

Präsident Graf Schwerin-Löwit: Ich habe eine Anzweiflung
Ihrer Glaubwürdigkeit seitens des Abg. Erzberger nicht gehört.

Abg. Ledebour (Soz.):

Sie ist aber zweifellos geschehen. Dann wurde über das Viel-
eher in der Kommission geklagt und meinen Freunden ein dahin-
gehender Vorwurf gemacht. Es läßt sich aber nachweisen, daß in
der Budgetkommission niemand mehr redet als der Abg. Erz-
berger. Der Abg. v. Camp meinte, der Abg. Weibel habe auch
über das viele Reden in der Kommission geklagt. Damit sollte
wohl der Abg. Weibel gegen uns ausgespielt werden. Als ich Weibel
sagte, der Abg. v. Camp beruft sich auf Sie, antwortete er: „Na,
Sie kennen doch Camp!“ (Heiterkeit.) Früher hat
Abg. v. Camp selbst anerkannt, daß die Sozialdemokraten in der
Kommission relativ am wenigsten reden.

Reichstagssekretär Wermuth: Ich möchte feststellen, daß der Etat
diesmal ebenso rechtzeitig eingebracht worden ist, wie in früheren Jahren
und daß im weiteren Verlauf der Staatsarbeit die Regierung keinerlei
Hintergedanken hegt, sondern lediglich von dem Bestreben ge-
leitet war, mit Ihnen zusammen in redlicher Arbeit einen für das
Reich guten und nützlichen Etat rechtzeitig zustande zu bringen. (Bei-
fall rechts.) In der Grundstücksangelegenheit kam ich unter keinen
Umständen dem Grundtag zustimmen, daß das Reich einen Verkauf
rückgängig machen soll, wenn der Käufer ein solches Geschäft
gemacht hat. Wenn er gute Geschäfte macht, bleibt es ja auch dabei.

Abg. Erzberger (Z.): Ich werde mich hüten, dem Abgeordneten
Ledebour jemals wieder ein Kompliment zu machen. Ich hatte
nur gesagt, Abg. Ledebour habe noch am Schluß der Kommissions-
sitzung sein gewohntes Temperament entwickelt.
Damit schließt die Debatte.

Präsident Graf Schwerin-Löwit erklärt, er werde die ihm
gegebenen Anregungen nach Möglichkeit berücksichtigen und sich an
die Eisenbahnverwaltung wegen der Preislisten wenden.

Der Antrag Wagner, betr. Verbeugung der Fremdwörter in
der Geschäftsordnung wird mit knapper Mehrheit angenommen.
Die Resolution Wörke wird zurückgezogen und der Etat des
Reichstages bewilligt.

Schluß der Sitzung 7¹/₂ Uhr.
Nächste Sitzung: Donnerstag, mittags 12 Uhr. (Etat der
Reichstagskassen und des auswärtigen Amtes.)

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung: Mittwoch, den 29. März, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.
Nach debattierter Erledigung einiger kleiner Vorlagen über
die Verlegung von Landesgrenzen und betr. die Erweiterung
des Stadtreises Steintin folgt die zweite Beratung des
Gesetzentwurfs über die Polizeiverwaltung in den Re-
gierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und Münster.

Abg. Kirch (Z.) beantragt zum § 1, das Gesetz, soweit es
Düsseldorf betrifft, auf den rechtsrheinischen Teil des Regierungs-
bezirks Düsseldorf zu beschränken.

Abg. Gantert (Sp.) befragt, ob ein Antrag, die Bestimmung
des § 1 zu streichen, wonach die nähere Abgrenzung der Zu-
ständigkeit der staatlichen Sicherheitspolizeiverwaltung der Minister
durch Regulator bestimmt und Hinzufügung eines Absatzes, wonach
zur staatlichen Sicherheitspolizei nicht gehören sollen die Bau-
gesundheits-, Gewerbe-, Markt-, Fremden-, Feuerpolizei und die
Theaterzensur. Der Beschluß der Kommission bedeute einen zu
tiefen Eingriff in die Selbstverwaltung.

Minister v. Dallwitz: Dem Gesetz wird eine Bedeutung bei-
gelegt, die es gar nicht hat. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich
lediglich um die Herstellung einer einheitlichen Polizeiverwaltung
in den dortigen Gebieten. Da der freireinige Antrag die Kompe-
tenz der Polizeidirektoren in Düsseldorf usw. anders regeln will, als
sie jetzt in Offen, Bochum und Belsenkirchen besteht, läuft er diesem
Zweck der Einheitlichkeit zuwider.

Abg. Schulze-Pellum (L.) erklärt, daß seine Freunde für die
Kommissionsbeschlüsse stimmen würden.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Gier-Hansen (natl.)
und Bruck (L.) wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Ich bedauere, daß es mir unmöglich gemacht ist, nachzuweisen,
daß der dreimalige Ruf zur Sache, der mir bei der ersten Lesung
zuteil wurde, durch die Verhandlungen in der Kommission als
ganz unbedeutend nachgewiesen worden ist, denn die Kom-
missionsberatungen haben sich gerade um die Punkte
gedreht, die damals vom Präsidenten v. Redder als nicht zur
Sache gehörig bezeichnet wurden. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.)

Die Änderungsanträge werden abgelehnt, § 1 unverändert
angenommen; ebenso § 2.

§ 3 bestimmt:
Bei Feuerbränden, Aufläufen, Tumulten oder ähnlichen Stö-
rungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, sowie in
sonstigen dringlichen Fällen sind die Exekutivbeamten der staatlichen
Polizeiverwaltungen zur Vornahme von Amtshandlungen befugt.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Dieser Paragraph ist schon wegen seiner kauschulartigen
Fassung für uns unannehmbar und er könnte am besten den poli-

tischen Hintergrund des Gesetzes. Es ist seinerzeit von der Re-
gierung selbst betont worden, daß das Gesetz notwendig sei, weil
sich in dem Ruhrkohlenbezirk ungeheure Massen von Arbeitern
zusammendrängten, die von Herrn v. Arnim als unzufriedene
Massen bezeichnet wurden und von denen man insbesondere bei
Streiks Unruhen befürchtete. Es war Herr Schmieding, ein
Vertreter des Kokuniekonsumertums in Rheinland-
Westfalen, der ebenfalls die Gefahr von Unruhen bei Streiks zur
Begründung dieses Gesetzes anführte. Wir bestreiten, daß dort
Unruhen bestanden, und wenn es zu solchen kommt, so trägt die
Hauptschuld daran das Unternehmertum, das ständig
ausländische Arbeiter heranzieht, und die ungünstige
Lage der Bergarbeiter. Ich erinnere an die Ausführungen
meines Freundes Hoffmann beim Verpetat. Die Schuld an etwaigen
Unruhen trifft nicht die Sozialdemokratie, sondern die staatliche
Bergwerksverwaltung und die Polizei, die durch die Behandlung
der Bergarbeiter die Stimmung häufig genug bereits zur Siedehöhe
erregt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es
trotzdem noch niemals zu Unruhen gekommen ist, so ist das auf die
erzieherische Arbeit der Sozialdemokratie und der sozialdemokra-
tischen Gewerkschaften zurückzuführen. Wie lehnen diesen Pa-
ragraphen wie das ganze Gesetz, das den Charakter eines Ausnahme-
gesetzes zur Bekämpfung der Arbeiterschaft an der Stirne trägt, ab.
(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bruck (Z.): Das Gesetz trägt keinen politischen Charakter.
Wäre es ein Ausnahmegesetz, so würden wir dagegen stimmen, wie
mir auch gegen das Sozialistengesetz gestimmt haben. Die ruhigen
Elemente, die nicht durch die Sozialdemokratie verbezt sind, wissen
die Lässigkeit der Polizei hoch zu schätzen. Den Streik auf der Höhe
Lufas hat die Sozialdemokratie angezettelt und sucht, wie immer,
nachher ihre Hände in Unschuld zu waschen. Sie hoffte damit poli-
tische Geschäfte für die nächsten Reichstagswahlen zu machen. (Un-
ruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebnecht hat die Tatsachen
auf den Kopf gestellt. (Abg. Hoffmann (Soz.): Das verstehen
Sie ja viel besser!)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

In der Kommission ist von verschiedenen Nednern darauf hin-
gewiesen worden, das Gesetz scheine von der Furcht vor der Sozial-
demokratie diktiert zu sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Die Herren laden ja selbst wie die Figuren darüber, wenn behauptet
wird, das Gesetz trage keinen politischen Charakter. Mit seiner
Haltung beim Sozialistengesetz kann das Zentrum nicht viel Staat
machen. Und neulich ist erst Herr Busch für eine Entreechtung der
Bergarbeiter eingetreten, denen das Zentrum ja auch das Streik-
recht nehmen will. Für solche Arbeitervertreter, wie
Herr Bruck, kann sich die Arbeiterschaft be-
danken. Seinen Versuch, die Sozialdemokratie für Streiks ver-
antwortlich zu machen, erinnert an die schlimmsten Scharf-
macherpraktiken. Herr Bruck muß wissen, daß gerade unter
dem Einfluß unserer Organisationen die Streiks in ruhigeren
Bahnen geleitet worden sind. Sie (zum Zentrum) sind den Ar-
beitern gegenüber nichts als Wölfe im Schafstall. (Sehr
wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.)

Abg. Bruck (Z.): Das Gesetz ist durch die allgemeine Entwei-
kung im Ruhrkohlenbezirk notwendig geworden. (Hört! hört! bei
den Sozialdemokraten.) Es ist eine Unwahrheit, daß mein Freund
Busch sich für eine Entreechtung der Bergarbeiter ausgesprochen hätte.

Abg. Bartscher (Z.): Die von Herrn Liebnecht zitierte
Aussprechung in der Kommission ist dort nur von einem Vertreter
der fortschrittlichen Volkspartei getan worden, die ja jetzt Seite
an Seite mit der Sozialdemokratie marschieren. Die ganze
Haltung der Sozialdemokratie ist durch ihre maßlose Kritik nur ge-
eignet, die Interessen der Arbeiterschaft zu gefährden, insbeson-
dere seitdem sie auch offen für die Republik eintritt. Hier Repu-
blik, hier Monarchie, wird es bei den nächsten Wahlen heißen.
(Lachen bei den Soz.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Dieser Schlußantrag ist recht
eigentümlich zustande gekommen, indem ein Schweiß-
führer in Hause herumgelaufen ist und die Unterschriften der ver-
schiedenen Parteien gesammelt hat. Das ist ein standartisches
Vorgehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Krause: Wegen dieser Aeußerung rufe ich
Sie zur Ordnung. Auch ich Ihre Behauptung unrichtig, der Schluß-
antrag ist von dem Abg. Schulze-Pellum allein unterschrieben.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.): Dann hat er also die Erlaub-
nis der anderen Parteien zur Einbringung des An-
trages eingeholt. Im übrigen bin ich durch den Schluß-
antrag verbunden, aus der Rede des Herrn Busch vom 23. März
d. J. nachzuweisen, daß meine Behauptung richtig war. Auch be-
dauere ich, verhindert zu sein, den beiden letzten Nednern des Zen-
trums, die die ungläublichsten Beh- und Wahredem
gehalten haben, zu antworten.

Abg. Busch (Z.): Ich habe damals nur gesagt, daß die Arbeiter,
die die Christlichen und Hirsch-Dunderschen terrorisieren, keinen
Anspruch auf besonderen Schutz hätten.

Abg. Schrey (Sp.): Herr Bartscher hat uns unser Zusammen-
gehen mit der Sozialdemokratie vorgeworfen. Ich stelle fest, daß
Herr Bartscher selbst mit Hilfe der Sozialdemo-
kratie gewählt ist. (Große Heiterkeit links.)

§ 3 wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
und der Freisinnigen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die
Pflichtfortbildungsschulen.

Handelsminister Sydow schildert die Entwicklung des Fortbil-
dungsschulwesens. Im Jahre 1884 wurden im Etat 182 000 M.
für die Fortbildungsschulen ausgeworfen, im Jahre 1910: 3 800 000
Mark. Diese Entwicklung entspricht den veränderten Bedürfnissen
des Gewerbestandes. Heute sind nun die Verhältnisse in bezug
auf die Fortbildungsschulen in den verschiedenen Städten ganz ver-
schieden, daher ist eine gesetzliche Regelung geboten. Das Ziel
müht sein, alle erwerbstätigen jungen Leute im Alter von 15 Jahren
der Fortbildungsschule obligatorisch anzuschließen. Hierzu bedeutet
die Vorlage den ersten Schritt. In allen Orten über 10 000 Ein-
wohnern sollen Fortbildungsschulen mit Schulzwang errichtet
werden für die erwerbstätige Jugend, gelehrter und ungelehrter.
Auf die weibliche Jugend sind die Schulen nicht ausgedehnt, weil
es auf diesem Gebiete noch an den genügenden Erfahrungen fehlt.
Zunächst müht im Reichstag die Novelle zur Gewerbeordnung
angenommen werden, in der die ortspolituarische Möglichkeit zur Ein-
führung von Pflichtfortbildungsschulen für alle weiblichen Arbeiter
geschaffen werden soll. Um die Jugend aufzuklären über die Bedeu-
tung der großen Gemeinschaften von der Familie bis zum Staat
ist der hochnobürgerliche Unterricht vorgesehen. Er darf kein Len-
denunterricht im Sinne einer politischen Partei sein, muß aber
auf der Basis der bestehenden gesellschaftlichen Formen ruhen und
getragen sein von der Liebe zum Vaterland, der Treue zu Kaiser
und Reich. (Bravo! rechts.) Die Durchführung kaiserlicher
Uebungen bleibt den örtlichen Instanzen überlassen. Der Entwurf
ist ein Werk der Sozialpolitik, das nicht nur den Arbeitern, son-
dern auch den Arbeitgebern zugute kommt, ein Werk praktischer
Mittelstandspolitik. (Bravo! rechts.)

Abg. Hammer (konl.): Der Unterricht in den Fortbildungs-
schulen müht auf sittlich-religiöser Grundlage erteilt werden. Al-
leinsten dürfen da nicht Lehrer sein. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn
Handwerkerlehrlinge mit ungelerten Arbeitern zusammen unter-
richtet werden sollen, so liegt darin eine Degradation für sie. Sehr
wichtig wird die Beschaffung von Lehrkräften im Hauptamt sein.

Abg. Schmieding (Z.): Bisher waren die Fortbildungsschulen
nur Fachschulen. Jetzt sind sie allgemeine Schulen auch für un-
gelerte Arbeiter geworden. Einzelne Bestimmungen der Vorlage
erscheinen uns als zu harter Eingriff in die Selbstverwaltung der
Gemeinden. So die Forderung, daß jeder Lehrer von der Regie-
rung bestatigt werden müht. Einzelne andere Bedenken werden
mir in der Kommission vortragen. Unser Hauptbedenken aber ist,
daß, trotzdem die Schulen eine Erziehung und Ausbildungsstätte für
die breiten Massen der aus der Volksschule entlassenen Jugend

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1067.

Freitag, den 31. März 1911, abends 6 Uhr, in Frankes Festsaal, Badstraße 19:

Versammlung

aller in den
Geldschrankfabriken beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:

Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern
über den Tarif der Geldschrankschlosser.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Sonntag, den 2. April 1911, vormittags 10 Uhr:

Fortsetzung

der Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle

im großen Saale der Brauerei „Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16-23.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Tagesordnung der Generalversammlung
vom 19. März d. J.

Mit kollegialem Gruß: Die Ortsverwaltung.

Besondere Einladungen werden zu dieser Generalversammlung nicht verschickt. — Die
Legitimation gilt die Legitimationkarte für Vertrauensleute und Mitgliedsbuch.

Vertretungen sind nicht zulässig.

Achtung! Vertrauensleute! Achtung!

Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am
8. Mai d. J. statt. Anträge hierzu müssen rechtzeitig vier Wochen vorher bei der Orts-
verwaltung eingereicht sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Donnerstag, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 31. März,

im Gewerkschaftshaus (Saal 4):

General-Versammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung vom 17. März.

81/4

Die Ortsverwaltung.

Öffentliche Versammlung

Heute, Donnerstag, den 30. März, abends 8^{1/2} Uhr,
im „Klubhaus“, Kopenhagener Str. 74.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen H. Barth:

Arbeiterklasse und Konsumvereine.

2. Diskussion. 3. Gründung einer Verkaufsstelle.

104/12

Um zahlreichen Besuch bitten

Der Einberafer.

Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.

Am Dienstag, den 11. April 1911,
findet im Lokale des Herrn Warnke
hier selbst, Wilhelmshofstraße 18,
eine **Erntewahl** der Vertreter
der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
statt.

Die Vertreter der Arbeitgeber
werden von diesen in ungeteilter
Wahlversammlung in der Zeit von
4 bis 5 Uhr nachmittags gewählt.
Zu wählen sind 7 Vertreter.

Die Vertreter der Arbeitnehmer
werden ebenfalls in ungeteilter
Wahlversammlung in der Zeit von
5^{1/2} bis 7^{1/2} Uhr nachmittags gewählt.
Zu wählen sind 11 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar ist
jedes großjährige, im Besitze der
bürgerlichen Ehrenrechte sich be-
findende Mitglied. Als Legitimation
ist der Mitgliedsausweis mit-
zubringen.

Ober-Schöneweide, d. 29. März 1911.

Der Vorstand.

Sommerfeld, Witte;

1. Vorsitzender. Schriftführer.

Von der Reise zurück.

Dr. Sommerfeld,

Schöneberg, Hauptstr. 20.

Knaben-Hosen

Schluß Sonntag

Billige Ausnahme-Angebote zur Einschulung.

Erstklass. Modell-Anzüge

Besonders gute u. feine Reismuster
Für 5-8 Jahre, durchweg 9.-, 8.- u. 6 M.

Blusen- und Sport-Anzüge

darunter schöne Muster-Sachen.
Für 5-8 Jahre durchweg 4 M.

Wash-Blusen hervorragend preiswert für 5-8 Jahre, durchweg 1,85 95, 50 Pf.

Knaben-Hosen teilweise aus Reuten. Ver- schied. Stoffe, f. 5-8 Jahre 1,50 u. 60 Pf.

Schüler-Hosen Verschiedene Stoffe, für 8-14 Jahre 2.- M.

Cheviot-Anzüge blau und grau, für 3-8 Jahre, durchweg 2,90 M.

Manchester-Anzüge verschiedene Farben für 3-8 Jahre, durchweg 3,50 M.

Engl. Samt-Anzüge braun oder blau, für 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.

Kammgarn-Anzüge Bluse u. Hose ganz gefüttert für 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.

Knab.-Wash-Anzüge Neu. Gute Wascht. f. 3-8 Jahre, durchweg 2,50 M.

la Manchest.-Anzüge Praktische Farben f. 3-8 Jahre, durchweg 6,50 M.

Jünglings-Anzüge Moderne Stoffe für 8-15 Jahre, durchweg 7,50 M.

Lodenpelerinen Impfsg. Strichbl. grau od. grünlich 10, 7,50 6, 4,50 M.

Zur Vorbeugung großen Andranges bitten wir die
vormittags-Stunden zum Einkauf zu benutzen

BaerSohn

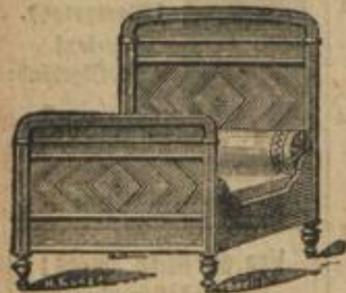
Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog No. 42 kostenfrei.

Eigene Fabrikation
im Hause!



Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister

6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

Moderne Musterzimmer :: von den einfachsten :: stehen zur Ansicht
bis zu den elegantesten

zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Die Qualität gibt den Ausschlag!

MAGGI's Bouillon-Würfel sind mit allerbestem Fleisch-
extrakt nebst feinsten Gemüseauszügen sowie dem nötigen Kochsalz
und Gewürz auf das sorgfältigste hergestellt.

Ein Würfel zu 5 Pfg. gibt 1/4-1/2 Liter kräftige Fleischbrühe, die
der besten hausgemachten in nichts nachsteht.



Um sicher zu sein,

die echten MAGGI's Bouillon-Würfel zu erhalten, achte man
beim Einkauf auf den Namen MAGGI und den Kreuzstern

Möbel auf Kredit

Wir offerieren

500 Wohnungs-Einrichtungen

und zwar erhalten Sie schon von

2 Bettstellen . . .	15	2 Bettstellen . . .	35
1 Kleiderschrank . . .		2 Matratzen . . .	
1 Spiegel		1 Kleiderschrank . . .	
1 Spiegelspind		1 Wäschespind	
1 Tisch		1 Teumean	
2 Stühle		1 Sofa	
1 Küchenschrank . . .	Mark	1 Tisch	Mark
1 Küchentisch	Anzahl.	4 Stühle und	Anzahl.
1 Küchenstuhl	an	1 farbige Küche.	an
1 Küchenschrank . . .			

Gerne empfehlen:

Moderne Wohnzimmer | Moderne Schlafzimmer

Moderne Herrenzimmer | Moderne Speisezimmer

in jeder gewünschten Holz- und Stilart. 86000

Anzahlung 40-60 Mark.

Sinzelne Möbelstücke und Polsterwaren

Anzahlung 3 Mark | Wochenrate 1 Mark

Gebr. Sieber, Alexander-Str. 16

Nur Ecke Dircksstraße, vis-à-vis der Holzmarktstraße, direkt
am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bitte auf unsere blauen Schilder zu achten.

☞ Sonntag bis 2 Uhr geöffnet. ☞

Ausschneiden, mitbringen, 5 M. Wert.

Die Reichstagswahlagitatio n im vierten Kreise

wird von unseren Parteigenossen mit gewohntem Eifer fortgesetzt. Am Dienstag fanden wieder vier Versammlungen statt. „Wen wählen wir in den Reichstag“ lautete das Thema. Die Antwort auf diese Frage ist für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis natürlich nicht zweifelhaft. Aber es handelt sich ja nicht nur darum, daß unser Kandidat gewählt wird, sondern daß sich eine imposante Stimmenzahl auf ihn vereiniget, die der Regierung und den herrschenden Parteien als ein wichtiger Protest des Volkes gegen das heutige System in den Ohren gellt. Leider gibt es unter den Proletariatsmassen allerorts noch viele Tausende, denen diese Bedeutung einer Reichstagswahl nicht klar ist. In dieser Hinsicht nachzuhelfen, Klarheit zu verbreiten über die politische Situation und über die große Bedeutung eines Massenprotestes, das ist es, was die Agitation unserer Genossen sich zur Aufgabe stellt. In dieser Hinsicht leisteten auch die vier Versammlungen am Dienstag ein gutes Stück Aufklärungsarbeit.

In der „Araucaria“ (Wrangeistrasse) begann Genosse Büchner sein Referat mit der Darlegung der Zoll- und Steuerpolitik. Hierdurch wurde den Zuhörern vor Augen geführt, daß die Geldmittel, welche das Reich braucht, in der Hauptsache aus den Taschen der ärmeren der arbeitenden Volksschichten gezogen, während die Kosten der Bestehenden verhältnismäßig geringer sind. Bei alledem verstehen es die Begüterten — und die Agrarier haben darin eine ganz besondere Fertigkeit — sich durch zu niedrige Einschätzung von ihrer Steuerpflicht zu drücken.

Welche Verwendung die aus der breiten Masse des Volkes herausgepreßten Steuern vornehmlich finden, das machte Genosse Hermann Müller, der im „Elysium“ (Landsberger Allee) referierte, in einem Teil seiner Rede den Zuhörern klar. Er zeigte ihnen, daß der weitaus größte Teil der Steuererträge dem Militarismus, der Welt- und Flottenpolitik geopfert wird, einer Politik, die nicht nur das eigene Volk bedrückt, sondern eine unausgesetzte Bedrohung des Völkerfriedens ist.

Daß die Arbeiterklasse dem herrschenden System, dem nimmerfertigen Kapitalismus nicht nur Opfer an Geld und Gut, sondern auch Opfer an Leib und Leben zu bringen gezwungen ist, das legte Genosse Stadthagen im Verlauf seiner Rede dar, die er im Kellerischen Saale hielt. Er zeigte, daß auf dem Schlachtfelde der Arbeit mehr Tote und Verwundete bleiben wie in kriegerischen Schlachten, und daß die soziale Fürsorge für die Opfer der kapitalistischen Ausbeutung völlig unzureichend ist.

Auch durch den im Liffinschen Saale gehaltenen Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann wurde den Zuhörern eindringlich zu Gemüte geführt, daß es die unerlässliche Pflicht jedes Arbeiters ist, sein Teil beizutragen im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft und daß die bevorstehende Wahl eine Gelegenheit bietet, den Gegnern zu zeigen: die Reihen der Sozialdemokratie sind gewachsen und diese Vermehrung der Zahl unserer Kämpfer gibt uns die Gewißheit, daß unsere Ideen liegen.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Alle Parteigenossen, welche beim diesmaligen Umzuge die Wohnung verändern, werden dringend gebeten, den Bezirksführern oder den Kreisassessoren rechtzeitige Nachricht zugehen zu lassen, damit eventuelle Uimmeldungen ohne Verzögerungen bewirkt werden. Das Verbandsbureau.

Wannsee. Sonntag, den 2. April, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Färstehof“: Wahlvereinsversammlung.

Teltow. Freitagabend 8 Uhr: Flugblattverbreitung vom Lokale W. Bonow, Berliner Str. 16. Am Sonntag, den 2. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen W. Bonow: Offenheitliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Reich Zubeil: „Die bevorstehende Reichstagswahl“. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Kinderkrankenhaus der Stadt Berlin (an der Reinickendorfer Straße) liegt jetzt für das Verwaltungsjahr 1909/10 (vom 1. April 1909 bis zum 31. März 1910) der ärztliche Jahresbericht vor, den der Magistrat soeben bekanntgegeben hat. Die Abteilung für äußere Krankheiten berichtet über 392 behandelte Kinder, von denen 56 starben, 14 von je 100 behandelten. In dem Abschnitt über die Abteilung für innere Krankheiten und für Infektionskrankheiten wird das Bedauern ausgesprochen, daß leider so viele Kinder dem Krankenhaus zu spät zugeführt werden, so daß die Hilfe des Arztes erfolglos bleiben muß. Diese Abteilung hatte in dem ganzen Verwaltungsjahr 2861 Kinder zu behandeln, davon starben 515, das sind von je 100 behandelten Kindern 18. Zieht man von der Gesamtzahl der hier behandelten Kinder die ab, die am Schluß des Verwaltungsjahres noch weiter behandelt wurden, so sind an den übrigen 2710 Kindern die 515 gestorbenen mit 19 Proz. beteiligt, mit 81 Proz. die 2195 entlassenen (geheilte, gebesserte, ungeheilte, auch nach der Abteilung für äußere Krankheiten verlegte). Unter den 2710 Kindern, die durch Tod oder durch Entlassung usw. ausgeschieden, waren 787 Säuglinge (Kinder des 1. Lebensjahres). Von diesen starben 293, während 554 entlassen wurden, hier waren demnach die Gestorbenen mit ziemlich 30 Proz. beteiligt. Es starben aber von den in die Abteilung für innere Krankheiten und für Infektionskrankheiten eingelieferten Säuglingen schon am ersten Tage 64, am zweiten Tage 23, am dritten Tage 23, mithin innerhalb der drei ersten Tage zusammen 110, die übrigen 123 später. Wären die 64 Säuglinge, die fast schon sterbend eingeliefert wurden und noch am ersten Tage starben, gar nicht mehr in das Krankenhaus gelangt, so hätten wir nur 169 gestorbene Säuglinge gegenüber 554 entlassenen. In der Gesamtzahl von dann 723 Säuglingen wären die gestorbenen mit nur noch 23 Proz. beteiligt. Zu denken gibt die Mitteilung, daß z. B. von 21 an Abzehrung gestorbenen Säuglingen 9 noch am ersten Tage starben. Am ersten Tage starben ferner: 9 von 37 an Pseudocholera gestorbenen Säuglingen,

6 von 21 an akutem Darmkatarrh gestorbenen, 7 von 14 an katarrhalischer Lungenentzündung gestorbenen usw. Auch bei älteren Kindern bleibt nicht selten im Krankenhaus die ärztliche Hilfe erfolglos, weil sie zu spät eingeliefert wurden. Von Kindern im Alter von 0—14 Jahren starben in der Abteilung für innere Krankheiten usw. am ersten, zweiten, dritten Tage z. B. an Diphtherie 14, 21, 14 von überhaupt 91 gestorbenen, an Scharlach 8, 13, 10 von überhaupt 68 gestorbenen, an Masern 8, 4, 4 von überhaupt 43 gestorbenen, an Lungenentzündung 13, 10, 2 von überhaupt 46 gestorbenen usw. In dem Jahresbericht wird an die Mitteilung dieser Zahlen die Bemerkung geknüpft: „Da bei fast sterbend eingelieferten Kindern die ärztliche Hilfeleistung im Krankenhaus augenscheinlich zu spät kommt, so kann immer nur wieder darauf hingewiesen werden, daß die Zuführung der erkrankten Kinder in das Krankenhaus möglichst bald nach Eintreten der ersten Krankheitserscheinungen erfolgen möge.“

Neuerungen bei der Post am 1. April.

Bei der Post bringt der 1. April vor allem die Einführung eines neuen Dienstzweiges, des Orts Schnellendienstes. Er besteht darin, daß an größeren Orten Briefsendungen auf Verlangen des Absenders von besonderen Boten abgeholt und sofort durch denselben Boten bestellt werden. Das Verlangen kann durch den Fernsprecher ein für allemal oder auf andere Weise gestellt werden. Den neuen Dienst erhalten 64 Postorte des Reichs-Postgebietes, und zwar Aachen, Altona, Barmen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Köln, Cottbus, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Essen, Hildesburg, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Gießen, Götting, Hildesheim, Goslar, Hagen, Halle, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Königsberg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Reg. Kehlhausen, i. El., Münster, Pforzheim, Plauen, Posen, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart, Straßburg i. El., Trier und Wiesbaden.

Zu Berlin gehören Charlottenburg, Friedenau, Halensee, Nöbensee, Rixdorf, Schöneberg, Westend und Wilmersdorf. Die meisten dieser Städte bilden auch für den Orts Schnelldienst einen Bestellbezirk mit einem einheitlichen Tarif. Für die Einabholung und Einbestellung einer Sendung werden 50 Pf. erhoben, für eine Antwort, die dem Empfänger zurückzubringen ist, 25 Pf. Nur für die allergrößten Städte kommt eine zweite Zone in Betracht, nach und von der ein Gang 75 Pf., eine Antwort 40 Pf. kostet.

In Groß-Berlin werden vier Zonen gebildet. Ein Gang nach der dritten Zone kostet 1 M., nach der vierten 1,25 M., eine Antwort von oder nach der dritten Zone 50 Pf., in der vierten 65 Pf. Überall werden bei gleichzeitiger Abholung von Sendungen an zwei verschiedene Empfänger für den zweiten Empfänger 20 Pf. abgezogen. Werden mehrere Sendungen gleichzeitig von demselben Absender abgeholt und an denselben Empfänger bestellt, so wird für jede weitere Sendung nur 10 Pf. Zuschlag erhoben. Wenn der Bote den Weg zum Auftragsgeber schon angetreten hat, der Auftrag aber zurückgezogen wird, so werden 25 Pf. erhoben. Ein besonderes Porto wird neben diesen Gebühren nicht berechnet.

Im Orts Schnelldienst werden auch gewöhnliche Briefsendungen auf Verlangen vom Absender durch Eilboten abgeholt und zur Verbesserung mit der gewöhnlichen Post aufgegeben. Diese Einabholung kostet 25 Pf., jede weitere Sendung 10 Pf.

In Groß-Berlin werden so auch Rohrpostsendungen abgeholt. Eine Karte kommt so auf 50 Pf., ein Brief auf 55 Pf. zu stehen. Die Einkehrung der Zonen von Groß-Berlin erfolgt nach Radien, die von jedem Bestellpostamt zu jedem anderen Bestellpostamt gezogen werden. Nur die Lage der Postämter ist für die Entfernung maßgebend. Die drei Radien betragen 2, 4 und 6 Kilometer. So liegt z. B. vom Briefpostamt aus das Postamt 8 in der ersten Zone, 10 in der zweiten, 50 in der dritten, Wilmersdorf in der vierten Zone. Vom Postamt 68 liegt das Postamt 7 in der ersten Zone, 40 in der zweiten, 21 in der dritten, Nöbensee in der vierten Zone.

Das Doppel der Zollinhaltsklärungen für die deutsche Warenverkehrsstatistik muß vom 1. April an bei allen Paketen nach dem Zollauslande und nicht mehr bloß bei solchen mit Verlangabe auf einem Formular von grüner Farbe ausgefertigt werden. Die Bezeichnung der Gattung der Ware in dem Doppel braucht mit den Angaben in den Inbaltserklärungen für das Ausland nicht übereinstimmen. Angaben, die geheim bleiben sollen, können dem grünen Doppel in verschlossenem Umschlag beigelegt werden, der an die Anmeldestelle adressiert und mit dem Doppel fest verbunden wird. Das Kaiserliche Statistische Amt gestattet auf Antrag, daß der Wert nur unmittelbar dem Amte mitgeteilt wird.

Die Postämter öffnen ihre Schalter jetzt wieder um 7 Uhr morgens.

Nachdienst beim Fernsprechkont Groß-Lichterfelde. Nachdienst wird bei der Fernsprechermittlungsstelle in Groß-Lichterfelde am 1. April eingeführt. Von diesem Tage an wird dort ununterbrochener Dienst abgehalten. Der Nachdienst erstreckt sich auf den Ortsverkehr, den Nachbarortsverkehr mit Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Ober-Schöneweide, Reinickendorf (Ost), Rixdorf, Weihensee und Wilmersdorf, sowie auf den Fernverkehr mit den Orten, die zum Tagesverkehr mit Groß-Lichterfelde zugelassen sind und an denen während der Nachtzeit Fernsprechermittlungsdienst abgehalten wird. Für jede Verbindung bei Nacht wird im Orts- und Nachbarortsverkehr von dem Inhaber der Sprechstelle, von der die Verbindung verlangt ist, eine Einzelgebühr von 20 Pf. erhoben.

Als Nachtzeit gelten für den Orts- und Nachbarortsverkehr die Stunden von 10 Uhr nachmittags bis 7 Uhr vormittags, für den inländischen Fernverkehr die Stunden von 9 Uhr nachmittags bis 8 Uhr vormittags.

Mit der Luftbarkeitssteuerordnung beschäftigten sich am Dienstagabend die einzelnen Fraktionen; sie wird aber am heutigen Donnerstag nicht verhandelt werden, sondern erst über acht Tage. Das Schicksal der Luftbarkeitssteuer hängt an einigen Stimmen. In der Fraktion der Alten Linken ist die Zahl der Gegner der Steuerordnung in letzter Zeit größer geworden. In der Fraktion der Neuen Linken ergab die Abstimmung die Ablehnung der Vorlage mit allen gegen zwei Stimmen. In der Freien Fraktion hielten sich Freunde und Gegner der Vorlage die Waage. Die sozialdemokratische Fraktion wird geschlossen gegen die Luftbarkeitssteuer stimmen.

Die Obstverwertung im Kreise Teltow

soll durch Gründung einer Obstverwertungsgesellschaft besser als bisher ermöglicht werden. Der Obstbau wurde durch Gewährung von Prämien schon seit Jahren vom Kreise Teltow gefördert. Jetzt handelt es sich um die Verwertung der Ernten. Der Landrat des Kreises Teltow veröffentlicht nun folgende Bekanntmachung: „Trotz der unmittelbaren Nähe der Reichshauptstadt vermag der einzelne Obstzüchter eine wirklich rentable Ausnutzung seiner Ernten nicht zu erzielen, da er meist nicht in der Lage ist, das für eine gewinnbringende Fruchtverwertung unerlässliche Sortieren und Aufbewahren des Obstes vorzunehmen. Auch erschwert ihm die leider meist zu große Verchiedenheit der Sorten den Absatz, da die Händler ungenügend ihren Bedarf in kleinen Mengen anlaufen. Alle diese Mängel bedingen, daß der Züchter für seine Ernten einen sehr niedrigen Preis erhält, der in keinem Verhältnis steht zu den durchaus nicht ungünstigen Marktpreisen. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für das schnell zerfunde und leicht verderb-

liche Stein- und Beerenobst, dessen Anbau nur dann rentabel sein kann, wenn die nicht sofort veräußlichen Ernten in einer konservierten Form zur Nachfrage bereit gehalten werden können. Diesen Nebelständen kann nur dadurch begegnet werden, daß die Interessenten der Obstzüchter in einer Stelle vereinigt werden, d. h., daß eine gemeinschaftliche Verwertung des Obstes eingeführt wird. Um das zu erreichen, wird die Gründung einer Obstverwertungsgesellschaft im b. G. im Kreise Teltow geplant, welche unter der Heberwachung des Kreises wirken soll. Die Gesellschaft stellt eine Sammelstelle für die Erzeugnisse der kreiseingewiesenen Obstzüchter dar. Die Ernten werden hier sortiert und in zusammengezoenen Mengen entweder sofort auf den Markt gebracht, oder als Spalobst, d. h. Tafelobst in Obsthäusern, bis zum wirklich rationellen Verkauf gelagert. Alles in frischer Form nicht rationell veräußliche und wenig haltbare Obst soll zu Marmelade, besonders auch zu Volksmarmelade und ähnlichem verarbeitet werden. Die beteiligten Obstzüchter erhalten den gesamten Ertrag, der sich nach Abzug der Betriebskosten und der begrenzten Verzinsung des Gesellschaftskapitals ergibt und zwar auf Grund der bei der Lieferung des Obstes ausgestellten Qualitätszertifikate. Ein Betrieb über diesen Rahmen hinaus ist nicht geplant, doch bleibt die Verwertung von marktfähigem Gemüse vorbehalten. Die Gesellschaft wird mit einem Stammkapital von 40 000 M., eingeteilt in 80 auf den Inhaber lautenden Anteile à 500 M. gegründet. Die Anteile werden zum Nominalwert zuzüglich 5 Proz. für Gründungskosten einschließlich Reichsstempel ausgegeben. Die Hälfte des gezeichneten Betrages nebst dem fünfprozentigen Zuschlag ist innerhalb 4 Wochen nach Aufforderung der Rest nach Erfordern einzuzahlen. Der Kreis wird sich — die Zustimmung des Kreisrates vorausgesetzt — mit einer größeren Summe beteiligen, den Betrieb überwachen und der Einrichtung auch weitere Unterstützung zuteil werden lassen. Wir richten an alle interessierten Körperschaften, Obstzüchter und Freunde unseres heimischen Obstbaues die Bitte, sich durch Übernahme ein oder mehrerer Anteile an dem gewiß erfolgreichen und segensreichen Unternehmen zu beteiligen und bitten, den Zeichnungsschein ausgefüllt möglichst innerhalb 14 Tagen an uns einzusenden.“

Schließlich wird noch mitgeteilt, daß bereits eine Anzahl Rittergutsbesitzer, auch die Stadt Berlin, ihre Beteiligung an der Gesellschaft zugesagt haben.

Ein Kirchendieb, der wiederholt, wie wir mitteilen, in der Paulskirche der Dominikaner in Moabit Damen während des Gottesdienstes die Handtaschen stahl, ist jetzt auch in Charlottenburg aufgetaucht. Hier gelang ihm gleich ein „großer Zug“. Denn die lederne Handtasche, die er einer Dame während der Abendandacht in der Herz-Jesu-Kirche entwendete, enthielt zwei Hundertmarkscheine, 230 M. in Gold und 76,50 M. in Silber. Verdächtig erscheint ein etwa 29 Jahre alter, 1,65 Meter großer Mann mit breitem Gesicht und Schnurrbart, einem abgetragenen Winterüberzieher und einem schlechten Anzug.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Dienstagabend gegen 8 Uhr in dem Hause Rüdersdorfer Straße 21 abgepielt. Im vierten Stockwerk wohnte die 31jährige Arbeiterin Margarete Prause bei den Hinterrischen Eheleuten. Am Dienstagabend kam die Prause nach Hause und fand die Korridorflur zu der Wohnung verschlossen. Da sie selbst keinen Schlüssel besaß, ging sie an das Treppensfenster und kletterte von dort aus an dem ziemlich breiten Sims entlang bis zu dem Küchenfenster, vor dem sich ein eiserner Gabel befand. Als die Prause das verriegelte Fenster eindringen wollte und sich dabei mit der rechten Hand gegen die Mauer stützte, gab der Wandbezug plötzlich nach, das Mädchen verlor das Gleichgewicht und glitt rücklings von dem Sims herab. Dabei verfang sich jedoch ihr Kopf an dem eisernen Gabel, so daß die Unglückliche zwischen Himmel und Erde schwebte. Auf das Hilserufen der P. wurden die Nachbarn aufmerksam, doch wußte niemand im ersten Augenblick, was zu tun sei. Endlich eilten einige Männer in die Hinterrische Wohnung, um von da aus das Mädchen aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Die Rettung kam jedoch zu spät. Infolge der Last riß das Kleid und die Prause stürzte kopfschief in die Tiefe, wo sie mit zerstückeltem Schädel tot liegen blieb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Der Mord in der Bohensstraße. Die verhafteten beiden jungen Männer, die sich selbst verurteilt gemacht hatten, sind vorgestern abend, wie gleich zu erwarten war, entlassen worden. Es ist jetzt ein Zeuge aus der Bohensstraße ermittelt worden, der Frau Schramm schon seit dem Jahre 1908, als sie in der Adlerstraße wohnte, kenn. Als er in der kritischen Nacht um 12 Uhr aus seiner Wohnung sich entfernte, sah er Frau Schramm vor dem Hause Bohensstraße 46, dem Schause auf der Südseite an der Hauptstraße, mit einem Mann zusammenstehen. Dieser sprach lebhaft auf sie ein, während sie mit dem Rücken an der Hausmauer stand. Der Mann ist etwa 1,60 Meter groß, also nur klein, hat ein pfeilförmiges Gesicht und trug eine blaue Schirmmütze, einen offenen dunklen Wüster und darunter einen dunklen Sweater ohne Krage.

Ein schwerer Automobilsfall ereignete sich gestern früh gegen 1/2 7 Uhr am Hallschen Tor. Dort wurde der 39jährige Schneider Hermann Verlach aus der Kürbringerstraße 2 beim Ueberschreiten des Fußgängerweges von einem Automobilbus der Linie 4, der aus dem Depot in der Baruther Straße kam und nach der Haltestelle am Wälderpfah fuhr, umgerissen und geriet unter den Kraftwagen. Das linke Hinterrad des Autos ging dem G. über das linke Bein hinweg, das unterhalb des Knies glatt abgetrennt wurde. Der Verunglückte erhielt auf der nahe gelegenen Unfallstation am Tempelhofer Ufer Notverbände und wurde von dort nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall trug sich gestern morgen gegen 7 Uhr in der Prinzenstraße, in der Nähe des Hochbahnhofs, zu. Dort betrat der etwa 37jährige Kaufmann Anton Herfel vor einem in der Richtung nach Schöneberg fahrenden Straßenbahnzug der Linie 41 das Gleis, wurde umgestoßen und geriet mit der linken Schulter und Hüfte unter den Schachrahmen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Bahnwagen angehoben und der Verunglückte befreit. In bewußtlosen Zustände wurde er, mittels Dreifache nach dem Urban-Krankenhaus gebracht, wo er jedoch unmittelbar nach seiner Einlieferung an den Folgen der erlittenen äußeren und inneren Verletzungen verstarb. Die von Passanten alarmierte Feuerwehr brauchte bei den Befreiungsarbeiten nicht in Tätigkeit zu treten.

Der Berliner Schlachthof aufs neue geputzt. Der Berliner Vieh- und Schlachthof ist gestern, wie die „Allgemeine Reichsberztg.“ meldet, von neuem wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche für den Abtrieb gesperrt worden. Die Seuche ist bei einem aus Grambow in Pommern stammenden Kalb Rindvieh festgestellt worden. Die Ausfuhr von Schlachttieren aller Art wird bedingungsweise gestattelt werden. Die Ausführbedingungen sind im Veterinärdepartement, Zimmer 36/37, zu erfahren. Der Viehhof mußte bis gestern nachmittags 5 Uhr gänzlich geräumt sein. Die Abschleppung des vom gestrigen Markt stammenden Viehes muß bis heute abend beendet sein.

Eine Störung im Straßenbahnverkehr trat gestern nachmittag an der Marzhalbrücke ein. Dort war einem Kohlenwagen der Firma W. Kicolai, Mühlentstraße, die Hinterradse gebrochen und das Gefährt sperrte die Straßenbahnlinie in der Richtung nach dem Brandenburger Tor. Durch den Rettungswagen der Straßenbahn wurde das Hindernis beseitigt. Während der Dauer der

Störung von 1.15 Uhr bis 1.50 Uhr verkehrten die Wagen der Linie 14 über Moltkebrücke, diejenigen der Linien 50, 51 und 57 durch Karlstraße über den Königsplatz.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich Mittwochvormittag in der Nähe des Bezirkskommandos in der General-Pape-Strasse. Dort verfuhr sich der 20jährige Wäderegele Georg Knoch aus der Goltzstr. 26 vor den Augen zahlreicher Passanten das Leben zu nehmen. Als er gerade im Begriff war, auf sich einen Schuss abzugeben, wurde er von einem von der Arbeit kommenden Schlosser, der den Lebensmüden schon einige Zeit hindurch beobachtet hatte, daran gehindert. Bei dem Versuch des Schlossers, dem K. die Waffe zu entreißen, entspann sich ein hartnäckiger Kampf zwischen beiden, bei dem schließlich der sich wie rasend gebärdende Wäderegele, der fortwährend ausrief, man möge ihn doch ruhig sterben lassen, die Oberhand gewann. Mehrere Personen, die den Vorfall beobachtet hatten, eilten hinzu, worauf der hornnädige Selbstmordkandidat die Flucht ergriff. Wäderegele blieb K. stehen und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Schwerverletzte wurde nach der Krankenstube des Bezirkskommandos geschafft, wo ihm der diensttuende Arzt einen Notverband anlegte. Von dort wurde Knoch nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus übergeführt, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt. Die Kugel ist so tief in das Gehirn eingedrungen, daß sie bisher nicht entfernt werden konnte. Das Motiv zu der Tat ist unbekannt.

Von der Straßenbahn überfahren wurde gestern Abend in der neunten Stunde vor dem Hause Wrangelestr. 66 ein etwa 10jähriger Radfahrer. Der junge Mann erlitt durch den Unfall so schwere Verletzungen, daß er nach dem Krankenhaus Bethanien transportiert werden mußte.

Von dem Sechstage- oder besser Sechsnächte-Rennen sind wieder drei schwere Stürze zu berichten. Es stürzten Demke, Marx und schließlich Lorenz, der mit Salchow eine ausschließliche Mannschaft bildete und zwar so schwer, daß alle drei ausscheiden mußten. Es soll der letzte Unfall dieser Art sein, wenn die „Rat-Plig.“ recht unterrichtet ist. In führenden Kreisen der Berliner Polizei ist man der Ansicht, daß eine nochmalige Genehmigung der Sechstage-Rennen in Berlin nicht erfolgen wird. Man sieht jetzt auf dem Standpunkt, daß diese Wettrennen jeden sportlichen Charakter verloren haben und eine Herabwürdigung des menschlichen Körpers zur Maschine darstellen. An den Polizeipräsidien und den Minister des Innern ist jetzt eine Petition von hervorragenden Hygienikern und offiziellen Vertretern der öffentlichen Gesundheitspflege gelangt, die sich gegen die „Insulte“ der Sechstage-Rennen wendet, und da die Regierung dieser Petition sympathisch gegenübersteht, so ist vorauszusetzen, daß die Sechstage-Rennen in ganz Preußen verboten werden. Besonders kommen für ein Verbot die zahlreichen, mehr oder minder schweren Unfälle der Fahrer in Betracht, die infolge der Ueberanstrengung die notwendigen Vorsichtsmaßregeln außer acht lassen.

Das Theater Sanssouci, Kottbusser Straße 6, am Kottbusser Tor, ist in eine Lichtbildbühne umgewandelt worden. Die Eröffnung findet Freitag, den 31. d. M., 7 Uhr, statt.

Leistung. Für den Verein Arbeiter-Jugendklub gingen bei dem Unterzeichneten ein: 17,30 M. Ueberschuß der Frauengilde von den Frauen der II. Abt. d. 6. Kr. 29,95 M. von der Frauenklasse der Abt. Seeler u. C. G., Br. Str. 15, — M. von den organisierten Hausdienern der Firma Veel u. Cloppenburg, (alt) Wärsstr. 11, — M. von der Mechanischen Werkstat. G. Goehle, Bontow, (alt) Wärsstr. 9,05 M. von den Kollegen der U. C. G., Br. Str., Abt. Lehmann, 9,99 M. von den Patienten der Heilmittel-Beckh, Ueberschuß vom Wärsstr. 16,30 M. Ueberschuß von der Krankenkasse für die Wärsstr. 10, — M. von der Firma K. Koller, Wärsstr. 24, 10, — M. Ueberschuß vom Wärsstr. 10, — M. Ueberschuß, 4 Kr. Abt. 20, — M. Ueberschuß der händl. Gaswerke (Centralgaswerk), 0,70 M. 4. Kreis Wahlbezirk 336, 34,50 M. Arbeiter der Möbelfabrik M. u. Franz Berndt, St. Rosenfeld, an der Spandauer Brücke 1a.

Eine Tasche mit Abrechnungsbüchern sowie 150 Beitragsmarken a 70 Pf. des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat ein Metallarbeiter in dem morgens 6 Uhr 23 Minuten von Nixdorf nach Schöneberg fahrenden Zuge liegen lassen. Wir eruchen den Finder, dieselbe in unserem Bureau, Charlottenstraße 3, abzugeben.

Direktverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Majorität der bürgerlichen Stadtverordneten pfeift nicht nur auf die Bedürfnisse der Einwohner. Um die „Auspöwerung der Reichs zugunsten der Armen“ zu verhindern, scheuen diese Sorte Stadtväter selbst vor einem glatten Vortruch nicht zurück. Vor nunmehr 13 Jahren wurde eine Kommission gewählt, die im Auftrage der damaligen Gemeindevertretung den Bau eines Krankenhauses vorbereiten sollte. Kämpfe und zwar harte Kämpfe um die Verwirklichung dieser Aufgabe spiegeln sich in den Berichten wieder, die über die Tätigkeit oder besser Nichttätigkeit der Kommissionsmitglieder und ihrer diversen Nachfolger in die Öffentlichkeit drangen. Schließlich konnte man die Geduld der Einwohner nicht mehr länger auf die Probe stellen; das „notwendige Uebel“ gewann festeren Formen. Die königliche preussische Regierung machte den Bau eines Krankenhauses zu einer der Bedingungen, unter denen das Dorf Lichtenberg Stadt werden sollte. Von der bürgerlichen Mehrheit wurde auf jeden Protest gegen die „Verkümmerung des Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungrechtes“ verzichtet. Wieder waren vier volle Jahre ins Land gegangen und wieder einmal wurde die „Krankenhausbaukommission“ neu gewählt bezw. ergänzt. Programme, Projekte entstanden, um den Bauplatz tobte ein heißer Kampf. Alles, alles sollte nur der „Gründlichkeit“ dienen und ein Zeichen des „Verantwortlichkeitsgefühls“ sein. Unterdessen durften die Unglücklichen der 80 000 Einwohner zählenden Stadt Lichtenberg, bei denen die Krankenhausbaukommission nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig war, im Krankenhause oder sonstwie tagelang in Berlin und anderen Vororten herumirrend vergeblich an den Porten der dort schon längst bestehenden Krankenhäuser anfragen. In Lichtenberg wird eben „gründliche“ Arbeit gemacht. All den Programmen und Projekten fehlen endlich Beschlüsse. 202 Seiten sollte nach den Beschlüssen der neuerdings gewählten Kommission der erste Bauabschnitt bringen! Aber jetzt fängt man hinter den Kulissen wirklich an zu arbeiten. Da Berlin doch bei Lichtenberg liegt, war mit einem Male keine Rollendigkeit vorhanden für soviel Betten, sinemal Lichtenberg doch erst knapp 82 000 Einwohner habe! So und ähnlich wurden die Vertreter der Großgrundbesitzervereine zur Rechenschaft gezogen. Der Magistrat beschloß, zunächst 225 Betten einzurichten. Eine dahingehende Vorlage gelangte an die an Gründlichkeit gewohnten Stadtväter zur Beratung. Und was geschah? Vom Redner der Majorität wird Vertagung der Beratung beantragt. Wieder legt die treibende Kraft ein: die sozialdemokratischen Stadtverordneten wehrten sich dagegen. Ein heißes Ringen entstand um die endliche Möglichkeit, noch in diesem Jahre mit dem Bau beginnen zu können. Da erlöste aus den Reihen der „Gründlichen“ der Ruf: „Ruh! und doch nur noch 14 Tage Zeit. Wir wollen ganz gewiß keine Verschleppung, nur ist die Vorlage zu kurze Zeit in unseren Händen und — hat es 13 Jahre gedauert, dann machen es 14 Tage auch nicht aus. Aber über 14 Tage ganz bestimmt! Vertrauen Sie uns!“

Heute am 30. März sind die 14 Tage um! Heute sollte nach den Versicherungen der bürgerlichen Majorität die Vorlage beraten werden! Heute, Donnerstag, ist — keine Sitzung! Ein Wui! den Wortkräftigen. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben mit vollem Recht der Frage die Schelle umgehängt. Jetzt liegt es an den Einwohnern, dafür zu sorgen, daß auch in der letzten Familie ein solches Treiben bekämpft wird.

Einem schrecklichen Tod fand das 6 Jahre alte Töchterchen des Tischlers Krich aus der Waingerstr. 25. Die Kleine wurde gestern nachmittags von dem Hunde eines Schlächtermetzgers aus der Nachbarstraße angefallen und erschreckt zugerufen. Die Rettungswache verband der Unglücklichen die Wunden und ließ sie dann nach der Charité bringen. Dort ist sie aber im Laufe der Nacht ihren Verletzungen erlegen.

Schöneberg.

Das Auge ausgeschossen. Das unvorsichtige Pantieren mit einer Schußwaffe hat wiederum einen schweren Unfall herbeigeführt. Als vorgestern Abend gegen 9 Uhr der 32jährige Rutscher Gustav Kuback aus der Schwerinerstr. 8 mit seinem Fuhrwerk die Wärsstraße passierte, machte sich der neben ihm sitzende Rutscher mit einem Revolver zu schaffen. Als er dem B. den Revolver aus der Waffe erklären wollte, kam er dem Hahn zu nahe, der Revolver entlud sich und die Kugel drang dem Rutscher in das rechte Auge. Der Schwerverletzte wurde von Passanten nach der Unfallstation in der Borbergstraße gebracht, wo er die erste Hilfe erhielt, und von dort nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße überführt. Das verletzte Auge wird wahrscheinlich die Sehraft gänzlich verlieren.

Steglitz.

Ein tragischer Vorfall ereignete sich vorgestern bei einem Ausfluge, den der Lehrer Seiffert von der III. Gemeindefschule mit mehreren Schülern unternommen hatte. In Schmödowitz, wo Lehrer und Kinder in einem Boske eingekerkert waren, gingen mehrere Kinder in ein Nebenzimmer und fanden dort ein Gewehr vor. Beim Pantieren damit entlud sich das Gewehr plötzlich, wobei der 14jährige Schüler Kind schwer verletzt wurde. Die Ärzte hoffen, den Knaben am Leben zu erhalten. Heute sollte er eingeeignet werden.

Friedrichshelde.

Der Gemeindevertreter Genosse Hinzler ersucht um, unter Bezugnahme auf den letzten Gemeindebericht um Aufnahme folgender Forderungen: Der Berichterstatter hebt besonders hervor, daß gegen die Festsetzung der Grundsteuer auf 2,6 pro Mille für bebauten und 5,2 pro Mille für unbebauten Grundbesitz nur Genosse Dehler gestimmt habe. Hätte der Berichterstatter Forderung mit den sozialdemokratischen Vertretern genommen, dann wäre er darüber aufgeklärt worden, daß weder sachliche noch prinzipielle Gründe der Zustimmung zu der Abänderung entgegen standen. Grundprinzip war, das Verhältnis von 1 zu 2 herzustellen. Auch die Darstellung betr. des Sparguthabens ist nicht richtig. Die Verwendung des Sparguthabens zur Tilgung einer Kassenleihe mag unbedenklich sein; finanzpolitisch hielt ich jedoch diese Maßnahme nicht für richtig und deswegen protestierte ich gegen diese Verwendung. Begründend führte ich aus, daß es richtiger wäre die Rücklagen zu vermehren. Man könnte dann später diese Summe an Stelle einer kleineren Anleihe verwenden. Den Schlußsatz vertrat nicht Genosse Dehler, sondern ich. Mein Antrag, an Stelle der früheren 120 M., welche gestrichen waren, 200 M. für jede der 4 Schulen für warme Milch einzusetzen, wurde angenommen.

Ragel (Nieder-Barnim).

In einer gut besuchten Volksversammlung referierte am hiesigen Orte Genosse Hildebrand über das Thema: „Rieber mit der Reaktion“. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. Die Konjekturen unter Führung eines Försters, die offenbar erschienen waren, um in der Versammlung Störung zu verursachen, verhielten sich, nachdem sie sahen, welchen Eindruck das Referat auf die Anwesenden gemacht hatte, ruhig. Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Rausch-Stralau, in welchem er die Versammelten zum Eintritt in die Organisation aufforderte, hatte die imposante, vom besten Geist besetzte Versammlung ihr Ende erreicht.

Wittenau-Vorsigwalde.

Aus der Gemeindevertretung. Die Stabsberatung wurde vertagt, da die bürgerlichen Vertreter noch acht Tage Zeit beanspruchten, um sich in dem Zweimillionenetat zurecht zu finden. Mit der Stadt Berlin und der Gemeinde Blankenfelde schweben Verhandlungen wegen Durchlegung des Druckrohres nach dem Rieselsgut Schönerlinde. Blankenfelde fordert eine einmalige Abfindungssumme von 25 000 M. und 15 Pf. pro laufendem Meter Ankerunterhaltung durch den Zweckverband; sollte Blankenfelde die letzte Bedingung zurücknehmen, so wird das Druckrohr von der Eichbornstraße durch die Charlottenburger-, Rosenhaleerstraße, Oranienburger Chaussee, Libarkestraße durch Blankenfelde verlegt werden. Der Gemeinde Nieder-Schönhausen wird der Eintritt in den Sanifikationszweckverband gestattet, wenn die Gemeinde sich verpflichten jährlich 6000 M. bis zum endgültigen Beitritt zu leisten, um alsdann den vollen auf ihr fallenden Beitrag zu zahlen. Die Nachforderung der Firma Goodson für die Sanifikationslose I und III rief eine längere Debatte hervor. Gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion war die Arbeit mit 238 000 M. vergeben worden, hierbei wurde in dem Vertrag für etwaige Reherleistungen bei hohem Wasserstand extra Zahlung vereinbart. Die Firma Goodson hatte nun für Reherarbeit eine Schlussrechnung von 123 526,75 M. eingereicht. Als die Firma aber nun eine zweite Schlussrechnung über 136 526,75 M. einreichte, wurde die Reherforderung von 13 000 M. für unbefristet vom Bauamt abgelehnt, begleichen die Forderung über 4603 M. Die Angelegenheit soll einem Schiedsgericht zur Regelung unterbreitet werden. Die Herren verstehen es meisterhaft, die Gemeinde als melkende Kuh zu benutzen. Die Firma Liebold, die bekanntlich den gemauerten Hauptkanal ausgeführt hatte, reichte vor einem Jahre eine Schlussrechnung in Höhe von 51 000 M. ein, die anstandslos bezahlt wurde, jetzt kommt diese Firma ebenfalls mit einer nochmaligen Schlussforderung. Man darf auf den Urteilspruch des Schiedsgerichts gespannt sein. Eigenartige Mißstände herrschen auch am Orte bei Vergütung von Gemeindefreien. Bei der Rothauspflasterungsarbeit wurden drei Firmen aufgefördert, ihre Offerten einzureichen; die Firma Baumann forderte 18 882 M., die Firma Schier 19 678 M. und Riessche 20 181 M. Die Firma Schier wurde merkwürdigerweise nochmals ersucht, eine zweite Offerte abzugeben, und siehe da, sie forderte jetzt 18 694 M. Genau so wird es bei den Tischlerarbeiten gemacht. Nachdem die Gemeindevertretung sich eine halbe Stunde über die Vergütung dieser Arbeiten unterhalten hatte, stellte sich durch eine Anfrage des Herrn v. Vorsig heraus, daß die Arbeiten schon vergeben und auch zum größten Teil geliefert worden sind. Diese Mitteilung rief bei den Anwesenden einiges Erstaunen hervor. Der Etat soll in einer Sitzung am Donnerstag beraten werden.

Reinickendorf.

Etatberatung. Die „Friedhofverwaltung“ schließt in Einnahme und Ausgabe mit 11 800 M. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes wird beschlossen, den alten, an der Oranienburger Chaussee belegenen Friedhof an einzelnen Stellen neu zu belegen, da derselbe wegen mehrerer noch nicht belegten, aber bereits gesicherten Grabstellen doch erst in etwa 50 Jahren geschlossen werden kann. Der Etat der Straßen- und Wegeverwaltung, Straßenbeleuchtung und -reinigung erfordert einen Zuschuß von 173 500 M. Dies ist der Etat, der bei uns stets am tiefmüttesten behandelt wird. In diesem Jahre waren für Straßenampflasterungen usw. 18 000 M. vorgesehen. Die Finanzkommission hatte diese Position schon auf 11 000 M. ermäßigt; die Gemeindevertretung aber setzte sie sogar auf 6000 M. herab, was unseren Genossen Höpfer veranlaßte, den bürgerlichen Herren den Rat zu geben, doch lieber gleich das Pflaster aufzureißen und auch die Steine zu verkaufen. Und dieser Rat ist berechtigt, denn in schlechterem Zustande als in Reinickendorf können die Straßen nirgends sein. „Es fehlen die Mittel“, war die einzige Antwort. Als aber unser Genosse Höpfer darauf hinwies, daß die Gemeinde

für die Grundbesitzer zwei Drittel der wirklichen Kosten der Straßenreinigung bezahle und verlangte, daß auch diese von den Straßenanliegern getragen würden, wodurch der Gemeinde etwa 50 000 M. jährliche Ausgaben erspart würden, waren die Herren sehr empört darüber, daß die Gemeinde gar nichts für sie tun wolle. Herr Müller bezweifelte sogar, daß sich in Reinickendorf eine Oberbank gebildet habe und drohte bei etwaiger Erhöhung der Reinigungslosten im Namen der Grundbesitzer mit Klage. Obgleich die Herren Becker und Reichhelm unseren Genossen zustimmen mußten, wurde der Antrag natürlich abgelehnt. An Stelle der jetzigen elektrischen Beleuchtung einzelner Straßen soll in diesen auf Antrag des Gemeindevertreters Nikolaus die Gasglühlichtbeleuchtung eingeführt werden. Ein früherer Antrag unserer Genossen, den erkrankten Arbeitern in Krankheitsfällen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zu bezahlen, wurde nach längerer Debatte einer viergliedrigen Kommission überwiesen, der außer den Herren Becker und Dr. Kühnemann unsere Genossen Oßl und Köhn angehören. Die Sanifikationsverwaltung schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 145 500 (138 000) M. Etwa 3,30 M. sind von den Hausbesitzern pro 100 M. des Nutzungswertes ihrer Grundstücke an Abgabe für die Sanifikation zu zahlen. Das Wasserwerk schließt mit einem Ueberschuß von 38 500 M. ab. Der Gemeindevorstand schlägt vor, davon 8000 M. an einen zu bildenden Fonds abzuführen und den Rest für allgemeine Ausgaben mit zu verwenden. Leider war auch diesmal das Bemühen unserer Genossen, den gesamten Ueberschuß dem Fonds zu überweisen, ohne Erfolg. Den Etat des Industriegebietes glaubt man in diesem Jahre erstmalig durch seine Einnahmen balancieren zu können. 694 000 M. erfordern die von der Gemeinde aufgenommenen Anleihen in Höhe von 13 467 000 M. an Zinsen, Amortisation und Verwaltungskosten. Der Etat der außerordentlichen Verwaltung balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1 080 000 M. Die Einnahmequelle ist der Pump; 930 000 M. werden auf diesem Wege zusammengebracht und 218 200 M. werden davon verwendet, um die Zinsen früherer Schulden zahlen zu können. Die Politik des Bankrotteurs! Vor Beratung des Steueretats, des großen Ausgleichers, wurde noch schnell eine neue Hundesteuer beraten; soll diese doch 12 950 M. mehr einbringen als früher. Für die abgelaufenen 1700 Augusthunde soll eine Steuer von 80 M. pro Jahr erhoben werden, alle anderen Hunde sollten nach dem Willen des Gemeindevorstandes mit 10 M. versteuert werden. Als nach langer heftiger Debatte abgestimmt wurde, fand der erste Antrag Annahme, der zweite, die Wad- und Fiehhunde betreffende, aber wurde abgelehnt. Große Verblüffung herrschte im Saale, als der Vorsitzende verkündete, daß hierdurch ein Einnahmeausfall von 7000 M. entstehe, der nun auf eine andere Weise zu decken sei. Genosse Oßl beantragte nun, die Gemeindegrundsteuer um 10 Pf. pro 1000 M. Grundwert, d. h. für den bebauten Grundbesitz von 2,7 pro Mille auf 2,8 pro Mille und für unbebauten Grundbesitz von 5,4 pro Mille auf 5,6 pro Mille zu erhöhen, wodurch sich eine höhere Einnahme von zirka 20 000 M. hätte erzielen lassen oder die Erhöhung der Beiträge der Anlieger des Industriegebietes und zwar in der Höhe, daß die Selbstkosten der Gemeinde gedeckt würden, was wieder zirka 18 000 M. Einnahme ergeben hätte. Aber da kam er sehr schlecht bei den Herren der Majorität an, wofür sind sie denn in der Mehrheit. Sie lehnten beide Anträge ab — und besteuerten auch die Wad- und Fiehhunde. Bedinglich die Fiehhunde und die Hunde der Bauwächter sollen nochmal verschont bleiben. Sechs der beratenen Etats hatten bis dahin mit einer Zuschußforderung von insgesamt 1 232 500 M. abgeschlossen, 30 500 M. Ueberschuß der Wasserwerke standen dieser Summe allein an Einnahmen gegenüber, so daß noch 1 171 500 M. durch Steuern zu decken waren. Nach längerer Debatte wurde beschlossen zu erheben: 120 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer als Gemeindeeinkommensteuer mit einem Ertrage von 393 000 M. Von der Gewerbesteuer werden erhoben 250 Proz. in der 1. und 2. Klasse mit 60 000 (68 750) M.; 150 Proz. in der 3. und 4. Klasse 34 500 (30 000) M. Von der Betriebssteuer wird ein Zuschlag von 100 Proz. mit 4000 M. (wie im Vorjahre) erhoben. Die Grundwertsteuer wird in den schon erwähnten Sätzen erhoben und soll 526 500 (507 600) M. bringen. Die Bier- und Brausteuer ist mit 29 000 (26 000) M., die Luftfahrzeugsteuer mit 5000 (5000) M., die Wertumschlagsteuer mit 89 000 (89 000) M., die Umschlagsteuer mit 150 000 (150 000) M. und die Hundesteuer mit 27 950 (15 000) M. daran. Von diesen Einnahmen sind abzuführen an den Kreis 111 600 (96 000) M., so daß dieser Etat nach Berücksichtigung von diversen kleineren Einnahmen und Ausgaben mit einem Ueberschuß von 1 202 000 M. und der Gesamtetat in Einnahme und Ausgabe balancierend mit 4 128 000 M. abschließt.

Spandan.

Mit dem 1. April 1911 belegen wir unsere „Vorwärts“-Ausgabestelle von Jagowstr. 9 nach Breitestr. 64 (Baden). Die Morgenausgabe am Sirensplatz 18 wird mit dem Tage eingestellt. Die Abonnenten, welche bis dahin dort ihren „Vorwärts“ erhalten, können die Zeitung vom 4. April an in der neuen Ausgabestelle, Breitestr. 64, in Empfang nehmen. Die Hauptexpedition.

Jugendveranstaltungen.

Adlershof. Der vom Jugendausflug von Adlershof, Bohnsdorf, Grünau und Alt-Glennide arrangierte Lichtbildvortrag „Eine Reise nach Norwegen“ findet heute nicht statt. Derselbe wird eine Woche später, am Freitag, den 7. April, gehalten werden.

Amlicher Marktbericht der kaiserlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr unbedeutend, Geschäft reger, Preise fest. Getreide: Zufuhr nicht ausreißend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten.

Wasserstand		Wasserstand			
am 28. 3.	letzt 27. 3.	am 28. 3.	letzt 27. 3.		
cm (m)	cm (m)	cm (m)	cm (m)		
Remel, Mühl	298	+5	Seals, Spandau	136	+34
Regel, Ankerberg	117	+16	Gabel, Ehrenberg	140	0
Beigels, Thom	270	-14	Kathenow	177	+2
Ober, Rathor	286	+18	Spree, Sternberg	172	+50
• Strohen	241	-3	Seeslow	196	-2
• Frankfurt	254	-2	Seier, Rindan	19	+23
• Schrimm	222	0	• Rindan	78	+1
• Landsberg	244	-6	• Rhein, Raminillandau	388	-2
Rege, Borsdamm	111	-7	• Raub	229	+25
Eide, Weitmierz	116	+14	• Rölln	250	+29
• Dresden	—	+2	Redar, Heilbronn	163	+21
• Barby	243	+6	Rain, Berthelm	190	+5
• Magdeburg	195	-2	Rojel, Litz	242	+58

+) bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterpegel, — ?) einzelne Schollen, treibend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sprechst. — wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufschlag und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erzieht. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. B. 86. Die Veranlagung erfolgt in der Regel nach dem Einkommen des abgelaufenen Kalenderjahres. Sind Sie während desselben länger als zehn Wochen erwerbslos gewesen, so kommt das voraussichtliche Einkommen des Steuerjahres in Betracht. — G. R. 61. Nur dann, wenn Sie Ausländer sind, haben Sie Anspruch auf den deutschen Betrag der Jahresrente. Sind Sie Ausländer, so empfiehlt sich die Weiterempfehlung. — W. C. 52. Sie nehmen an, daß es sich um einen Empfänger von Invalidenrente gehandelt hat. Abdam besteht keinerlei Anspruch. — G. B. 1617. 1. Die Unwarschaft auf Grund der früheren Beiträge lebt erst dann wieder auf, wenn von den 200 Beiträgen neueren Datums

mindestens 100 auf Grund der Versicherungspflicht geleistet sind. Soweit vor Entschieden, ist dies bei einem nicht der Fall, so daß zu dem Zweck mindestens 500 Beitragswochen geleistet sein müssen. 2. Selbstversicherer. — Schiller. Durch Adoption (Annahme an Kindesstatt) wird die Staatsangehörigkeit eines Ausländers nicht begründet. — C. R. 99. Rein. — S. C. 800. 1. Rein. 2. Nur durch einen Rechtsanwalt bei dem Landgericht, in dessen Bezirk die Frau wohnt, Klage auf Erlass des Vollstreckungsurteils gegen die Frau. — 100 S. 1. Durch Aufenthalt wird die preussische Staatsangehörigkeit nicht erworben. 2. Rein. — Steuer 13. Rein. — C. R. 36. Den zu viel geforderten Betrag können Sie im Termine bestreiten. — W. H. 1882. Rein. Sie können gegen den Verein klagen. — G. W. 300. 1. Ja. 2. Wenn das Kind in Berlin gezogen wird, 25 bis 30 M. monatlich. — C. R. 26. Ja. Das ist aber in diesem Falle nicht zurechnungsfähig. — G. W. S. 73. Dafür sind die Statuten maßgebend. Nach dem Gesetz besteht eine Erbschaftspflicht nicht. — C. R. 27. Rein. — W. G. S. 18. 1. Nur dann, wenn die Frau außerhalb W. sich selbst zu

unterhalten. 2. Ja. Windelstraße 1 Tag Gefängnis. 3. Wegen veränderter Unterhaltspflicht und Einkommensverhältnisse ja. — W. R. 123. Rein. — P. S. 11. Reklamieren Sie. Das Gesetz schreibt im § 20 vor, daß Ermäßigung bis zu drei Stufen erfolgen kann, wenn z. B. andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle vorliegen. — P. S. 28. 1. Leider nicht. 2. Hund für Winterhahn, Wilmersdorf, Trautenaustrohe W. 3. In der Buchhandlung Vorwärts erhältlich. — P. S. 60. Die Witwe eines Renteneinnehmers hat nach § 39 des Vermögensverfügungsgesetzes einen Anspruch auf Zahlung der von dem Verstorbenen bezogenen Beträge für die auf den Erbmonat folgenden drei Monate. Ferner haben Witwen Anspruch auf Wittwengeld im Betrage von mindestens 300 M. jährlich, wenn der Mann während der Zugehörigkeit zum aktiven Heere entweder infolge einer Dienstbeschädigung oder nach sechsjähriger Dienstzeit, oder infolge einer Dienstbeschädigung vor Ablauf von sechs Jahren nach der Entlassung aus dem aktiven Dienst gestorben ist. Antrag ist an das Bezirkskommando zu richten. — W. P. 74.

Wenden Sie sich an den Pfarrer des betreffenden Kirchspiels. Antrag auf Namensänderung — zu unterscheiden von der Berechtigung der Eintragung im Kirchenbuch — ist an das Polizeipräsidium Berlin zu richten. — P. S. 666. 1. Bei einem Notar. 2. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 3. Rein. — Prager 11. Die Einsegnung ist zulässig, aber von dem Ermessen des Pfarrers abhängig. — P. H. 1001. Ja, da die Sachen zu den unentbehrlichen im Sinne des Gesetzes gehören. — P. S. 54. Ja. — P. S. 99. Wenn Sie ein Einkommen von mehr als etwa 100 M. monatlich haben, sind Sie zur ratenweisen Deckung verpflichtet. — P. S. 55. Ja. Der Anspruch verjährt erst in dreißig Jahren. — G. L. C. Es kann auch Verstrahlung erfolgen. — P. S. 1000. 1. Einreden. 2. Vor die Gerichtsstelle beim Amtsgericht Berlin-Mitte unter Angabe des Namens. — C. R. 100. Sie sind ersatzpflichtig. — Erbschaft. Sie haben an Ihre Stiefmutter noch jezt den Anspruch auf Inventarisierung und Auseinanderlegung bezüglich des Nachlasses. Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 30. März
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Cestra.
Königl. Schauspielhaus. Ein
Schrift vom Wege.
Deutsches Haus. 2. Teil.
Anfang 8 Uhr.
Königl. Oper-Theater.
Schiller's Jagdbräut.
Kammertheater. Samaran.
Leffing. Glaube und Heimat.
Neues Schauspielhaus. Maria
Stuart.
Meines. Der Selbstmörder.
Neues Operetten. Die schöne
Nisette.
Berliner. Bummelstudenten.
Weden. Die lustigen Abteilungen.
Neues. Rein erlauchter Anberr.
Komische Oper. Die Bohème.
Kunstspielhaus. Die grüne Reine.
Trianon. Nipholtes Abenteuer.
Weidens. Fernands Ehekontrakt.
Thalia. Polnische Kirchturm.
Schiller O. (Wagner-Theater).
Gabriello der Fischer.
Schiller Charlottenburg. Der
Traum ein Leben.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Eine Ehe.
Volkoper. Die Dollarprinzessin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Der kritische Tag.
Möbner. Der Feldherrnhägel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kofe. Keutnant der Reserve.
Herrnsfeld. Scheidungs-Souper.
Bar-Schwester.
Folies Caprice. Soll und Haben.
Ein lediger Ehemann. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Metropol. Gurra — Wir leben
noch!
Kofino. Kulle Wippen.
Wofke. Spezialitäten.
Wafoge. Spezialitäten.
Kofa. Die Millionenbraut.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. Im Dome
des Beland. Reapel, Delus, Lona-
felder usw. Französische Riviera.
Waldhain. Bravo! Bravo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)
Jutimes. Ein fataler Moment.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Mit dem deut-
schen Kronprinzen durch Indien.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dr. O. Bongard: Mit dem deutschen
Kronprinzen durch Indien.
Kaiser-Panorama.
Lustschloß Schönhausen u.
Gemeiner. Letzte Woche:
Im Bankrott des Vesuv.
1 Reihe 20 Pf., 2. Reihe 10 Pf.
Abonnements 1 M., 2. M., 3. M., 4. M., 5. M., 6. M., 7. M., 8. M., 9. M., 10. M.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die grüne Reine.
Berliner Volkoper
Welle-Wianzelstraße 7/8. — 1/2, 9 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr Uraufführung:
Der kritische Tag.
Freitag: Aus erster Ehe.
Sonnabend: Benefiz für Fel. Kana
Rahleberg: Aus erster Ehe.
Metropol-Theater.
Gurra!
Wir leben noch!
Große Aufführungsscene in 7 Bildern
v. R. Freund. Musik v. B. Dolander.
Die Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Randen gefaltet.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Vorletzter Tag
des phänomenalen Märchenprogramms.
Abends 9 1/2 Uhr:
Berlins Tagesgespräch:
Alwin Neuß
Tony Tetzlaff
in Berezis.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.
Eine Burleske in 4 Akten v. G. Prezzang.
Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maria und Magdalena.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gabriello der Fischer.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Akten
von Franz Grillparzer. G. 10 1/2, 11
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Nathan der Weise.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Heute: Gastspiel
des K. K. Hofball-Musik-Direktors
C. M. Ziehrer
mit seinem aus
65 Wiener Künstlern bestehenden Orchester.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Freie Volksbühne
Neues Schauspielhaus
„Die Wiederkehr.“
Agnes Bernauer.
Leffing-Theater
Das Konzert.
Vor Sonnenaufgang.
Thalia-Theater
Operette
Die schöne Helena.
Moral.
Reffing-Theater
Die 300 Tage.
Herrnsfeld-Theater
An d. Reiches Pforten.
Die Einladungen zur Extravertikung im Leffing-Theater
am 1. Osterfesttag, den 16. April, werden in den Zahlstellen an-
gegeben.
24/13
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Glaube und Heimat.
Freitag und Sonnabend 8 Uhr:
Glaube und Heimat.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Morgen: Bummelstudenten.
Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Anberr.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Abteilungen.
Sonn. 3 1/2, 11: Die geschiedene Frau.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Feldherrnhägel.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Fernands Ehekontrakt.
Schwank in 3 Akten von Georges
Feydeau. In deutscher Bearbeitung
von Benno Jacobson.
Sonn. 2. April, nachm. 3 Uhr:
Pariser Menu.
Morgen und folgende Tage:
Fernands Ehekontrakt.

WINTERGARTEN
Vorletzter Tag!
Olga Desmond
Robert Steidl
und eine Aulose
hervorragender
Kunstkräfte!
Rauchen gestattet.
Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hedi Herdina.
Loi-Hoi-Tschen
Chinesentruppe
und das große neue März-
Programm.
14 Varietè-Neuheiten.

Theater Sanssouci
Lichtspiele
Kottbuser Str. 6, am Kottbuser Tor
Hochbahnstation.
ca. 1500 Plätze.
Eröffnung
Freitag, 31. März
7 Uhr.
Großartiges Programm.
984b

Excelsior - Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße).
Von jetzt ab bringen wir jede Woche
etwas Außergewöhnliches.
Wir beginnen ab 25. März — bis 31. März einschließlich — mit
Locusta, die Giftmischerin.
Ab 1. April wird: Großstadtversuchung, Sittengemälde
in 3 Akten, das Tagesgespräch Rixdorfs sein.
Anfang Wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachmittags.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsator
Größter Konzertsaal Berlins
Am 30. und 31. März 1911:
Gastspiel von
Johann Strauß Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entrees 50 Pf., Reserv. Platz 75 Pf.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Donnerstag, den 30. März, 8 Uhr:
Zum 1. Male:
Eine Ehe.
Drama in 3 Akten v. G. R. Jacoby.
Freitag: 2 x 2 = 5.
Sonnabend: 2 x 2 = 5.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N. Brunnensplatz 16.
Großer Lagerhof!
Die Millionenbraut.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten.
Anf. 8 1/2 Uhr. Vorzugskarten gültig.
Morgen zum letztenmal: Deborah.

Herrnsfeld
Theater
Sensations-Erfolg
der drei Novitäten
mit Anion Herrnsfeld
Donat Herrnsfeld
Martin Bendix
in den Hauptrollen:
Das Scheidungs-Souper
von Julius Herst.
Ein Verlobungsgeschäft
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Die Bar-Schwester
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorderkauf 11-2 Uhr Theaterkasse.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 30. März:
Julie Wippen.
Ab 31. März: Zwei Wappen
von Blumenthal und Radelburg.
Sonn. 3 1/2, 11: Oah und Liebe.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 30. März 1911:
Der Trompeter
von Säckingen.
Kassensöffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2, 11 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Karl Haverland-
Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Heute neue Burleske
sowie
erstklassige Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum letzten Male:
Kuhlickes
Varietè-Theater
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 30. März 1911,
abends 7 1/2 Uhr:
Automobil-
Ueberholungs-
rennen in d. Luft
Größte Sensation
ausgeführt von La bella Georgina
und ihrem Partner. 9 1/2 Uhr:
Der große Coup
der Schunggler.
Sorb. die übrigen Attraktionen.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Soll
und
Haben.
Ein lediger Ehemann.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind!
Zwei Mütter — ein Kind!
Lebend zu sehen!
Täglich von 11-1 u. von 3-10 Uhr.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Königsstadt-Kasino.
Goldmühlstr. 72.
Novität! Der Novität!
Weltmeister-Boxer.
Gefangenschaft von Ely und Schlotter.
Original! Boxkampf Original!
zwischen Bertalhofmann u. Franz Sobanski.
Neue Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 9 1/2 Uhr.

Theater & Weddings
Neuer
Spielplan.
Musikkapelle:
Dir. Max Neumann, Wien.
Nachmittags von 5-8 Uhr wird
jedem Besucher
eine Probetasse Blookers Kakao
gratis verabreicht.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.
Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vom Gräterjan, Zinsh. : Rud. Marz,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 5. 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. Sonn. 4 u. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Geld wech. Programm.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 133,
Anf. 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Leutnant der Reserve.
Lustspiel in 3 Akten v. Real u. Wolf.
Freitag bis Sonntag: Am Rande
des Abgrunds.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Wilhelm
Tell.

Zirkus Busch.
Donnerst. 30. März, abds 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Das
Rätsel Nordinis.
Lebendig begraben.
Herr Ernst Sonmann mit seinen
berühmten Freiheitsadressuren.
Herr Georg Burkhardt - Football,
Schulreiter. The 3 Clacres.
3 Gebr. Fratellini, urk. Clowns.
Franz Steider, radfahrender
Bouchebinder.
Um 9 1/2 Uhr nach 102. Male:
„Armin.“

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.
Volgt-Theater
Geimdrücken, Radstraße 58.
Donnerstag, den 30. März 1911:
Galsp. in Troppe Festjalen. Tegel.
Der Dampfer von London.
(Eberl's Holmes 2. Teil.)
Sensations-Detektiv-Schauspiel in vier
Akten v. Hubold Schwarz-Heisingen.
Kassensöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Bosporus am Moritzplatz
Heute:
Das neue Programm
u. a.:
Meyer mit dem Hängeboden.
Anfang 6 Uhr.
Kassensöffnung 4 Uhr.
Von 11-2 Uhr:
TANZ.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.
C. Nible.

Mila-Säle
Schönhäuser Allee 130, Milastr. 3.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Gr. Kavalier-Ball.
Großes Orchester.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Donnerstags haben Vorzug-
karten Gültigkeit.
Carl Eloner.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

